

KVVH

und Recht







3/8+3/9

3/8+3/9

4+4/1

4+4/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/2

6/2/2

6/2/2

6/2/2

6/2/2

6/2/2

6/2/2

4/4

4/4

4/5+4/6

4/5, 4/6
20.01.24.1946
42. 69

6/2/3

6/2/3

6/2/3

6/2/4+
6/2/5

6/2/4-
6/2/6

6/2/7-
6/2/9

6/3, 6/3/1

6/2, 6/2/1

6/2/2

6/2/3

6/2/4

6/2/5

6/2/6

5

5

5-5/5

5-5/4

5-5/4

6/4

6/6

6/4

6/4

6/4

6/2

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

6/2/1

5/5

5/5

5/5

5/5

6/2/3

6/2/7

6/3/3

6/3/5

6/3/5

6/3/7

6/3/7

6/4

7-7/6

7-7/6

7-7/6

7-7/6

7-7/6

7/9

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

8-8/1

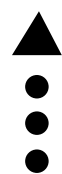
8-8/1

KVVH

und Recht

Karlsruher Versorgungs-,
Verkehrs- und Hafen GmbH

Geschäftsbericht 2016



KVVH GmbH

Das Recht gibt uns Sicherheit

Liebe Leserin, lieber Leser,

vielen Dank für Ihr lebhaftes Feedback auf unseren ersten Magazin-Geschäftsbericht. Viele von Ihnen sind der Meinung, dass der Pflichtstoff der Zahlen durch den vorgeschalteten Magazinteil etwas dauerhaft Lesenswertes bekommt. Das freut uns. Denn gerade in diesen Zeiten, in denen unsere Vorstellungen von Demokratie, Recht und Sicherheit stärker auf dem Prüfstand stehen, als wir es erwartet hätten, möchten auch wir gerne einen Beitrag zu einer interessanten und nutzbringenden gesellschaftlichen Diskussion leisten.

Der Magazinteil beleuchtet in diesem Jahr das Thema »Recht« unter historischen, gesellschaftsbildenden und alltäglichen Aspekten. Wir zeigen Orte des Rechts in unserer Stadt Karlsruhe, die in der Gründungsphase der Bundesrepublik zur Residenz des Rechts geworden ist. Wir erzählen von historischen Entwicklungen und berichten von prägenden Entscheidungen unserer höchsten Gerichte. Außerdem kommen Karlsruher Bürgerinnen und Bürger zu Wort und formulieren ihre ureigensten Ansichten zu Recht und Gerechtigkeit.

Recht – das hat auch ganz direkt mit uns und unserer Arbeit zu tun: Unsere Gesellschaften bewegen sich in einem festgelegten rechtlichen Rahmen, sowohl untereinander als auch in Verträgen mit unseren Kunden, Partnern und Dienstleistern. Als kommunale Versorgungsunternehmen ist es unsere Aufgabe, allen Menschen in dieser Stadt wichtige Leistungen zugänglich zu machen. Denn zum Gemeinwohl, für das wir Verantwortung tragen, gehören auch Aspekte wie Grundversorgung, nachhaltiges Wirtschaften und Rechtssicherheit. Wir kommen damit unserer Verantwortung in der Daseinsvorsorge nach, die sich auf das Sozialstaatsprinzip im ersten Absatz des Grundgesetzartikels 20 stützt.

Recht und Gerechtigkeit sind aber auch ein Antrieb, wenn es beispielsweise um die Versorgung mit Trinkwasser und Energie oder den barrierefreien Zugang zu unseren Bädern und den öffentlichen Verkehrsmitteln geht. So arbeiten etwa die Verkehrsbetriebe intensiv daran, die in der UN-Behindertenrechtskonvention definierten Ziele zur Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr bis zum Jahr 2022 vollständig umzusetzen. Dazu gehören der Um- oder Neubau von Haltestellen und die Modernisierung der Fahrzeugflotte. Zugleich befinden wir uns in einem aktuellen und spannenden gesellschaftlichen Diskurs um Recht und Gerechtigkeit und stehen auch vor neuen Herausforderungen und Diskussionen, etwa wenn es um das Thema Energiewende geht, die die Stadtwerke Karlsruhe für unsere Stadt gestalten.

Sie sehen, nach »Einigkeit« im vergangenen Jahr bietet nun auch das Thema »Recht« in diesem Geschäftsbericht die Möglichkeit, einen großen Bogen zu spannen. Er reicht von unserer Stadt Karlsruhe über die Aufgaben und Ziele der KVVH hin zu unseren gesellschaftlichen Werten und Orientierungen. Hier nimmt das Recht einen wichtigen Platz ein als solide Basis für unser Leben in Frieden, Sicherheit und Freiheit. Und am Ende führt der Bogen zurück nach Karlsruhe, wo – ganz praktisch – die KASIG zur Zeit auch einen aktuellen »dienstlichen« Kontakt zu den Rechtsinstitutionen hat. Denn der Umbau der Kriegsstraße hat auch Auswirkungen auf das dort gelegene Gelände des Bundesgerichtshofs.

Wir hoffen, dass auch diese Ausgabe unseres Geschäftsberichts mit Magazin wieder gute Gespräche auslöst, den essentiellen gesellschaftlichen Diskurs etwas begleitet und freuen uns auf Ihr Feedback.



Handwritten signature of Michael Homann in black ink.

Michael Homann
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Stadtwerke Karlsruhe

Handwritten signature of Dr. Alexander Pischon in black ink.

Dr. Alexander Pischon
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Verkehrsbetriebe Karlsruhe

Handwritten signature of Patricia Erb-Korn in black ink.

Patricia Erb-Korn
Geschäftsführerin
des Geschäftsbereichs Rheinhäfen

Handwritten signature of Uwe Komrath in black ink.

Uwe Komrath
Geschäftsführer
der Karlsruher Schieneninfrastruktur-Gesellschaft

Orte des Rechts

S. 6



Karlsruhe ist die Residenz des Rechts, Sitz von Deutschlands höchsten Gerichtsinstanzen. Doch wo befinden sich die Gerichte in Karlsruhe und wie sieht es an diesen Orten aus?

Inhalt

Über Recht und Gerechtigkeit

S. 24



»Karlsruhe« ist zum Synonym für die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geworden und der Bundesgerichtshof wacht über die Rechtseinheit von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen.

Ein Essay über die klugen Festlegungen unseres Grundgesetzes.
Und eine Bildstrecke zum Grundrecht der Gleichheit.

Stationen des Rechts

S. 30



Kommen Sie mit uns auf einen Weg durch die Rechtsgeschichte. Wir machen Halt an realen und virtuellen Stationen des Rechts: An Gebäuden und Plätzen, die Bedeutung in der Verfassungs- und Rechtsgeschichte haben, aber auch bei wichtigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

Gang durch die Karlsruher Rechtsgeschichte

S. 40

... anhand von zwölf Juristenportraits

Was uns Recht ist

S. 46

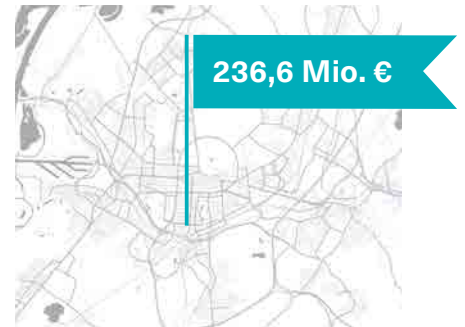


Wir haben einfach mal gefragt – und jedem unserer Gesprächspartner fällt etwas ganz Persönliches zum Thema Recht ein.

Die KVVH für alle

S. 54

Was war los im Jahr 2016?
Unsere Beiträge zum Leben in der Stadt.



KVVH – Invest in Karlsruhe

S. 62

Wir zeigen, wo sich die Gesellschaften 2016 in und für Karlsruhe engagiert haben.

KVVH Zahlen 2016

ab S. 65

Hier finden Sie die Zahlen des Geschäftsjahres 2016.

Fotos
Stephan Baumann, Anne-Sophie Stolz

Orte des Rechts



Bundesanwaltschaft,
Brauerstraße 30



Platz der Grundrechte



Arbeitsgericht,
Ritterstraße 12



Amtsgericht,
Lammstraße 1-5



Verwaltungsgericht,
Nördliche Hildapromenade 1



Sozialgericht,
Karl-Friedrich-Straße 13



Bundesverfassungsgericht,
Erweiterungsbau, Schlossbezirk 3



Bundesanwaltschaft,
Brauerstraße 30



Amtsgericht,
Schlossplatz 23



Bundesverfassungsgericht,
Schlossbezirk 3



Platz der Grundrechte,
Mahnwache für die Opfer des Attentats von Berlin,
21.12.2016



Oberlandesgericht,
Hoffstraße 10



Amtsgericht,
Lammstraße 1-5



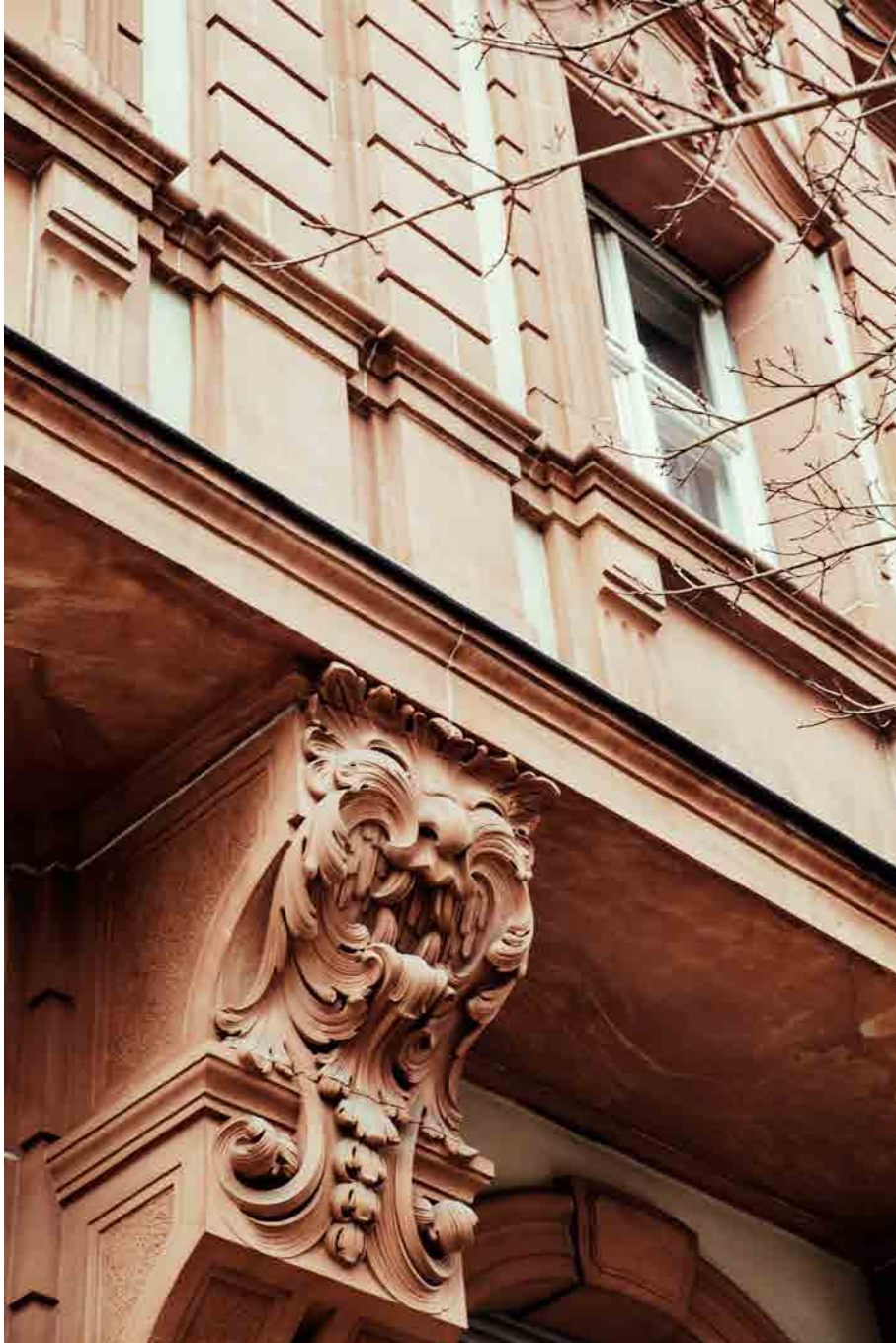
Bundesgerichtshof,
Westgebäude, Herrenstraße 45 A



Sozialgericht,
Karl-Friedrich-Straße 13



Bundesgerichtshof,
Westgebäude, Herrenstraße 45 A



Verwaltungsgericht,
Nördliche Hildapromenade 1

Text
Sigrid Frank-Eßlinger

Fotos
Anne-Sophie Stolz

Bildtexte
Konstantin Maier

Über Recht und Gerechtigkeit

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.
Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Grundgesetz, Artikel 3



Um die Rechte von Frauen wird seit Jahrhunderten gekämpft – auch heute noch. Für das, was für uns in heutiger Zeit in Deutschland als so gut wie selbstverständlich angesehen wird, musste schon in der Vergangenheit hart gekämpft werden. Am Weltfrauentag, dem 8. März, ging und geht es immer wieder um sehr unterschiedliche Dinge, je nachdem, in welchem Jahrzehnt und an welchem Ort man sich befindet. Nichts ist nur ein Frauenthema. Gleichzeitig ist alles ein Frauenthema. Dabei geht es um sehr grundlegende Fragen wie zum Beispiel Abtreibungsrecht, sexuelle Selbstbestimmung oder einfach gleiche Bezahlung. In Deutschland verdienen Frauen 21 Prozent weniger Gehalt als Männer – eine unanständig hohe Differenz. Lohnungleichheit hängt eng mit gesellschaftlicher Ungleichheit zwischen Männern und Frauen zusammen. Auch in Karlsruhe formierte sich zum Weltfrauentag feministischer Protest. Bei einer Veranstaltung am Kronenplatz wurde zur Solidarität mit allen Frauen weltweit aufgerufen. »Ein kämpferisches Jahr liegt vor uns!«, betonte die Rednerin des Frauenbündnisses. ☑

Karlsruhe wird heute »Residenz des Rechts« genannt. Hier im Südwesten arbeiten zwei der höchsten deutschen Gerichte und »Karlsruhe« ist heute ein Synonym für die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundes- gerichtshofs. Aber welche Bedeutung hat »das Recht« für die Gesellschaft und welchen Platz hat es in unserem täglichen Leben?

Wenn man die Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm aufschlägt, findet man als erstes Märchen gleich den *Froschkönig*. Wissen Sie noch? Die Königstochter lässt ihren goldenen Ball in den Brunnen fallen und überredet – verzweifelt wegen des Verlusts – einen dort lebenden Frosch, ihn ihr wiederzuholen. Sie verspricht, den Frosch im Erfolgsfall mitzunehmen und ihn »aus ihrem Becherlein trinken und in ihrem Bettchen schlafen« zu lassen. Als sie später ihr Versprechen nicht einlösen will, gebietet ihr Vater, der König: »Hast du's versprochen, mußt du's auch halten; geh und mach ihm die Tür auf.« Worauf der Frosch dann mit ihr kommen darf und sich später als verzauberter Königssohn entpuppt. Neben allen historischen und psychologischen Deutungen, der Ablehnung und Zustimmung, die die Märchen der Brüder Grimm in den vergangenen Jahrzehnten erfahren haben, durchziehen viele der Erzählungen auch sehr spannende rechtliche Aspekte. Im *Froschkönig* ermahnt der König seine Tochter, ihr Versprechen zu halten. Einerseits eine gesellschaftliche Norm, die wir auch heute noch in gleicher Weise vertreten, und zugleich ein unser ganzes Recht durchziehender ethischer Grundsatz: Verträge müssen eingehalten werden – »pacta sunt servanda«, wie dieses Prinzip der Vertragstreue lateinisch heißt. Jacob und Wilhelm Grimm, Sprachwissenschaftler und Volkskundler aus Kassel, waren beide auch Juristen. Ihre Märchensammlung, die sie zwischen 1812 und 1858 zusammentrugen, sollte als Erziehungsbuch das Weltverständnis von Kindern schärfen und ihnen gesellschaftliche Werte und Normen vermitteln. Und so geht es in vielen Märchen um Straftaten und Strafen, etwa wenn Schneewittchens böse Stiefmutter sich in glühenden Schuhen zu Tode tanzen muss, die Hexe im Ofen brennt oder die faule Marie pechverklebt durchs Leben gehen muss. Es ist ein zivilrechtlicher Vertrag, wenn der König die Hand seiner Tochter demjenigen verspricht, der den Drachen besiegt, und auch die Wette zwischen dem Hasen und dem Igel, wer wohl schneller laufen kann, ist ein Rechtsgeschäft.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus

Was aber ist nun Recht eigentlich? Das Lexikon nennt es die Gesamtheit aller gesellschaftlich festgelegten, allgemeingültigen Rechtsnormen. Sie können als Gewohnheitsrecht entstehen, oder – wie es heute bei uns zumeist abläuft – von satzunggebenden Körperschaften und Gesetzgebungsorganen, wie dem Bundestag, erarbeitet werden. Diese generellen, für alle gültigen Regelwerke werden als objektives Recht bezeichnet. Unsere Verfassung, das Grundgesetz, legt die Freiheiten und Rechte, aber auch Pflichten aller Mitglieder unserer Gesellschaft fest. Man spricht in Demokratien auch von der Herrschaft des Rechts und kann sich dabei auf Aristoteles beziehen, der schrieb »Die Herrschaft des Rechtes ist besser als die jedes Individuums«. Weitere wichtige Schritte zur Entwicklung der Idee vom »Rule of Law« waren die *Magna Charta* im Jahr 1215 und die *Petition of Rights* 1628. Das so genannte subjektive Recht, das neben dem objektiven existiert, beschreibt hingegen das Recht jedes Einzelnen, Dinge zu tun oder zu unterlassen und freie Entscheidungen für sein Leben zu treffen. Also: Wo will ich leben, wen will ich heiraten und welchen Beruf will ich ergreifen? Im Zweifelsfall bis hin zu der Entscheidung des scheinbar naiven Hans im Glück der Gebrüder Grimm, der sich die Freiheit nimmt, seinen Goldklumpen gegen weniger wertvolle Güter einzutauschen.

So ist das Recht also die unabdingbare Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es gibt uns Sicherheit und Entfaltungsfreiheit, auch, indem es uns gemeinsam und jedem Einzelnen Grenzen setzt. Das Recht ist unser Schutzwall vor Willkür und Diktatur. Seine Missachtung oder Außerkraftsetzung – insgesamt oder in wichtigen Teilen – wäre der Einstieg in ein totalitäres System. Während unser Recht als stabiler Schutz für unsere Demokratie fungiert, verändert es sich zugleich und passt sich veränderten Lebensumständen an.

Neue Entwicklungen von Technik und Wirtschaft, neue Kommunikationsformen und -medien sowie ein gewandeltes Selbstverständnis der Gesellschaft erfordern neue Rechtsnormen in einem rechtlich abgesicherten Prozess. Vor dem Gesetz sind alle gleich. Das empfinden wir heute als selbstverständlich richtig. Doch auch hier hat sich das Rechtsempfinden im Laufe der Jahrhunderte stark verändert. Früher galten Gleichheit oder gar das Wahlrecht nur für Bürger, die Steuern zahlten oder für Männer. Und auch heute noch verändern wir in gesellschaftlichen Prozessen und mithilfe der Rechtsprechung unsere Haltungen und Gesetze, etwa in der Diskussion um das Recht zur Eheschließung und Adoption für gleichgeschlechtliche Paare. Das Recht hilft also, das soziale Miteinander zu ordnen, Konflikte verbindlich zu lösen und den Einzelnen vor Übergriffen zu schützen. Durch das Recht gestaltet der Staat die Gesellschaft mit. Seine einheitliche Anwendung schafft Rechtssicherheit, Frieden, gemeinsame Werte, Integration und Freiräume. Denn ethisches Verhalten, Sitten oder unsere Vorstellungen von Fairness können nur vor Gericht eingeklagt werden, wenn sie auch als Recht fixiert sind. Richterinnen und Richter, die Recht sprechen, lassen sich in ihren Urteilen zwar auch davon leiten, was sie für gerecht halten – also von ethischen Überlegungen – ihre Begründung muss sich dann aber immer auf die bestehenden Gesetze stützen. Die Kontrollfunktion des Rechts, die ebenfalls in der Verfassung festgelegt ist, ermöglicht den Gerichten zudem die Überprüfung der Herrschaftsausübung und begrenzt dadurch die Aktivitäten der staatlichen Organe.

Das Grundgesetz, 1949 auch unter dem Eindruck der Folgen der Nazi-Diktatur entstanden, regelt in Artikel 20 »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« und fixiert die Gewaltenteilung als wesentliches Strukturelement unserer Demokratie: Die Trennung und gegenseitige Kontrolle von gesetzgebender, ausführender und rechtsprechender Gewalt, also Bundestag, Bundesregierung und Justiz. In einem eigenen Abschnitt legt das Grundgesetz auch fest: »Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut; sie wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die in diesem Grundgesetz vorgesehenen Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt« und »Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen«.

Vom liberalen Baden nach »Karlsruhe«

Vor Gericht wird entschieden, nicht debattiert wie in der Politik, schreibt Thorsten Jungholt 2009 in der Tageszeitung Die Welt¹⁾ und über Karlsruhe: »Aus der Stadt kommen immer wieder Impulse zu politischer Kultur, Parlamentarismus und liberalem Rechtsstaat. Denn die Stadt begreift das Recht als ihr ideelles Fundament.« Das hat schon begonnen,

lange bevor Karlsruhe Sitz der höchsten deutschen Gerichte wurde: Hier lässt sich exemplarisch der Weg von der Allmacht unumschränkt herrschender Adelhäuser zum modernen Rechtsstaat verfolgen. Bei ihrer Gründung wurde die Stadt als Musterbeispiel für absolutistische Stadtarchitektur konzipiert: Der prachtvolle Sitz des Markgrafen im Zentrum und alle Straßen führen von dort als Strahlen hinaus in die Welt. Aber schon im Privilegienbrief von 1715 bietet der Fürst den neuen Einwohnern von Karlsruhe Religionsfreiheit, Freiheit von Leibeigenschaft und eine eigene Gerichtsbarkeit. Fünfzig Jahre später schafft Markgraf Karl Friedrich auch die Folter ab und hebt 1783 die Leibeigenschaft für alle Einwohner auf. Gut zwei Jahrzehnte später, im Jahr 1818, erhielt das deutlich vergrößerte Baden von Großherzog Karl seine erste Landesverfassung – eine der frühesten deutschen Konstitutionen überhaupt. Sie ersetzte die absolute durch die konstitutionelle Monarchie, garantierte weitgehende Grundrechte und hatte damit eine Vorbildwirkung für ganz Deutschland. Die badische zweite Kammer, die mit dem 1822 erbauten Ständehaus über das erste deutsche Parlamentsgebäude verfügte, kann als Keimzelle des deutschen Parlamentarismus gelten. 1864 übernahm Baden dann erneut eine liberale Vorreiterrolle in Deutschland, als Friedrich I. im Großherzogtum einen selbständigen Verwaltungsgereichtshof einführte, an dem die Bürger dem Staat im Prozess auf Augenhöhe begegnen konnten.

Heute wird »Karlsruhe« häufig als Synonym für den deutschen Rechtsstaat benutzt. Man findet dieses »Karlsruhe« in der Innenstadt unter der Adresse Am Schlosspark 3. Hier ist in den sechziger Jahren ein moderner und heller, eher bescheiden wirkender Gebäudekomplex für das Bundesverfassungsgericht (BVG) entstanden, nachdem das höchste deutsche Gericht zuvor eher provisorisch und beengt im Prinz-Max-Palais untergekommen war. Das Bundesverfassungsgericht – also »Karlsruhe« – ist in den vergangenen Jahrzehnten für viele zu einer echten Autorität in der Bundesrepublik geworden, die manche für einflussreicher halten als die meisten Politiker. In der Entstehungszeit der Bundesrepublik – als das BVG errichtet wurde – waren die Erinnerungen an die Nazi-Diktatur noch frisch. Das Gericht sollte deshalb als mächtige Instanz darüber wachen, dass Bundestag und Regierung die Festlegungen des neuen Grundgesetzes auch einhalten. So hat das Verfassungsgericht – auftragsgemäß – seit seiner Gründung den Regierenden häufig in den Arm gegriffen. Nie auf eigenen Impuls, denn das Gericht kann nicht von sich aus aktiv werden, sondern nur aufgrund einer Verfassungsklage oder -beschwerde. Letztere kann jedermann – und jedefrau – in Karlsruhe vorbringen, der Grundrechte verletzt sieht. Und die beiden Senate des BVG haben häufig Gelegenheit bekommen,



Manchmal muss Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt erstritten werden. Annina Angele ist Fachanwältin für Arbeitsrecht und kämpft vor Gericht unter anderem für die Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung ihrer Mandanten. »Für mich persönlich ist die Förderung und Durchsetzung von Chancengleichheit ein wichtiges Thema«, so Annina Angele. Allerdings verstehe sie ihre Aufgabe als Rechtsanwältin in diesem Bereich in einem umfassenderen Sinn. »Für mich geht es um die Förderung der Chancengleichheit zwischen den Kenntnisreichen und den Unwissenden, den Eloquenten und den weniger Sprachmächtigen, den Gesunden und den weniger Gesunden, den finanziell Besser- und den Schlechtergestellten, und um das Bewusstsein und die Verantwortlichkeit der staatlichen Stellen, der Gerichte und Rechtsanwälte, Erzieher, Lehrer, aber auch jedes Einzelnen hierfür.«



Inklusion bedeutet ein wertvoller Teil der Gesellschaft zu sein. Einer Gesellschaft, die offen sein sollte und Verschiedenheit fördert. Bei einem Projekt der Hagsfelder Werkstätten und Wohngemeinschaften Karlsruhe (HWK) betreuen mehrere Studierende Menschen mit Behinderung. In drei Wohnungen leben junge erwachsene Frauen mit geistiger Behinderung, in zwei weiteren Wohnungen leben die Studierenden. In erster Linie geht es um gemeinsame Freizeitgestaltung. ☞ Wohnen und Arbeiten greifen bei den HWK eng ineinander. In ihren Werkstätten bieten die HWK Arbeitsplätze für rund 1250 Menschen mit Behinderung. Die Angebotspalette reicht von der Metall- über die Textilverarbeitung bis hin zur Garten- und Landschaftspflege. ☞ Auch bei den Durlacher Turnados geht es durchaus handfest zur Sache: Mit dem integrativen Projekt hat es sich der Verein zur Aufgabe gemacht, sportbegeisterte Menschen mit geistiger Behinderung an den Handball heranzuführen. ☞



Auch wenn Inklusion wie ein politisches Modewort wirken mag, bei der Eingliederung von behinderten Menschen in die Alltagswelt geht es um mehr: um Demokratie und Grundrechte. Einen neuen und grundlegenden Impuls erlangte dieser Prozess 2006 mit der Verabschiedung des »Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen« (UN-Behindertenrechtskonvention), in der die Inklusion als verpflichtend festgeschrieben wurde. Wenn jeder Mensch überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit, dann ist das gelungene Inklusion.

sich zur Verfassungskonformität von gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu äußern. So gibt es Urteile zur Wiederbewaffnung unter Konrad Adenauer und den Ostverträgen von Willy Brandt, zum Nato-Doppelbeschluss, zu den Mauerschützen und zur europäischen Integration. Das Gericht urteilte zu den Strafgesetzbuchparagrafen über Abtreibung und Homosexualität, über das geplante Ceta-Abkommen und die Entschädigungsforderung der Energieversorger nach dem Beschluss über den Atomausstieg. Weil das Gericht sich dabei am hohen Ideal der Menschenwürde der Verfassung orientiert, und nur selten einer politischen oder gesellschaftlichen Strömung zuneigt, haben die Bürger heute ein immenses Vertrauen in den »Gang nach Karlsruhe«. Das Bundesverfassungsgericht hat im Laufe der Jahrzehnte die Bedeutung der Grundrechte für die Menschen herausgearbeitet, streitige politische Grundsatzfragen gelöst und so die Verfassung weiterentwickelt. Dadurch hat es sich zu einer Grundfeste der Demokratie und einer Säule der Gewaltenteilung entwickelt.

Garant für eine einheitliche Rechtsprechung

Vorreiter in Karlsruhe war allerdings ein anderes oberstes Bundesgericht: Seit 1950 residiert der Bundesgerichtshof (BGH) im Erbgroßherzoglichen Palais an der Herrenstraße. Der BGH ist die höchste Instanz der so genannten ordentlichen Gerichtsbarkeit. Er überprüft Entscheidungen von Landgerichten und Oberlandesgerichten, auch mit dem Ziel, in der ganzen Bundesrepublik eine einheitliche Rechtsprechung und damit eine Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse zu garantieren. Auf diese Weise spiegeln sich in den Urteilen des Bundesgerichtshofs die rechtliche Entwicklung, aber auch zeitgeschichtliche, politische und gesellschaftliche Bedingungen und Haltungen der deutschen Gesellschaft. Das höchste Gericht hält das Recht im Einklang mit den Veränderungen der Wirklichkeit, und es wahrt die Rechtseinheit und Kontinuität der Rechtsentwicklung im bürgerlichen Recht und im Strafrecht. Auch bei völlig neuen Rechtsproblemen, die aus technischen Entwicklungen oder wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen entstehen, ist es deshalb Aufgabe des Gerichts, das Recht weiterzuentwickeln, seine Einheit zu wahren und Lücken zu schließen. Weil sein grundsätzlicher Auftrag dabei der Schutz des Zusammenlebens der Menschen ist, liegen allen Strafnormen schutzbedürftige Werte zugrunde: das Menschenleben, die Körperintegrität, die persönliche Handlungs- und Bewegungsfreiheit, Eigentum und Vermögen. Der BGH ist außerdem zuständig für Entscheidungen in Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts. Die Staatsanwaltschaft des Bundes war früher direkt beim Bundesgerichtshof untergebracht, ist aber 1998 in ein eigenes, geschütztes Gebäude an der Brauerstraße umgezogen. Der Generalbundesanwalt vertritt

die Anklage in allen Strafverfahren, die vor dem Bundesgerichtshof verhandelt werden und hat eine besondere Zuständigkeit für Staatsschutzdelikte und Verbrechen im Rahmen des Völkerstrafrechts. Darüber hinaus ist Karlsruhe Standort von Oberlandesgericht und Landgericht, zwei Amtsgerichten, einem Verwaltungsgericht sowie einem Sozial- und einem Arbeitsgericht, die alle zur Ländergerichtsbarkeit Baden-Württembergs gehören.

Freiheit einer multikulturellen Gesellschaft

Und heute? Wir stützen uns seit fast 70 Jahren auf unser Grundgesetz, das alle Staatsgewalt dem Recht unterwirft und jedermann die Überprüfung ermöglicht. Wesentlicher Bestandteil – der inzwischen zu einem Teil unseres gesellschaftlichen und staatlichen Selbstverständnisses geworden ist – sind die 19 Artikel der unmittelbar einklagbaren Grund- und Menschenrechte. Ungefähr gleich lange existiert die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Sie gilt nicht nur in der EU, sondern in allen europäischen Ländern, die der Konvention beigetreten sind. Doch als gäbe es all diese Erklärungen und Konventionen nicht, warnt Amnesty International im Februar 2017, dass sich die Menschenrechtslage weltweit verschlechtert habe und beklagt auch in der Europäischen Union eine Aushöhlung von Menschenrechtsstandards, wenn etwa Antiterrorgesetze und Notstandsverfassungen Freiheitsrechte ohne rechtsstaatliche Kontrolle einschränken. Auf der anderen Seite entsteht bei immer mehr Menschen das Gefühl von Verunsicherung und Benachteiligung – in zahlreichen europäischen Ländern und auch in Deutschland. Sie ängstigen sich über die künftigen gemeinsamen Werte und Rechtsvorstellungen der Gesellschaft, verlangen massive Veränderungen und verstärken dadurch die gesellschaftliche Uneinigkeit. Es ist offenkundig, dass Globalisierung und Migration unsere Gesellschaft immer multikultureller machen und eine große Herausforderung für uns alle darstellen. Dennoch werden wir unsere Werte und Normen sowie unsere gesellschaftlichen Umgangsformen wieder stärker an einem friedlichen Miteinander ausrichten müssen. Unser Grundgesetz – wenn auch 70 Jahre alt – ist dafür die rechtlich universelle Basis, die auch diese Veränderungen tragen wird. Es bietet uns bereits heute alle gesetzlichen und rechtlichen Instrumente, um auch künftig gemeinsam in Sicherheit zu leben und Konflikte durchstehen zu können ohne unsere Freiheitsrechte einzuschränken. Es sichert unsere Demokratie und ermöglicht die Kontrolle der staatlichen Gewalten. Es ist so zur unverrückbaren Basis unserer Demokratie geworden.

1) Die Welt, 3. Sept 2009, »Karlsruhe – Die, wo Recht haben«

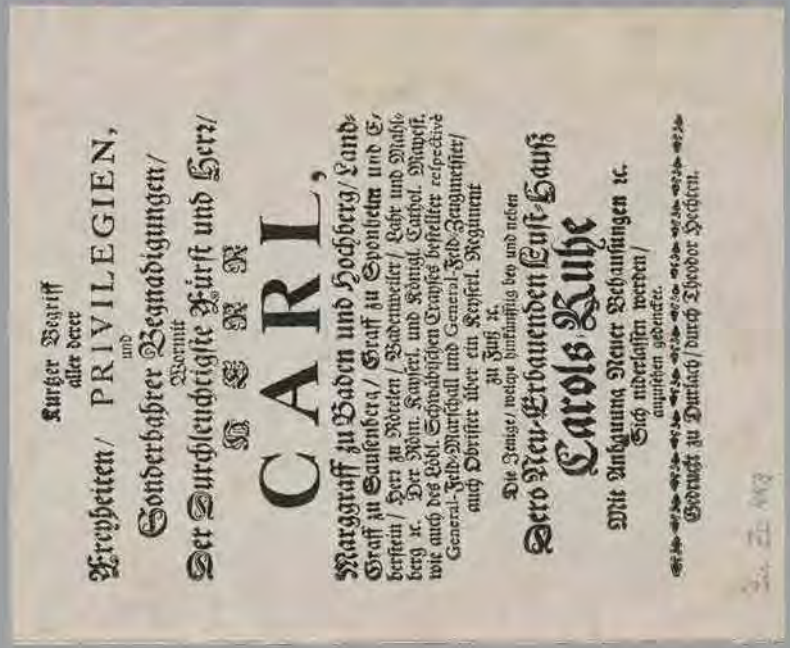
Stationen des Rechts

So gründet man eine Stadt

»Kommt in meine Stadt, hier lebt es sich gut«, kann man die Botschaft von Markgraf Karl Wilhelm von Baden-Durlach aus dem Jahr 1715 zusammenfassen. Mit Hilfe seines so genannten Privilegienbriefs versuchte er, neue Bürger für seine gerade gegründete Residenz »Carols-Ruhe« zu gewinnen. Der Markgraf hatte sich für ein neues Schloss und eine neue Stadt entschieden, nachdem seine bisherige Residenz und der gesamte Ort Durlach während des pfälzischen und des spanischen Erbfolgekriegs völlig zerstört worden

waren. Aber womit konnte man Händler und Handwerker mit ihren Familien in die neue Stadt locken? Die Urkunde versprach den Siedlern weitgehende Freiheiten, darunter Religionsfreiheit, Zoll-, Abgaben- und Steuerfreiheit für 20 Jahre und die Freiheit von Leibeigenschaft. Eigenkapital mussten die Neubürger selbst mitbringen, sie erhielten aber ein Grundstück geschenkt, darüber hinaus kostenloses Bauholz und Sand sowie günstige Steine für den Hausbau.

Die Überlieferungen der Markgrafen von Baden, darunter der für die Stadtgründung so wichtige Privilegienbrief, werden im Generallandesarchiv Karlsruhe aufbewahrt.



Das Gericht im Rathaus

Ab 1805 entstand am Marktplatz in mehreren Bauabschnitten nach den Plänen von Friedrich Weinbrenner ein neues Rathaus. Neben der Stadtverwaltung beherbergte es später für zwei Jahrzehnte auch das Amtsgericht sowie das Kreis- und Hofgericht. Und das kam so: Friedrich I., seit dem Tod seines Bruders 1856 Großherzog, war ein liberaler Verfechter der konstitutionellen Monarchie und führte unter seiner Herrschaft zahlreiche wichtige Reformen in Baden durch. Schon im folgenden Jahr verfügte er die strikte Trennung von Verwaltung und Gerichtsbarkeit bei den badischen Untergewichten. 1863 folgte eine Justizreform, die die Kreis- und Hofgerichte modernisierte. Damit erfüllte Friedrich ein bis heute wichtiges rechtsstaatliches Grundprinzip, nämlich die Trennung von Administration und Gerichtsbarkeit. Für die Räume der Gerichte erhielt der südliche Rathausflügel ein zweites Obergeschoss, der Rathhausturm wurde staatliches Amtsgefängnis.

Das neue Karlsruher Rathaus wurde in klassizistischem Stil am Marktplatz errichtet. Auf dem Turm steht auf einer großen Kugel eine ein Meter achtzig große goldene Figur. Sie zeigt Merkur, den römischen Gott des Handels und der Diebe.



An das im Zweiten Weltkrieg zerstörte erste deutsche Parlamentsgebäude erinnert nur noch die Rotunde der 1993 erbauten Stadtbibliothek. In deren Untergeschoss erzählt eine Dauerausstellung die Geschichte des Gebäudes und des Parlaments.

Keimzelle des deutschen Parlamentarismus

1818, vor nun fast 200 Jahren, trat die badische Verfassung in Kraft. Eine ihrer wichtigsten Errungenschaften war das Ständehaus, ein Parlament mit zwei Kammern. Es gilt als Keimzelle des deutschen Parlamentarismus. Sein wichtigstes Recht war zunächst die Verabschiedung des badischen Haushalts. Nach ersten Sitzungen im Gartensaal des Schlosses und am Rondellplatz zogen

die beiden Kammern 1822 in ein neuerichtetes Gebäude an der Herrenstraße. Während der Badischen Revolution 1848/1849 forderten Abgeordnete hier die Auflösung der Kammer und die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung nach allgemeinem Wahlrecht. Das Ständehaus wurde 1944 durch einen Luftangriff bis auf die Außenmauern zerstört und 1963 abgebrochen.

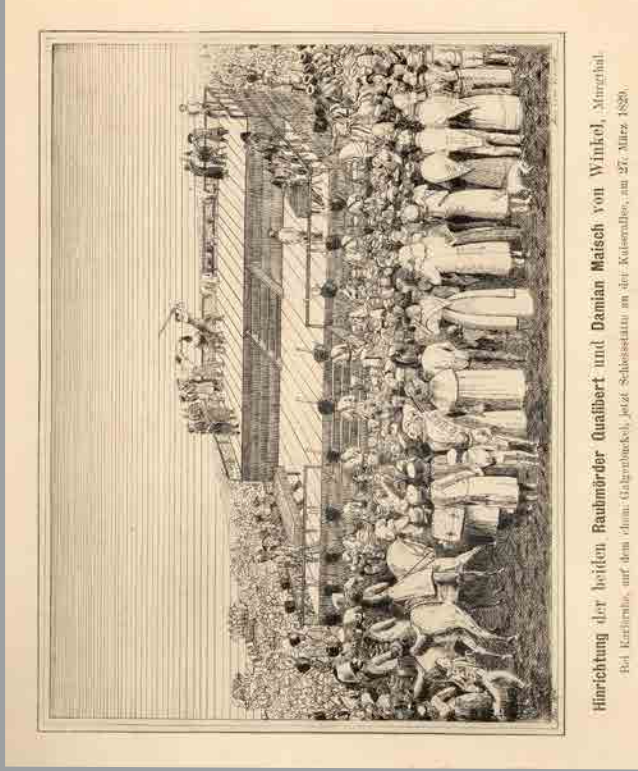
Ist das ein Gefängnis?



Das so genannte Museumsgefängnis an der Riefstahlstraße gehört heute zur Justizvollzugsanstalt Karlsruhe und dient der Unterbringung von männlichen Untersuchungsgefangenen.

Die Riefstahlstraße ist benannt nach dem deutschen Landschaftsmaler Wilhelm Riefstahl, ehemals Direktor der Karlsruher Kunstschule, die heute Akademie der bildenden Künste heißt. Hier, in unmittelbarer Nähe zum feinen Karlsruher »Musikerviertel«, entstand bis 1897 das neue Amtsgefängnis. Weil es möglichst wenig nach Gefängnis aussehen sollte, wurde ein großer Gebäudekomplex im Neorenaissance-Stil gebaut. Der rechteckige Baukörper des Gefängnisses ist aus Sand- und Backstein, hat stark abgerundete Hausecken und einen geräumigen Innenhof, in den sich alle Gefangenenzellen orientieren. Dadurch war es möglich, zur Straße hin statt vergitterter Zellenluken größere Bogenfenster einzubauen, die nicht an einen Gefängnisbau erinnern. Das dreistöckige Gebäude hat im Ostteil einen erhöhten Mittelbau mit Verwaltungsräumen, Krankstube, Arztzimmer, Bibliothek und Anstaltskapelle.

Der Gutenbergplatz, wie wir ihn heute kennen, entstand erst ab dem Jahr 1900. Zuvor befanden sich hier die Karlsruher Hinrichtungsstätte und ein Schießplatz.



Der Tod auf dem Gutenbergplatz

Auf dem Gutenbergplatz, der heute unter Denkmalschutz steht, fanden bis 1829 öffentliche Hinrichtungen statt. Auf der damaligen Wiese weit vor der Stadt wurden verurteilte Straftäter mit dem Schwert hingerichtet. Unter ihnen auch 1772 die erst 18-jährige Katharina Würbs. Sie hatte ihr Neugeborenes getötet, weil sie wegen der strengen Heiratsgesetze den Vater nicht heiraten durfte und Strafe und Diffamierung als ledige Mutter fürchtete. Bei der letzten öffentlichen Hinrichtung im Land Baden starben 1829 auf dem Gutenbergplatz Qualibert und Damian Maisch, zwei Brüder aus Winkel, die erst zwei Jahre zuvor nach Karlsruhe gekommen waren. Sie sollen vor den Toren der Stadt einen Melker erschlagen und ihn all seiner Habseligkeiten beraubt haben.

Residenz des Rechts

Der Bundesgerichtshof ist einer der fünf obersten Gerichtshöfe des Bundes und die letzte Instanz in Zivil- und Strafverfahren. Er soll die Rechtseinheit wahren und prüft Entscheidungen früherer Instanzen. Um den Sitz des im Oktober 1950 gegründeten Gerichts bewarben sich zwölf Städte, gefordert waren neben einem repräsentativen Gerichtssitz auch 100 sofort beziehbare Wohnungen in der Stadt. Das war eine schwierige Bedingung fünf Jahre nach dem Krieg. Schließlich setzte sich Karlsruhe gegen den letzten verbliebenen Konkurrenten, die Stadt Köln, durch. Auf dem Gelände des Erbgroßherzoglichen Palais am Südwesstrand der Innenstadt, zwischen Herren- und Ritterstraße, begannen daraufhin hektische Renovierungsarbeiten. Das Schloss des badischen Thronfolgers hatte durch einen Luftangriff sein Dach verloren und wurde nach der Entscheidung des Bundestags für Karlsruhe mit Nachtschichten und Überstunden in Windeseile für den Bundesgerichtshof hergerichtet.

Kaum zehn Jahre nach dem Einzug entstand dann entlang der Herrenstraße das Westgebäude des BGH und später

entlang der Blumenstraße das Nordgebäude. Heute sind hier die vier Karlsruher Strafsenate und die zwölf Zivilsenate untergebracht, außerdem Sitzungssäle, Pressestelle und die Bibliothek. Das Gelände des Gerichts und die Amalienstraße, die dort Herren- und Ritterstraße verbindet, waren bis in die siebziger Jahre frei zugänglich. Auch die Architektur des Westgebäudes, das auf hohen Betonstelzen gebaut war, ermöglichte von der Herrenstraße aus einen offenen Blick in den Park. Diese Zugänglichkeit endete in den siebziger Jahren, seit nach dem Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und einem missglückten Raketenwerferangriff auf die Bundesanwaltschaft massive Sicherheitsvorkehrungen das Gericht schützen.



Justizminister Thomas Dehler (2. v. r.) im Gespräch mit BGH-Präsident Hermann Weinkauff (2. v. l.) und Albert Kistner anlässlich der Einweihung des Bundesgerichtshofs am 8. Oktober 1950.

1950 zog der Bundesgerichtshof in das Erbgroßherzogliche Palais zwischen Herren- und Ritterstraße ein. Auf dem Gelände entstanden später weitere Gebäude, der Zugang wurde nach den Angriffen der RAF allerdings für die Öffentlichkeit gesperrt und das Areal stark gesichert.



Im so genannten Südweststaatprozess verhandelte der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts über die Klage des Landes Baden gegen die Neugliederung der Bundesländer im Südwesten. Das Foto von 1951 zeigt in der Mitte den Präsidenten des zweiten Senats Rudolf Katz bei der Eröffnung der Verhandlung.

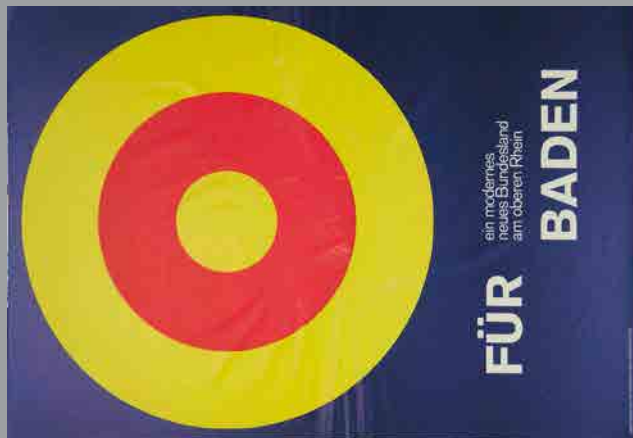
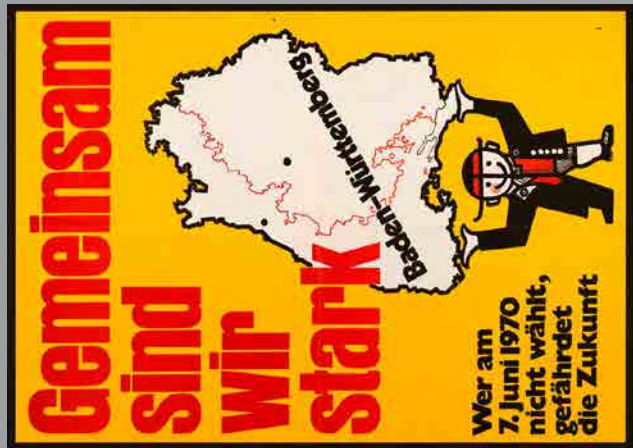


»Noch ist Baden nicht verloren«

Das Bundesverfassungsgericht war gerade erst ins Prinz-Max-Palais eingezogen, da musste es sich mit einem für Karlsruhe höchst bedeutenden Thema befassen: dem Verfassungsrechtsstreit über die Neugliederung der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.

Weshalb? Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Besetzung durch Amerikaner und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg waren das Königreich Württemberg, das Großherzogtum Baden und die ehemals preußischen Hohenzollerischen Lande mehrfach Veränderungen in ihrer Gebietsstruktur unterworfen. Während Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden nach dem Krieg sofort für eine Vereinigung zu einem einzigen Bundesland votierten, lehnten das Land Baden und sein Staatspräsident Leo Wohleb dies

kategorisch ab. Sie strebten stattdessen die Wiederherstellung des alten Landes Baden an. Sein Plädoyer 1951 vor dem deutschen Bundestag schloss er mit dem pathetischen Ausspruch: »Noch ist Baden nicht verloren«. Gegen die Neugliederungsgesetze klagte Baden dann noch im gleichen Jahr vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Gericht billigte die verfügte Volksabstimmung jedoch und die Bewohner stimmten nach einem heftigen Abstimmungskampf für den gemeinsamen Staat. Eine weitere Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, diesmal durch den Heimatbund Badenertal, erwirkte 1956 eine erneute Abstimmung über den Verbleib von Baden im Bundesland Baden-Württemberg. Die Abstimmung, die schließlich erst 1970 stattfand, bestätigte das gemeinsame Bundesland im Südwesten.



Soll diese seit fast zwanzig Jahren bestehende badisch-schwäbische »Vernunftehe« nun fortbestehen oder geschieden werden? Anlässlich der Volksabstimmung im Juni 1970 warben Zehntausende Plakate für die gegensätzlichen Positionen.

Der Mord an Siegfried Buback

In den siebziger Jahren ermordete die Terror-Gruppe RAF in Deutschland zahlreiche Menschen. Auf dem Höhepunkt des Terrors, dem so genannten Deutschen Herbst 1977, starben kurz hintereinander der Bankier Jürgen Ponto und Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer mit seinen Begleitern. Außerdem entführten die Terroristen eine Lufthansa-Maschine und töteten den Pilot. Schon am Gründonnerstag des Jahres hatten RAF-Mitglieder in Karlsruhe den Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine beiden Begleiter ermordet. Das Auto des obersten Anklägers Deutschlands fuhr an diesem Morgen – wie so häufig – von seinem Wohnort zum Bundesgerichtshof. Als das Auto an einer roten

Ampel an der damaligen Linkenheimer Landstraße hielt, fuhr ein Motorrad heran und die Person auf dem Sozius schoss mit einer Maschinenpistole auf die Insassen. Siegfried Buback und sein Fahrer starben sofort, der im Auto anwesende Justizbedienstete wenige Tage später. Ein Gedenkstein erinnert an Ort und Stelle an die drei Getöteten.



In der Linkenheimer Landstraße, die heute Willy-Brandt-Allee heißt, lauerten die Terroristen der RAF dem Generalbundes-anwalts auf und ermordeten ihn und seine beiden Begleiter.

»Wir haben abgetrieben«

Schon 1920 gab es eine erste – damals erfolglose – Gesetzesinitiative im Reichstag, die vorsah, Abtreibungen sollten in den ersten drei Monaten straflos bleiben. Während der Nazizeit dann, als Frauen sogar der Zugang zu Verhütung erschwert wurde, um viele gesunde Babys zu bekommen, wurden Schwangerschaftsabbrüche sogar wesentlich härter bestraft als zuvor. In den sechziger Jahren schließlich entstand eine neue Debatte um das Thema Schwangerschaftsabbruch. Sie gipfelte 1971 in einem spektakulären Titel der Zeitschrift Stern, auf dem sich zahlreiche Frauen selbst öffentlich der Abtreibung bezichtigten. 1974 schließlich verabschiedete der Bundestag ein liberales Abtreibungsrecht, das eine Fristenlösung vorsah, also Straffreiheit in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft. Nach einer Klage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte das Bundesverfassungsgericht das Gesetz ein Jahr später für verfassungswidrig. Es wurde 1976 durch ein Gesetz mit so genannter Indikationsregelung ersetzt: Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland grundsätzlich mit Strafe bedroht, aber zahlreiche Ausnahmeregelungen für Arzt und Schwangere sind möglich.

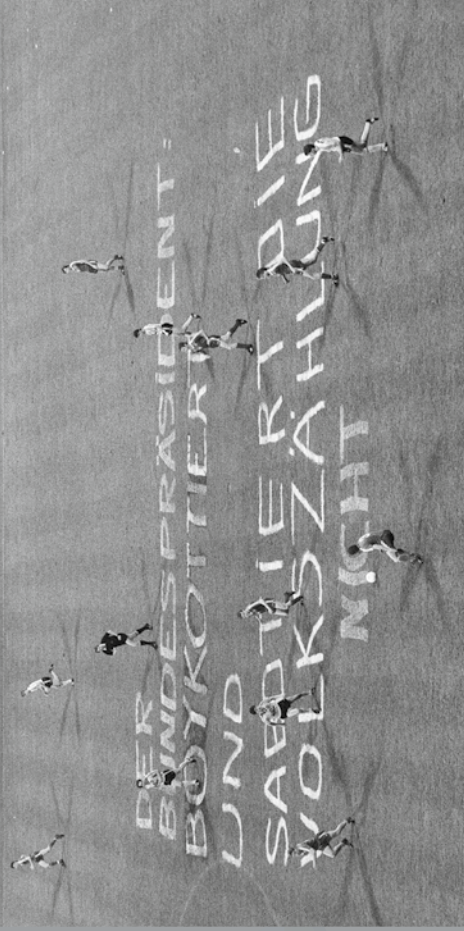


Nach der Urteilsverkündung demonstrieren Gegner des § 218 in Karlsruhe gegen das Urteil. Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat am 25. Februar 1975 in Karlsruhe die Fristenregelung (freie Abtreibung in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft), die im Zuge der Reform des Abtreibungsparagrafen 218 eingeführt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. (dpa)

Sag es mit Tucholsky

1931 publizierte Kurt Tucholsky – als er selbst schon aus politischen Gründen in Schweden lebte – die Glosse »Der bewachte Kriegsschauplatz« in der Zeitschrift »Die Weltbühne«. Tucholsky, Soldat im Ersten Weltkrieg und 1919 Mitgründer des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, kritisiert in dem Text die Feldgendarmerie, die in sicherem Abstand zum Kampf dafür Sorge, dass »vorn richtig gestorben« werde und Deserteure ermorde. Die Gemüter erregte besonders ein kurzer Abschnitt der Glosse, der in dem Satz gipfelte »Soldaten sind Mörder«. Den verantwortlichen Redakteur der Weltbühne, Carl von Ossietzky, verklagte Reichswehrminister Wilhelm Groener daraufhin wegen Beleidigung der Reichswehr. Als Schlusswort in seinem Prozess sagte Ossietzky: »Aber es ist falsch, wenn man annimmt, dass es sich in dem Weltbühnen-Artikel um die Diffamierung eines Standes handelt; es handelt sich um die Diffamierung des Krieges.« Er wurde freigesprochen mit der Begründung, es seien keine konkreten Personen gemeint gewesen und eine unbestimmte Gesamtheit könne nicht beleidigt werden.

Später, in der Bundesrepublik, wurde Tucholskys Satz beliebt bei Pazifisten und Antimilitaristen. Insgesamt viermal hob das Bundesverfassungsgericht Urteile gegen Nutzer des Spruches auf und argumentierte, Tucholskys Worte seien von Artikel 5 des Grundgesetzes gedeckt, der die Meinungsfreiheit garantiert. Insbesondere, weil es keine Hinweise auf eine spezifische Beleidigung der Bundeswehr in dieser allgemeinen Aussage gebe.



Das war ein Schreck im Mai 1987, einen Tag vor dem Bundesligaspiel Borussia Dortmund gegen den Hamburger SV: Gegner der geplanten Volkszählung hatten einen riesigen Boykottaufruf auf den Rasen des Westfalenstadions gemalt. In Absprache mit dem Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker änderte der Hausherr den Spruch in einen Aufruf zur Volkszählung und das Spiel konnte ungehindert stattfinden.

Ein Meilenstein des Datenschutzes

Was passiert, wenn in unserem Leben neue Rechtsfragen auftauchen, die die Väter und Mütter des Grundgesetzes nicht vorhersahen, zum Beispiel, weil sich neue Techniken und Methoden erst entwickelt haben? Dann ist es Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, den Geist des Grundgesetzes und die Absichten der Gründer zu interpretieren und neues Recht zu schaffen. Auf diese Weise entstand 1983 das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Wie kam es dazu? Das Volkszählungsgesetz sah für 1983 eine Kopfzählung aller Einwohner durch die öffentliche Ver-

waltung vor sowie die Erhebung zusätzlicher Daten. Dagegen wurden mehrere Verfassungsbeschwerden erhoben. In einer richtungweisenden Entscheidung erklärte das Gericht im Dezember 1983 das Volkszählungsgesetz für verfassungswidrig, da es das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletze. Das Gericht leitete dieses »neue« Recht aus dem grundgesetzlichen Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und der Unantastbarkeit der Menschenwürde ab. Das Urteil gilt bis heute als Meilenstein des Datenschutzes.



Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes zählte seit 1945 in Deutschland mehr als 60.000 Männer, die auf Grundlage des Paragraphen 175 verurteilt und zu teils mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Zusätzlich verloren sie häufig Arbeitsplätze und wurden sozial ausgegrenzt.

Langer Abschied vom 175er

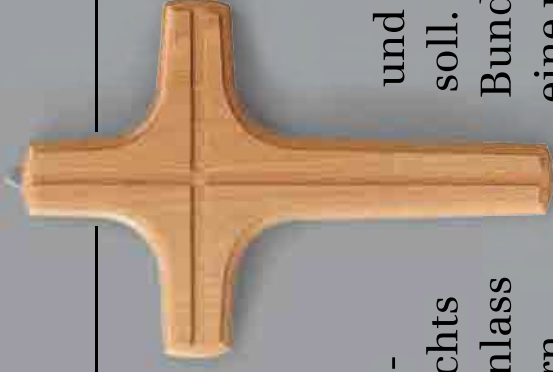
Während in Frankreich sexuelle Handlungen zwischen Männern längst straffrei waren, stellte das Deutsche Reichsstrafgesetzbuch von 1871 Homosexualität unter empfindliche Strafe. Unter den Nationalsozialisten verschärfte, überlebte der Paragraph 175 in der Bundesrepublik zwei Gesetzesreformen und wurde erst 1994 endgültig abgeschafft.

Zwei Verfassungsbeschwerden gegen den Paragraphen wies das Bundesverfassungsgericht in den frühen fünfziger Jahren zurück: Das Gesetz verstoße nicht gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung der Geschlechter und das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Es sei rechtmäßig wegen des »hemmungslosen Sexualbedürfnis'« der homosexuellen Männer vor der die sittliche Anschauung des Volkes geschützt werden müsse. Entgegen einem Vorschlag der Großen Strafrechtskommission – die die Abschaffung befürwortet hatte – sah der Entwurf der Bundesregierung für ein neues Strafgesetz 1962 denn auch die Beibehaltung des 175er vor. Ziel war es, »lasterhaftes Treiben« zu verhindern, das als schwere »Gefahr für eine gesunde und natürliche Lebensordnung im Volk« angesehen wurde. Erst ab 1965, als ein allgemeiner Wertewandel in der Gesellschaft begann, sank die Zahl der nach Paragraph 175 Verurteilten. Der Paragraf überlebte auch die umfassende Reform des Sexualstrafrechts 1973 und diverse Initiativen zur Streichung in den 80er Jahren, bis er 1994 vom Bundestag schließlich ersatzlos aufgehoben wurde. 2016 kündigte Bundesjustizminister Maas eine Rehabilitierung und Entschädigung der noch lebenden Opfer der Strafnorm in der Nachkriegszeit an.

Die Deutschen befürworten die Homo-Ehe

Eine repräsentative Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ergab Anfang 2017, dass 83 Prozent der Deutschen die komplette rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben sowie die »Ehe für alle« befürworten. Der Bundesrat drängt auf die vollständige Gleichstellung und verlangte nach mehreren vergeblichen Initiativen 2015 eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches, um die Ehe und das volle gemeinschaftliche Adoptionsrecht für Homosexuelle zu ermöglichen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in wegweisenden Urteilen seit 2002 die Homo-Ehe gebilligt und in der Folge praktisch alle Unterschiede, die vor Gericht gelangten, abgeschafft, darunter das Ehegattensplittling und Teile des Adoptionsrechts. 2009 formulierte das Gericht: »Es ist verfassungsrechtlich nicht begründbar, aus dem besonderen Schutz der Ehe abzuleiten, dass andere Lebensgemeinschaften im Abstand zur Ehe auszugestalten und mit geringeren Rechten zu versehen sind.«

Das Drama ums Kreuz



1995 erregte der so genannte Kruzifix-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts die Gemüter – besonders in Bayern. Anlass war eine Beschwerde von drei Schülern und ihren Eltern gegen die Bayerische Volksschulordnung von 1983. Sie wehrten sich gegen die dortige Anordnung, dass in jedem Klassenzimmer der bayerischen Volksschulen ein Kruzifix oder zumindest ein Kreuz anzubringen sei. Das Bundesverfassungsgericht erklärte daraufhin diesen Teil der Volksschulordnung für verfassungswidrig und nichtig, weil es die in Grundgesetzartikel 4 gewährte Religions- und Glaubensfreiheit verletzt sah. Der Beschluss wird als Leitentscheidung für ein heute multireligiöses Land angesehen, das unter dem Motto Neutralität durch Pluralität das Nebeneinander der Religionen

und die gegenseitige Akzeptanz fördern soll. Der Beschluss verschaffte dem Bundesverfassungsgericht in der Folgezeit eine runde Viertelmillion wütende Proteste und Demonstrationen gegen die Richter, die »die Axt gegen das Kreuz« erhoben hätten. In den bayerischen Volksschulzimmern hatte der Karlsruher Spruch hingegen kaum praktische Auswirkungen. Ein neuformulierter Absatz im bayerischen Erziehungs- und Unterrichts-gesetz verfügt nun: »Angesichts der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns wird in jedem Klassenraum ein Kreuz angebracht.« Die Aufhängpflicht ist diesmal ergänzt um eine Konfliktregelung, die es ermöglicht, das Kreuz in speziell begründeten »atypischen Ausnahmefällen« auf eine Klage hin abzuhängen.

Gang durch die Karlsruher Rechtsgeschichte anhand von zwölf Juristenportraits

von
Detlev Fischer

Dr. Detlev Fischer, geboren 1950 in Göttingen, aufgewachsen in Karlsruhe. Nach Studium der Rechtswissenschaften und Abschluss des juristischen Vorbereitungsdienstes jeweils in Freiburg, 1979 Eintritt in den baden-württembergischen Justizdienst mit Tätigkeiten als Staatsanwalt und Richter in Baden-Baden und Karlsruhe. Ende 1995 bis Anfang 2002 Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe, anschließend Vorsitzender einer Kammer für Handels-sachen beim Landgericht Karlsruhe. Von 2005 bis 2015 Richter am Bundesgerichtshof. Seit 2005 Vorsitzender des Karlsruher Vereins Rechtshistorisches Museum e. V., zahlreiche Publikationen zur Karlsruher Rechtsgeschichte.



Bereits der erste Privilegienbrief des Stadtgründers Markgraf Karl Wilhelm (1679–1738) sah neben der Gewährung von Freiheitsrechten zum Schutze der Neubürger die Errichtung eines erstinstanzlichen Gerichts für Karlsruhe vor. Seither sind Recht und Gericht untrennbar mit der Stadtgeschichte verbunden. Herausragende Juristenpersönlichkeiten haben in der Stadt als Richter, Rechtsanwälte und Verwaltungsbeamte gewirkt. Anhand von zwölf Portraits soll diese Entwicklung vom 18. Jahrhundert bis zur Aufbauzeit der neuen Residenz des Rechts nachgezeichnet werden.

Auf Anregung von *Johann Georg Schlosser* (1739–1799), zuvor erfolgreich als Oberamtmann im badischen Emmendingen tätig, wurde 1790 das Hofgericht aus dem Hofrat ausgegliedert und verselbständigt.



Johann Georg Schlosser
1739–1799



Johann Friedrich Niklas Brauer
1753–1813



Karl Friedrich Nebenius
1784–1857

Schlosser, als Schwager von Johann Wolfgang von Goethe weithin bekannt, wurde das neu geschaffene Amt des Hofgerichtsdirektors übertragen. Bereits wenige Jahre später erwies er sich als unabhängiger Richter: Aus Protest gegen Eingriffe des Markgrafen Karl Friedrich (1728–1811) in ein abgeschlossenes Gerichtsverfahren legte er sein Richteramt nieder und schied aus dem badischen Staatsdienst aus.

Mit der Erhebung Badens zum Kurfürstentum (1803) und zum Großherzogtum (1806) galt es, eine einheitliche Gerichts- und Rechtsordnung für das nun vom Main bis zum Bodensee reichende Territorium zu schaffen. In dieser Zeit bewährte sich der vielseitige Jurist *Johann Friedrich Niklas Brauer* (1753–1813) als Gesetzgeber Badens. Zahlreiche Gesetze wurden von ihm verfasst. Seine letzte große Kodifikation war das 1810 in Kraft getretene Badische Landrecht, eine Übersetzung des französischen Code civil von 1804. Dem Gesetzestext fügte er 500 auf die badischen Verhältnisse bezogene Zusätze an, wodurch ein modernes, überaus volkstümliches Zivilgesetzbuch entstand, das bis zum Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches zum 1.1.1900 fortgalt.

Auf großherzogliche Anordnung schuf der Karlsruher Ministerialrat *Karl Friedrich Nebenius* (1784–1857) die erste Landesverfassung von 1818. Sie enthielt einen Grundrechtskatalog und sah eine Volksvertretung, die Zweite Kammer des badischen Ständehauses, vor. Die auf die französische Charta constitutionelle von 1814 zurückgehende Verfassung galt zur damaligen Zeit zu Recht als sehr fortschrittlich. Ihr kam eine besondere integrative Bedeutung zu, welche einen spezifischen badischen Verfassungspatriotismus begründete. Am Karlsruher Rondellplatz steht in Erinnerung an dieses Grundgesetz ein aus Buntsandstein gefertigter Obelisk, der um 1827 errichtet und alsbald als Verfassungssäule bezeichnet wurde.

Im Vormärz gingen von der Zweiten Kammer gewichtige rechtspolitische Impulse aus, die schließlich zur Errichtung von Schwurgerichten (1845/1849) und eigenständigen Amtsgerichten (1857) führten. Unter Justizminister *Anton von Stabel* (1806–1880), zuvor Oberhofrichter in Mannheim, wurde 1864 das Gerichtswesen modernisiert und das bis dahin in Bruchsal ansässige Hofgericht nach Karlsruhe verlegt und zum Kreis- und Hofgericht erweitert. Im selben Jahr wurde im Zuge der Neugliederung der Verwaltung in Karlsruhe ein Verwaltungsgerichtshof eröffnet, der als zweite Instanz für Verwaltungsrechtsstreitigkeiten zuständig war und das erste eigenständige Verwaltungsgericht in Deutschland sein sollte.



Anton von Stabel
1806–1880



Adrian Bingner
1830–1902



Ernst Fuchs
1859–1929

Aus dem Kreis- und Hofgericht ging im Rahmen der Reichsjustizreform (1879) das heutige Landgericht Karlsruhe hervor. Mit dieser Reform war gleichzeitig die Umwandlung des in Mannheim ansässigen Oberhofgerichts, des obersten badischen Gerichtshofes, in ein Oberlandesgericht verbunden. Es ist dem für die Ausführung der Reichsjustizreform in Baden zuständigen Karlsruher Ministerialrat und späteren Senatspräsidenten am Leipziger Reichsgericht *Adrian Bingner* (1830–1902) zu verdanken, dass das Oberlandesgericht seinen Sitz in Karlsruhe erhielt. Hierdurch erfuhr der Gerichtsstandort Karlsruhe eine nachhaltige Aufwertung.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts machte sich der Karlsruher Rechtsanwalt *Ernst Fuchs* (1859–1929) als führender Freirechtler mit zahlreichen Schriften in ganz Deutschland einen Namen. Die Freirechtsbewegung, ein Kreis oppositioneller Reformjuristen, trat insbesondere für eine größere Freiheit der Richter bei der Rechtsfindung unter Einbezug rechtssoziologischer und psychologischer Erkenntnisse ein. Seit seiner Jugend verstand sich Fuchs als bewusster »Demokrat vom Schlag der 1848«. Er begrüßte die Einführung der republikanisch-demokratischen Staatsform nach 1918 und setzte sich engagiert für die Weimarer Reichsverfassung ein.

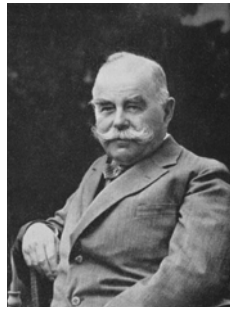
Der Karlsruher Jurist *Eduard Dietz* (1866–1940) wirkte zunächst in seiner Heimatstadt als Richter am Amts- und Landgericht. Auf dem »Sprungbrett zur glänzenden Karriere« entschied er sich jedoch 1900 für den Anwaltsberuf. Als bald war er ein gefragter Strafverteidiger, der sich ab 1911 auch als sozialdemokratischer Stadtrat bewährte. 1918/1919 war er maßgeblich an der Ausarbeitung der neuen Landesverfassung beteiligt. Diese Verfassung zeichnete sich durch eine strikte Verwirklichung des demokratischen Prinzips aus und wies in Anlehnung an Schweizer Verfassungsgrundsätze zahlreiche Elemente der direkten Demokratie auf. Von 1922 bis zu seiner Amtsenthhebung durch die Nazis im März 1933 amtierte Dietz zudem als Vorsitzender der für ganz Baden zuständigen Rechtsanwaltskammer, was sein hohes Ansehen in der Anwaltschaft unterstrich.

Als Pionier der Jugendstraffälligenhilfe erwies sich der Karlsruher Richter *Heinrich Wetzlar* (1868–1943), der 1919 im Schloss Stutensee eine alternative Einrichtung für jugendliche Straftäter schuf. Anstelle des herkömmlichen Strafvollzugs wurde hier die Möglichkeit zur beruflichen Aus- und Weiterbildung gegeben. Über 30 Jahre amtierte Wetzlar an den Karlsruher Gerichten in verschiedenen Verwendungen. Ende 1929 wurde er in Würdigung seiner vielfältigen Verdienste zum Landgerichtspräsidenten in Mannheim ernannt, wo er 1933 von den Nazis aus rassistischen Gründen aus dem Amt verdrängt wurde. Zehn Jahre später wurde er in das KZ Theresienstadt verschleppt und verstarb dort nach wenigen Monaten an den mörderischen Lagerbedingungen.

Ebenfalls Opfer des NS-Regimes wurde der Karlsruher Rechtsanwalt *Reinhold Frank* (1896–1945). Seit Anfang der Zwanziger Jahre arbeitete er als Anwalt in Karlsruhe. Kurze Zeit vor der NS-Gleichschaltung saß er als Zentrumsabgeordneter im Karlsruher Stadtrat. Vielfach übernahm er die Strafverteidigung von politisch Verfolgten, so von Priestern und während des Krieges von Angehörigen des französischen Widerstands im Elsass. Wegen seiner Beteiligung an der Widerstandsbewegung des 20. Juli wurde er noch in der Nacht des fehlgeschlagenen Attentats verhaftet und im Januar 1945 durch den berüchtigten Volksgerichtshof in Berlin zum Tode verurteilt.



Eduard Dietz
1866–1940



Heinrich Wetzlar
1868–1943



Reinhold Frank
1896–1945



Max Güde
1902–1984



Gerda Krüger-Nieland
1910–2000



Erna Scheffler
1893–1983

Mit der Entscheidung des Bundestags im Juli 1950, den Bundesgerichtshof als oberstes Gericht für die Zivil- und Strafrechtspflege in Karlsruhe zu errichten, wurde der Grundstein für die zukünftige Residenz des Rechts gelegt. Bereits Anfang Oktober 1950 nahmen die ersten Bundesrichter im Erbgroßherzoglichen Palais ihre Arbeit auf. Im gegenüberliegenden Nordgebäude wurde als Staatsanwaltschaft des Bundes die Bundesanwaltschaft eingerichtet. Im September 1951 folgte das Bundesverfassungsgericht und zog in das Prinz-Max-Palais ein.

Der badische Amtsrichter *Max Güde* (1902–1984) wurde während der NS-Zeit in parteiinternen Unterlagen als »weltanschaulich ungefestigt« und »konfessionell gebunden« bezeichnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er Leiter der Staatsanwaltschaft Konstanz und im Oktober 1950 zum Bundesanwalt in Karlsruhe ernannt. 1955 übernahm er als Senatspräsident den Vorsitz im Verkehrsstrafsenat des Bundesgerichtshofs. Von April 1956 bis September 1961 stand er als Generalbundesanwalt an der Spitze der Bundesanwaltschaft. Auch in seinem Amt als oberster Ankläger der Bundesrepublik bewahrte Güde einen liberalen Kurs; nicht selten blieben seine Anträge unterhalb der vom Bundesgerichtshof damals in erster und letzter Instanz ausgesprochenen Strafen in Landesverratsprozessen. Im Herbst 1961 gab Güde sein Amt freiwillig auf und wechselte in den Bundestag, dem er als CDU-Abgeordneter für Karlsruhe bis 1969 angehörte.

Kurz nach Eröffnung des Bundesgerichtshofs wurde im Mai 1951 die 40-jährige Hamburger Rechtsanwältin *Gerda Krüger-Nieland* (1910–2000) zur Bundesrichterin ernannt und dem für das Urheberrecht und Gewerblichen Rechtsschutz zuständigen I. Zivilsenat zugewiesen. Als Nichtparteimitglied war es ihr während der NS-Diktatur verwehrt, den von ihr angestrebten Richterberuf zu ergreifen; nach Kriegsende verstand es die Hamburger Justizverwaltung ihren Antrag auf Einstellung als Richterin zu hintertreiben. Im Bundesgerichtshof gehörte sie zu den großen Richterpersönlichkeiten der Anfangsjahre. Zahlreiche rechtsfortbildende Grundsatzurteile stammen aus ihrer Feder. 1965 wurde ihr der Vorsitz des I. Zivilsenats übertragen, den sie bis zu ihrer Pensionierung im Jahre 1978 innehatte.

Erna Scheffler (1893–1983) gehörte bei der Errichtung des Bundesverfassungsgerichts als einzige Frau dem damals 24-köpfigen Richterkollegium an. Zu Beginn der NS-Diktatur wurde sie als Berliner Amtsrichterin aus rassistischen Gründen entlassen. Nach Kriegsende wurde sie dort Vorsitzende einer Kammer am Landgericht und wechselte dann in die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Nordrhein-Westfalen über. Im Jahre 1950 hielt sie auf dem Deutschen Juristentag in Frankfurt a. M. ein wegweisendes Referat zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. Als Mitglied des Ersten Senats amtierte sie bis 1963. Insbesondere die Grundsatzentscheidungen zur Gleichberechtigung im Familien- und Ehegattensteuerrecht hat sie maßgeblich beeinflusst. In einem Nachruf, der sie als leidenschaftlich engagiert und zugleich damenhaft und mütterlich beschrieb, hieß es treffend, sie zähle zu den großen Juristinnen der Bundesrepublik.

Als Hüter der Verfassung nahm das Bundesverfassungsgericht von Anfang an eine herausragende Rolle im Institutionensystem der Bundesrepublik ein und prägte die Entwicklung der Demokratie in Deutschland ganz entscheidend mit. Der Gang nach Karlsruhe, ob er nun zum Bundesverfassungsgericht oder Bundesgerichtshof führt, steht heute für den Bundesbürger als Synonym für einen modernen Verfassungs- und Rechtsstaat.

Weiterführende Literatur: Detlev Fischer, *Karlsruher Juristenportraits aus der Vorzeit der Residenz des Rechts*, 2004. Detlev Fischer, *Rechtshistorische Rundgänge durch Karlsruhe – Residenz des Rechts*, 3. Aufl., 2017.

Was uns Recht ist



»Wenn ich so darüber nachdenke, finde ich das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit besonders wichtig, sofern ich eben nicht das Recht von Anderen verletze oder gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoße. Die meisten von denen, die in Deutschland geboren sind, haben das irgendwie völlig ausgeblendet und wertschätzen das in ihrem Alltag nicht genug. Meine Freunde, die nicht aus Deutschland kommen, haben mir gezeigt, was das für ein Geschenk ist, hier in diesem Land und in unserer Rechtsordnung zu leben.«



»Ich würde dann vor Gericht gehen, wenn meine Familie oder ich selbst ohne Schuld körperlichen Schaden erlitten haben.«



»Die Meinungsfreiheit halte ich für ein sehr wichtiges, aber auch gefährdetes Grundrecht. Immer mehr Politiker hetzen gegen die Medien und wollen die Meinungsfreiheit einschränken. Diktaturen beginnen ja oft damit, dass die Presse mundtot gemacht wird.«

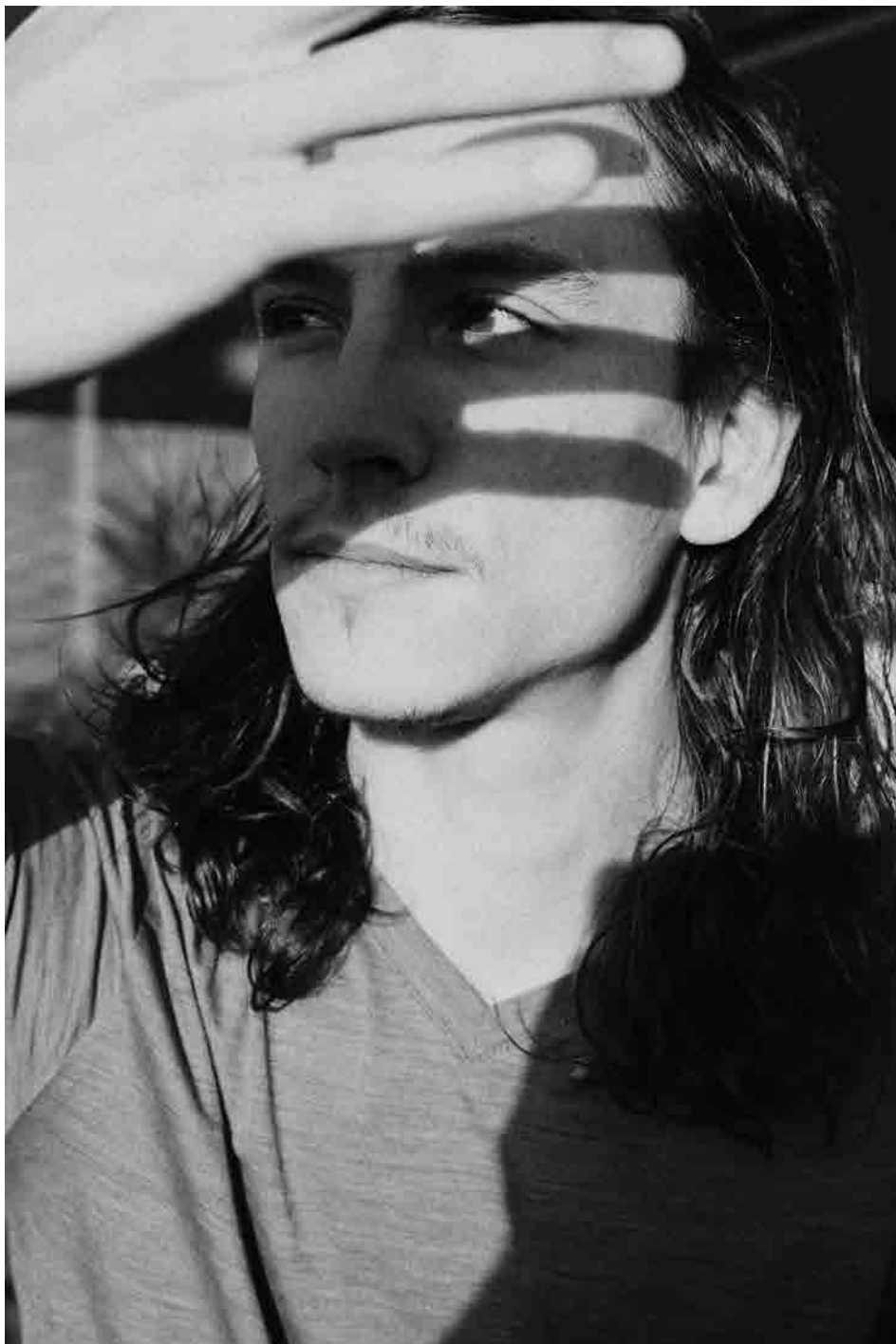


»Ich finde, Bildung sollte einfach nicht davon abhängen, was die Eltern haben oder können, sondern davon, was das Kind für eine Leistung erbringt und an Begabung hat.«



»Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts erklärte im März 2010 die Regelungen des Telekommunikationsgesetzes sowie der Strafprozessordnung über die Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig. Das fand ich bemerkenswert.«

»Rechtsstaat – das bedeutet für mich, Schutz und Sicherheit zu genießen, die man jeden Tag nutzen kann oder auf die man sich einfach verlassen kann. Manchmal müssen wir uns wieder ins Bewusstsein rufen, wie gut es uns eigentlich geht und dass das nur möglich ist durch den Rechtsstaat.«





»Ich bin mir sicher, die Menschen müssen immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die Menschenwürde unantastbar ist. Denn jeder Mensch hat die Neigung zur Würde, aber immer wieder verlieren Menschen dieses Wissen darüber.«



»Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur NPD fand ich höchst spannend. Interessant, wie man damit umgeht, sie nicht zu verbieten und trotzdem eine Hintertür öffnet, indem man sagt, gibt der Partei doch einfach keine finanzielle Förderung mehr. Das ist ein spannendes Urteil, denn ich hatte den Eindruck, dem Gericht sind die Hände gebunden, aber es versucht, eine andere Lösung anzubieten.«



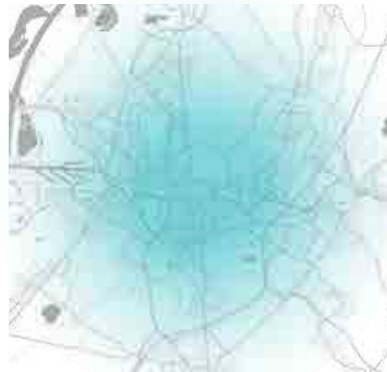
»Kinder sind die Trägerinnen und Träger der Zukunft. Was bringt es uns zum Beispiel, wenn wir den Gedanken der Nachhaltigkeit in unseren Alltag integrieren, gleichzeitig den Gedanken aber nicht an unsere Kinder weitergeben, weil sie nicht zur Schule dürfen? Es ist für mich wichtig, dass jedes Kind sich frei entwickeln darf, und eben genau das stellt die UN-Konvention sicher, indem sie Kindern zusätzliche Rechte zuspricht.«

»Als eine Doppelstaatlerin, die in einem kommunistischen System groß wurde, ist für mich persönlich das Recht auf Freizügigkeit sehr wichtig – nicht zuletzt, weil sich das Leben meiner Familie seit Generationen über zwei Länder spannt.«



Die KVVH für alle

Was war 2016 los?
Unsere Beiträge zum Leben
in der Stadt.



58.146

Leuchtmittel erhellen die Stadt, davon sind bereits 6.504 LED-Lampen



Ausstellung bringt Licht ins Dunkel

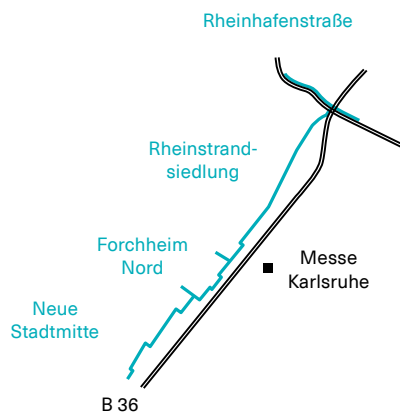
Die Ausstellung »Stadtleuchten« der Stadtwerke Karlsruhe nahm von Ende September bis Ende November die Besucher mit auf eine spannende Reise in die Geschichte der Karlsruher Straßenbeleuchtung. Auf dem Stadtwerke-Gelände beim Messplatz konnten die Gäste die strahlenden Seiten der Fächerstadt auf ganz neue Art und Weise entdecken: Mitmach-Experimente machten den Ausstellungsbesuch zu einem interaktiven Erlebnis. Ein großes Stadtpanorama lud in die besondere nächtliche Atmosphäre von Karlsruhe ein. Und ein historischer Bilderbogen entführte in die Geschichte der Karlsruher Straßenbeleuchtung.

106.400.000

mal nahmen Menschen den Bus oder die Stadtbahn

2.531

Menschen arbeiten bei der KVVH und ihren Töchtern



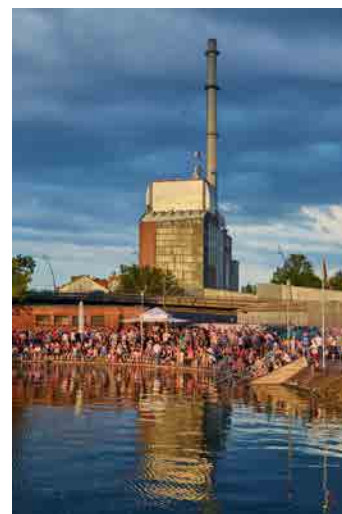
Fernwärme erobert das Umland

Mit über 200 Kilometern Länge ist das Karlsruher Fernwärmenetz eines der größten in Deutschland. Seit 2011 bauen die Stadtwerke Karlsruhe das Fernwärme-Verteilnetz kontinuierlich aus. Die Rheinstrandsiedlung ist einer der aktuellen vier Schwerpunkte beim Ausbau neben Durlach, Oberreit und der östlichen Waldstadt. Die Südschiene wird bis zum Hauptbahnhof verlängert und über mehrere Querspangen mit dem übrigen Netz verbunden. Einer Weiterführung der West-Trasse von der Rheinstrandsiedlung bis nach Rheinstetten hat der Gemeinderat der Nachbarstadt im Oktober 2016 zugestimmt. Damit überwindet die Fernwärme zum ersten Mal die Gemarkungsgrenzen von Karlsruhe und erobert das Umland.

0,26

ist der Primärenergiefaktor der Karlsruher Fernwärme

Der Hafen brodelt



Auch 2016 besuchten zahlreiche Menschen das HafenkulturFest. Das mittlerweile traditionelle Fest findet immer am letzten Juniwochenende statt.

464.755

Besucher im Europabad

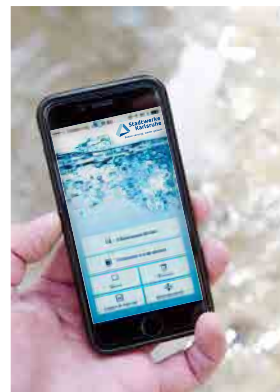
26.450

Gäste auf dem Fahrgastschiff Karlsruhe



14

Der tiefste Punkt der Kombilösung liegt im Bereich der unterirdischen Haltestelle Ettlinger Tor: Hier steht später der Fahrgast auf dem Bahnsteig 14 Meter unter der Oberfläche.



Wasser für alle

Am 22. März, dem internationalen Tag des Wassers, präsentierten die Stadtwerke ihre neue Trinkwasser-App. Mit ihr findet man schnell den nächsten Trinkwasserbrunnen in der Stadt. Außerdem bietet sie umfassende Informationen zur Herkunft und Qualität des Karlsruher Trinkwassers und viele Tipps rund um den gesunden Durstlöscher.

2.958.772

Euro Ufergeld wurden an die Rheinhäfen Karlsruhe gezahlt



Die Stadtwerke haben 2016 zum zweiten Mal den Umweltpreis des Landes Baden-Württemberg für Unternehmen in der Kategorie »Handel und Dienstleistungen« gewonnen. Bereits 2010 hatten die Stadtwerke den Preis für ihre außerordentlichen Umwelt- und Klimaschutzaktivitäten erhalten. »Dieser Preis wird an Unternehmen verliehen, die mutig und vorbildlich auf betrieblichen Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften setzen«, sagte Umweltminister Franz Untersteller in seiner Rede. »Die nominierten Unternehmen und Preisträger sind Vorbilder. Sie beweisen eindrucksvoll unternehmerischen Mut sowie ökologische und soziale Verantwortung«, so der Umweltminister weiter.

4.804

Schiffe wurden in den Rheinhäfen Karlsruhe be- oder entladen

Umwelteffekt

90%

Die Karlsruher Fernwärme stammt zu über 90 Prozent aus industrieller Niedertemperatur-Abwärme der Karlsruher Raffinerie MiRO und aus Abwärme bei der Stromerzeugung.

100.000

Tonnen CO₂ werden pro Jahr durch die Fernwärme-Kooperation mit der MiRO eingespart.

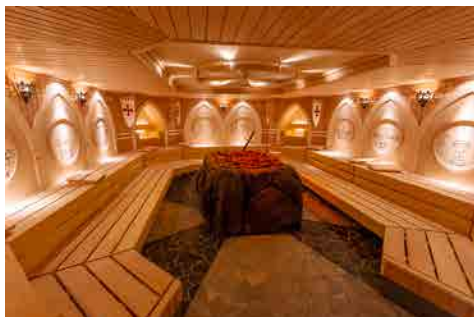
33.412

Wohnungen heizen heute schon mit der ökologisch-klimaschonenden Heizenergie.

Verantwortung und Innovation



Nachhaltigkeit und Umweltschutz, verbunden mit wirtschaftlichem Erfolg, stehen bei den Stadtwerken Karlsruhe im Vordergrund. Dies zeigt sich auch darin, dass die Stadtwerke seit 20 Jahren nach dem europäischen »Eco-Management and Audit Scheme«, kurz EMAS, zertifiziert sind. Als eines der ersten Versorgungsunternehmen überhaupt sind sie nach diesem höchsten Umweltmanagement-Standard zertifiziert.

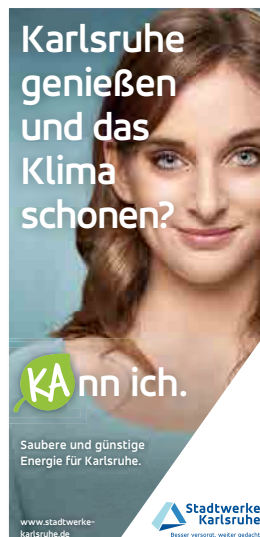


Am 14. Mai wurde die neue Excalibur- und Druidensauna im Europabad offiziell eröffnet.

22,4 Mio.

Euro Gesamtinvestition in Windkraftanlagen seit 2011

KAnn ich.



»Besser versorgt, weiter gedacht« – mit diesem neuen Motto starteten die Stadtwerke Karlsruhe Anfang April in die Zukunft. Mit ihrem neuen Markenauftritt zeigen die Stadtwerke ihre Stärken als Energiedienstleister vor Ort. Das neue Erscheinungsbild ist ein sichtbares Zeichen für Kontinuität und Aufbruch, aber auch den Wandel des Unternehmens.

468.221

Euro investierten die Rheinhäfen Karlsruhe in die Modernisierung von Gleisanlagen im Rheinhafen.



27

Niederflurbahnen vom Typ Citylink NET 2012 wurden in Betrieb genommen



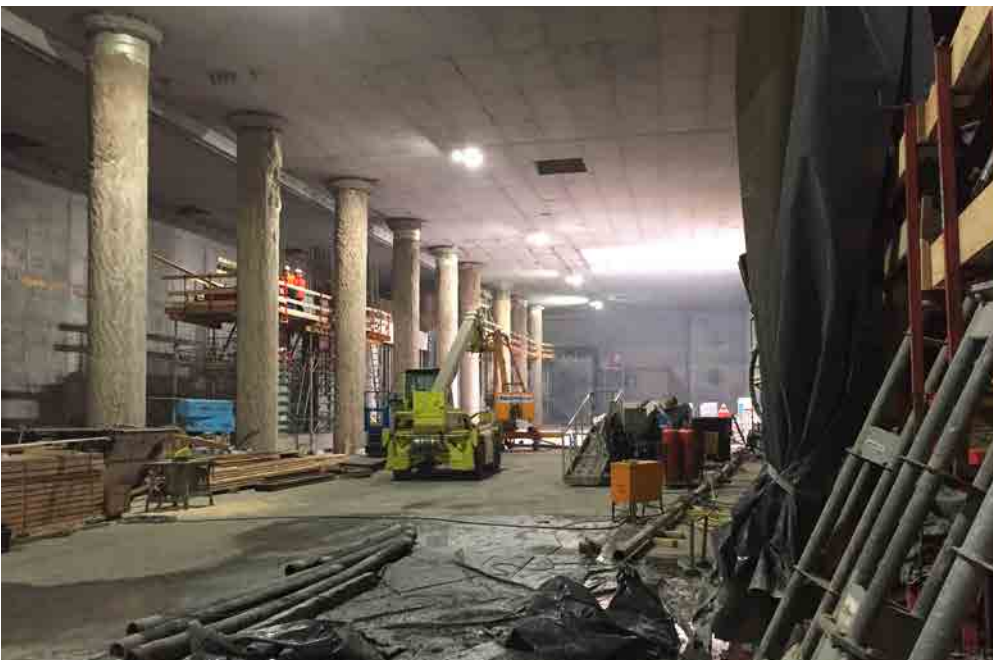
Zehn Jahre Energie-Detektive

Der Kinderclub der Stadtwerke, die Energie-Detektive, feierte 2016 seinen zehnten Geburtstag. Kinder zwischen acht und 13 Jahren machen regelmäßig Jagd auf Energiefresser, lernen im Club spielerisch allerlei nützliche Dinge zum Thema Energie und haben gemeinsam viel Spaß dabei.

Unterbau

Unter der Kaiserstraße und auf dem Südabzweig zwischen Marktplatz und der Rampe in Höhe der Augartenstraße sind bis Jahresende 2016 sieben unterirdische Haltestellen, Tunnelabschnitte und drei Rampen mit einer Länge von insgesamt 3,4 Kilometern entstanden. Manche Bereiche sind im Rohbau fertiggestellt, andere noch im Bau.

Die breiteste Haltestelle ist die unterirdische Station Marktplatz (Foto) – sie wird drei Gleise haben, eines davon endet hier als Stumpfgleis. Während alle anderen Haltestellen zwischen 16 und 25 Meter breit sind, besitzt die Haltestelle Marktplatz eine Breite von 35 Metern.





Modernisiert

In den neun Karlsruher Strom-Umspannwerken reduzieren Transformatoren die Spannung von Höchst- und Hochspannung auf Mittelspannung. Anschließend speisen sie den Strom dann ins Karlsruher Netz ein. 2016 wurde das Umspannwerk Mitte in der Wilhelmstraße modernisiert und eine neue Hochspannungsanlage eingebaut. Die Netzservice Gesellschaft der Stadtwerke investierte über 1,6 Millionen Euro in diesen wichtigen Strom-Knotenpunkt, der für die Versorgung der Innenstadt zuständig ist.



Gemeinsam wirksam

Im Bereich der Windkraft kooperieren die Stadtwerke mit verschiedenen Partnern und verfügen inzwischen über eine installierte Windkraftleistung von 24 MW. Sie liefern damit Ökostrom für über 21.000 Haushalte.

Zusammen mit der Hoepfner Bräu Friedrich Hoepfner Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG haben die Stadtwerke ein neues Unternehmen gegründet: Die Badische Energie-Servicegesellschaft für smarte Energielösungen in der Immobilienwirtschaft und bei Industriekunden, kurz BES genannt. Sie liefert Wärme, Kälte und Strom aus hocheffizienten und somit klimaschonenden Erzeugungsanlagen und bietet komplette Energiedienstleistungen an.

Die 2015 gegründete und auf Innovationen spezialisierte SWK-Novatec hat die Stadtwerke inzwischen erfolgreich in der Karlsruher Gründerszene als Partner positioniert und verschiedene Anwendungen für eine innovative Funktechnologie pilotiert. Dabei kooperiert sie mit einem Karlsruher Start-Up-Unternehmen.

2,3 Mio.

Euro Investition in die Strom-Umspannwerke der Netzservice Gesellschaft der Stadtwerke



Am 8. Oktober eröffnete die neue »Kai – der Hai«-Kinderwelt im Europabad.



1.116

Wohn- und Gewerbeeinheiten neu am Fernwärmenetz

Aufklärungsfahrzeug

Einen Elektrobuss haben die VBK im März im Fahrgastbetrieb getestet. Zum Einsatz kam das umweltfreundliche und sehr leise Fahrzeug vor allem auf den Linien 10 und 30, also zwischen Hauptbahnhof und Konzerthaus sowie zwischen dem Karl-Wilhelm-Platz und der Waldstadt. Die Fahrten lieferten wichtige Erkenntnisse und Erfahrungswerte zum Umgang mit der neuen und zukunftsweisenden Technologie. Die Antriebstechnik des Elektro-Busses stammt von der Firma Ziehl-Abegg aus Künzelsau. »Perspektivisch denken wir schon über die Anschaffung von Elektrobussen nach, allerdings ist das erst ein Thema in den nächsten drei bis vier Jahren«, sagt VBK-Geschäftsführer Dr. Alexander Pischon.



Ein großes finanzielles Einsparpotenzial bietet der Einsatz energieeffizienter Leuchtmittel in den Gebäuden der Verkehrsbetriebe Karlsruhe. Dies ist das Ergebnis eines Energieaudits, das die Stadtwerke gemeinsam mit den VBK durchgeführt haben. VBK-Geschäftsführer Dr. Alexander Pischon nimmt den Energieaudit-Bericht von Stadtwerke-Chef Michael Homann entgegen.

1.666.091 MWh

Erdgasverbrauch zum Heizen und Kochen in Karlsruhe



Seit 15. Oktober erstrahlt das Dampfbad im Europabad wieder in neuem Glanz.



Kommunikativ

Ein leistungsfähiger Nahverkehr braucht leistungsfähige Fahrzeuge. Deshalb haben die Verkehrsbetriebe auch 2016 die Modernisierung ihrer Niederflurwagen weiter vorangetrieben. Bis Dezember 2018 sollen insgesamt 70 VBK-Fahrzeuge – 45 sechssachsige und 25 achtsachsige Bahnen – umgerüstet werden. Dabei werden die Fahrzeuge unter anderem komplett mit neuen Sitzen ausgestattet, die die neuesten Brandschutzvorschriften erfüllen. Zudem werden die Bahnen künftig auch über Fahrgast-Sprechstellen an den Türen verfügen. Über diese Sprechstellen können die Fahrgäste dann direkt Kontakt mit dem Fahrer aufnehmen.

23.864.695 m³

Trinkwasser wurden geliefert



Mitarbeiter-Sensibilisierung

Zeitreise in die eigene Zukunft: Um ihr Fahrpersonal im Umgang mit älteren Fahrgästen zu sensibilisieren, haben die VBK im Herbst intensive Schulungen mit einem gerontologischen Alterssimulationsanzug, kurz GERT, durchgeführt. Bei diesem spannenden Selbstversuch konnten die Teilnehmer die typischen krankheits- und altersbedingten Einschränkungen von Senioren (Kraftverlust, Gelenkversteifung, Koordinationsprobleme, Augenerkrankungen oder Schwerhörigkeit) erfahren und Verständnis für die Verhaltensweisen älterer Menschen entwickeln. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es den VBK wichtig, die Belegschaft auf die steigende Zahl älterer Fahrgäste durch intensive Weiterbildungsmaßnahmen vorzubereiten.

8,5 Mio.

Euro Investition der VBK und AVG in eine neue Halle für 24 Tram- und Stadtbahnen

Neues Zuhause für die Stadtbahnen

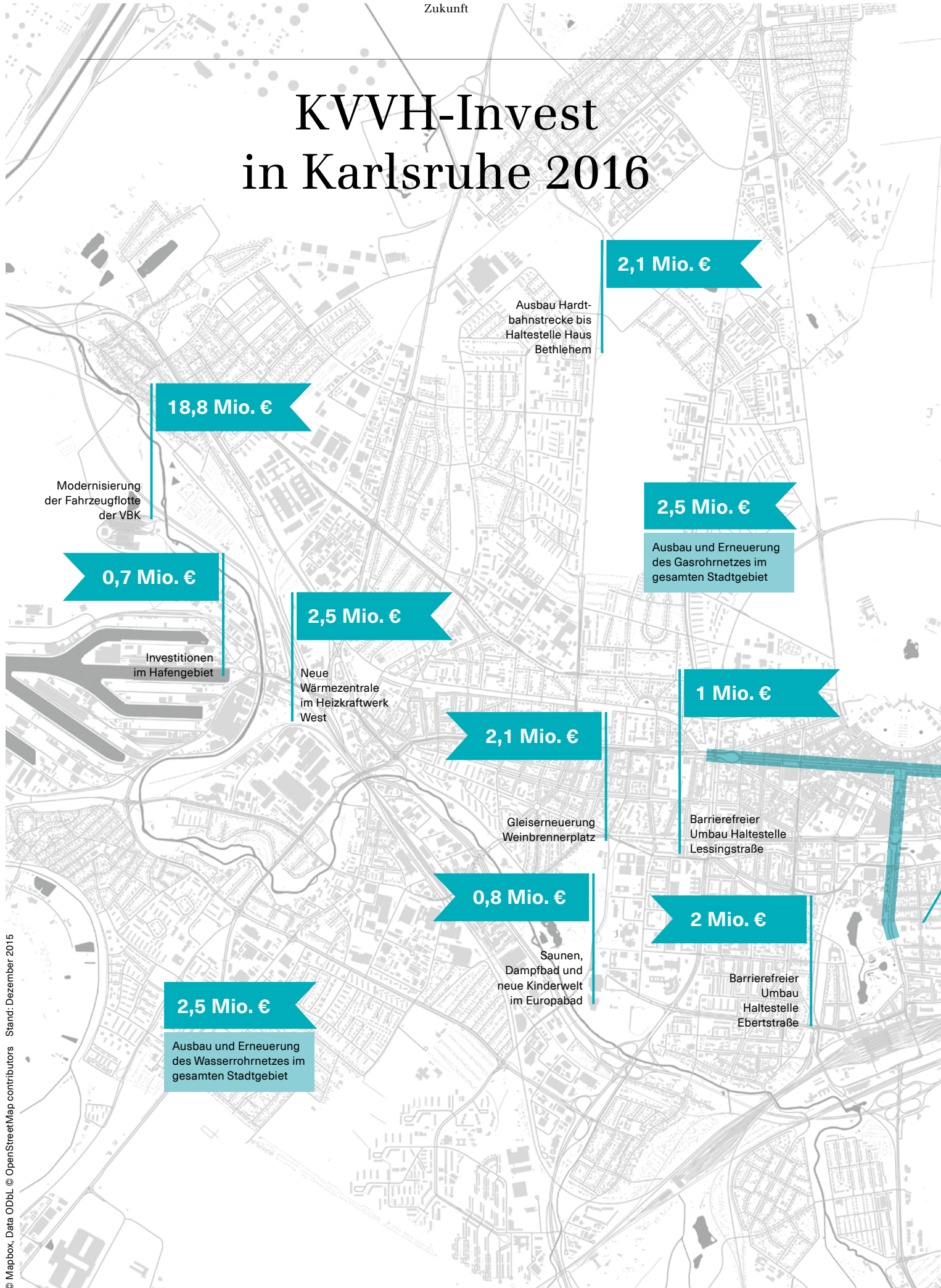
Mit der Einweihung des dritten Hallenschiffes haben die VBK den Ausbau ihres Betriebshofes in der Gerwigstraße erfolgreich abgeschlossen. Die 220 Meter lange und 25 Meter breite Halle mit sechs Gleisen bietet Platz für 24 Tram- beziehungsweise Stadtbahnen, die hier nach Betriebsende sicher und geschützt gegen die Witterung abgestellt werden können. Das dritte Hallenschiff wurde dringend benötigt, da der Fuhrpark der Verkehrsbetriebe und der AVG in den zurückliegenden Jahren stark vergrößert und modernisiert wurde. Die nach zweijähriger Bauzeit eröffnete Halle kostete rund 8,5 Millionen Euro, das Land Baden-Württemberg übernahm davon rund 75 Prozent. Das Gebäude ist mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach und energiesparender LED-Beleuchtung ausgestattet. Zudem nutzen die VBK die Abwärme der Fahrzeuge zum Beheizen der Halle.

150

junge Menschen absolvieren im KVVH Konzern eine Ausbildung



KVVH-Invest in Karlsruhe 2016

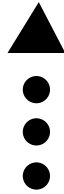


© Mapbox, Data ODbL © OpenStreetMap contributors Stand: Dezember 2015

Die KVVH investierte 2016 insgesamt 236,6 Millionen Euro in eine moderne, effiziente Energie- und Wasserversorgung, in einen leistungsfähigen Personennahverkehr, in die Kombilösung, in einen

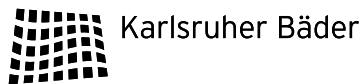
konkurrenzfähigen Hafen und in das bei Besuchern aus der ganzen Region beliebte Europabad. Exemplarisch finden Sie hier die größten und wichtigsten Investitionen der KVVH.





KVVH GmbH

Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH



Der Geschäftsbericht 2017 erscheint im kommenden Jahr mit dem Themenschwerpunkt Freiheit.

KVVH – Zahlen 2016

Kurzübersicht

		2015	2016
Bilanzzahlen			
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen			
Anschaffungswert	Mio. €	2.895,5	3.112,7
Restbuchwert	Mio. €	1.050,6	1.163,8
Investitionen	Mio. €	301,4	234,7
Bilanzsumme	Mio. €	1.363,8	1.483,5
Finanzanlagen	Mio. €	130,9	131,4
Eigenkapital	Mio. €	322,3	321,6
Gezeichnetes Kapital	Mio. €	107,4	107,4
Umsatzerlöse ohne Energiesteuer	Mio. €	781,5	712,7
Materialaufwand	Mio. €	548,5	445,1
Personalaufwand	Mio. €	154,2	161,1
Abschreibungen für das Anlagevermögen	Mio. €	51,2	56,2
Steuern	Mio. €	4,6	3,3
Konzernfehlbetrag	Mio. €	-2,3	-0,6
Kennzahlen			
Wertschöpfung	Mio. €	237,7	240,5
EBIT	Mio. €	24,5	21,7
Cash flow	Mio. €	24,7	4,0
Personal			
Mitarbeiter/innen	Anzahl	2.501	2.531
Auszubildende	Anzahl	146	150
Frauen	Anzahl	488	493
Schwerbehinderte	Anzahl	157	156
SWK GmbH			
Stromversorgung			
Vertriebsabgabe (inkl. Eigenverbrauch)	MWh	1.443.779	1.382.428
Leitungsnetz	km	2.828	2.841
Zählpunkte	Anzahl	192.123	192.264
Erdgasversorgung			
Vertriebsabgabe (inkl. Eigenverbrauch)	MWh	1.628.991	1.666.091
Leitungsnetz	km	797	800
Zählpunkte	Anzahl	68.053	67.895
Trinkwasserversorgung			
Netzabgabe	Mio. m ³	24,7	23,9
Leitungsnetz	km	914	919
Eingebaute Zähler	Anzahl	44.788	44.131
Fernwärmeversorgung			
Netzabgabe	MWh	792.169	839.664
Leitungsnetz	km	187	202
Eingebaute Zähler	Anzahl	2.698	2.819
KBG mbH			
Besucher	Anzahl	468.133	464.755
Rheinhäfen			
Gesamtumschlag	Mio. t	7,1	6,7
Schiffsbewegungen	Anzahl	5.520	4.804
Fahrgastschiffahrt	Beförderte Personen	29.156	26.450
VBK GmbH			
Beförderte Personen	Mio.	107,5	106,4
Betriebsstrecke			
Straßenbahnbetrieb	km	69,2	71,5
Omnibusbetrieb (Linienlänge)	km	183,0	183,0
KASIG			
Länge Stadtbahntunnel Kaiserstraße	km		2,4
Länge Stadtbahntunnel Südabzweig	km		1,0
unterirdische Haltestellen	Anzahl		7
Länge schienenfreie Fußgängerzone	km		1,4
Länge Straßentunnel Kriegsstraße	km		1,4
oberirdische Haltestellen	Anzahl		5

Organe der KVVH Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH

Geschäftsführung	Michael Homann Sprecher der Geschäftsführung
	Dr. Alexander Pischon Dipl.-Ing. (FH) Uwe Konrath Ass. jur. Patricia Erb-Korn
Aufsichtsrat	
Vorsitzende	Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz
Stellv. Vorsitzender	Leonhard Bauer, <i>freigestellter Betriebsrat, SWK *</i>
Mitglieder	<p>Thorsten Dossow, <i>Stv. Bezirksgeschäftsführer, ver.di *</i></p> <p>Stadtrat Thorsten Ehlgötz, <i>Maschinenbaumeister</i></p> <p>Silke Gleitz, <i>Betriebsratsvorsitzende, VBK *</i></p> <p>Dirk Gümpel, <i>Betriebsmeister, SWK *</i></p> <p>Stadtrat Thomas Hock, <i>Verkehrsfachwirt</i></p> <p>Stadtrat Detlef Hofmann, <i>Bundestrainer im Kanu-Rennsport</i></p> <p>Harald Klingler, <i>Kfz-Elektriker-Meister, VBK *</i></p> <p>Stadtrat Uwe Lancier, <i>Kfm. Angestellter</i></p> <p>Prof. Dr. Matthias Maier, <i>Geschäftsfeldleiter Trinkwasser, SWK *</i></p> <p>Stadtrat Parsa Marvi, <i>IT-Produktmanager</i></p> <p>Stadträtin Yvette Melchien, <i>Gymnasiallehrerin</i></p> <p>Stadtrat Dr. Thomas Müller, <i>Facharzt</i></p> <p>Martina Stegemann, <i>Industriekauffrau, SWK *</i></p> <p>Udo Unger, <i>freigestellter Betriebsratsvorsitzender, SWK *</i></p> <p>Susanne Wenz, <i>Bezirksgeschäftsführerin, ver.di *</i></p> <p>bis 31.01.2016 Stadtrat Alexander Geiger, <i>Hörgeräteakustiker</i></p> <p>ab 01.02.2016 Stadtrat Johannes Honné, <i>Softwareentwickler</i></p> <p>bis 30.04.2016 Stadträtin Bettina Lisbach, <i>Softwareentwicklerin</i></p> <p>ab 01.05.2016 Stadträtin Zoe Mayer, <i>Studentin</i></p> <p>bis 31.07.2016 Rudolf Hausmann, <i>Gewerkschaftssekretär, ver.di *</i></p> <p>ab 01.08.2016 Andrea Krammer, <i>Gewerkschaftsassistentin, ver.di *</i></p>

** Arbeitnehmervertreter*

Bericht der Geschäftsführung

Der Konzern KVVH GmbH konnte sein Ergebnis im zweiten Jahr in Folge verbessern. Mit einem Konzernverlust von 0,6 Mio. Euro rückt die schwarze Null in greifbare Nähe. Im Vorjahr lag der Verlust noch bei 2,3 Mio. Euro, 2014 wurde ein Verlust in Höhe von 6,3 Mio. Euro verbucht.

Die Ergebnisverbesserung um 1,7 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr resultiert in erster Linie aus einem verbesserten Ergebnisbeitrag der Stadtwerke Karlsruhe GmbH. Sie steigerte ihren Beitrag zum Konzernergebnis um 2,5 Mio. Euro auf insgesamt 21,9 Mio. Euro. Insbesondere die Entwicklung in der Sparte Erdgas wirkte sich, trotz Preisreduzierungen für die Erdgaskunden, positiv im Ergebnis aus. Auch das Ergebnis der Stromversorgung ist erfreulich. Der eigenständige Geschäftsbereich Rheinhäfen steuerte 0,5 Mio. Euro zum Ergebnis bei, der Finanzbereich 6,3 Mio. Euro. Gleichzeitig gingen die Verluste der Verkehrsbetriebe leicht zurück, die KASIG konnte das Ergebnis vom letzten Jahr halten, die Verluste der Bädergesellschaft sind mit minus 2,6 Mio. Euro geringfügig höher als im Vorjahr. Damit ist es der KVVH im Berichtsjahr zwar nicht vollständig gelungen, die bestehenden Ergebnisbelastungen durch die Gewinne aus der Versorgungssparte und den Erlösen aus Aktienbesitz zu kompensieren. Vor allem vor dem Hintergrund der weiter rückläufigen EnBW-Dividendenerträge ist das Gesamtergebnis der Dienstleistungsgruppe jedoch sehr erfreulich.

Das operative Konzernergebnis ging um 2,3 Mio. Euro auf insgesamt 15,3 Mio. Euro zurück, während der Konzern beim Finanzergebnis eine Verbesserung um 2,7 Mio. Euro auf minus 8,3 Mio. Euro erzielte. Dabei profitierte die KVVH auch vom derzeit günstigen Zinsniveau an den Kapitalmärkten. Deutliche Ergebnisbelastungen waren im Wirtschaftsjahr 2016 beim Personalaufwand und den Abschreibungen zu verzeichnen. So stiegen die Personalaufwendungen des Konzerns durch tarifliche Gehaltssteigerungen, mehr Mitarbeiter und höhere Verpflichtungen für die Altersversorgung um 6,9 Mio. Euro auf insgesamt 161,1 Mio. Euro an. Die Investitionen gingen im Vergleich zum Vorjahr deutlich um über 22 Prozent auf 236,6 Mio. Euro zurück.

Der Konzern KVVH erwirtschaftete 2016 Umsatzerlöse in Höhe von 712,7 Mio. Euro und damit rund 9 Prozent weniger als im Vorjahr. Ursache dafür sind vor allem die auf 567 Mio. Euro gesunkenen Umsatzerlöse des

Versorgungsbereichs, die mit 79,6 Prozent nach wie vor den größten Erlösanteil innerhalb des Konzerns beisteuern. Der Verkehrsbereich meldet dagegen mit 131,3 Mio. Euro steigende Umsatzerlöse, die um 22 Mio. Euro über Vorjahresniveau liegen. Ausschlaggebend dafür ist die aufgrund neuer gesetzlicher Vorgaben erfolgte Umgliederung von sonstigen betrieblichen Erträgen in die Umsatzerlöse. Durch strukturelle Verbesserungen bei den Eintrittsgeldern weist die Karlsruher Bädergesellschaft ebenfalls auf 5,2 Mio. Euro gestiegene Umsatzerlöse aus. Auch bei der KVVH GmbH liegen die Umsatzerlöse 2016 mit insgesamt 9,2 Mio. Euro leicht über dem Niveau des Vorjahres. Mit 8,7 Mio. Euro steuerte der Geschäftsbereich Rheinhäfen den Hauptanteil bei.

Betriebsleistungen der einzelnen Gesellschaften

Die Geschäftsentwicklung im Versorgungsbereich ist zum Teil witterungsabhängig. Die Zunahme der Gradtage im Vergleich zum Vorjahr um 4,9 Prozent kurbelte den Absatz von Erdgas um 4,4 und von Fernwärme um 7 Prozent an. Bei der Fernwärme zahlen sich neben der temperaturbedingten Mengensteigerung vor allem die konsequente Ausbaustrategie und die erfolgreiche Neukundenakquisition der letzten Jahre aus. Das Erdgasergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht zulegen. Das Fernwärmeergebnis verbesserte sich zwar durch die Anbindung neuer Kunden. Durch die rege Investitionstätigkeit stiegen jedoch auch die Kapitalkosten deutlich an. Damit war bei der Fernwärme per Saldo nur eine leichte Verbesserung gegenüber 2015 zu verzeichnen. Die Strom-Vertriebsmengen gingen durch Kundenverluste um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Dennoch legte das Ergebnis der Sparte Strom deutlich zu. Ausschlaggebend hierfür war die Auflösung einer 2015 gebildeten Rückstellung. Die Wasserabgabe lag um 3,5 Prozent unter dem Wert des Vorjahres, was sich insbesondere durch die Absatzentwicklung im Bereich der Weiterverteiler erklären lässt. Bei den Tarif- und Sondervertragskunden hingegen sind die Wasserabsatzmengen gestiegen, gerade auch durch den sehr trockenen Herbst 2016. Insgesamt gelang bei der Wasserversorgung ein gerade noch ausgeglichenes Jahresergebnis, das gegenüber dem Vorjahr leicht zurückging.

Die Verkehrsbetriebe Karlsruhe erbrachten eine konstante Betriebsleistung mit 8,5 Mio. Wagenkilometern im Bereich Schiene und mit 4,6 Mio. Wagenkilometern

im Bereich Omnibusverkehr. Die Geschäftsführung blickt insgesamt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Die Ertrags- als auch die Aufwandslage entwickelten sich äußerst positiv und übertrafen die prognostizierten Werte.

Bei der KASIG wurden 2016 vor allem die sieben unterirdischen Haltestellen der Kombilösung gebaut. Weitergehend wieder hergestellt wurde Ende 2016 die Oberfläche und die Rampe am Mühlburger Tor, zudem wurde der Tunnelabschnitt zwischen dem Ettlinger Tor und der Rampe in der Ettlinger Straße fertiggestellt sowie der Druckluftvortrieb am Südabzweig zwischen Marktplatz und Ettlinger Tor begonnen. Insgesamt entwickelte sich der Baufortschritt 2016 zufriedenstellend, obwohl der Druckluftvortrieb deutlich mehr Zeit in Anspruch nahm, als ursprünglich geplant, da eine andere Vortriebsklasse gewählt wurde. Alle notwendigen Zuschüsse wurden im Geschäftsjahr termingerecht zur Verfügung gestellt. Auch die Zuschüsse des Bundes für das Teilprojekt Kriegsstraßenumbau sind inzwischen gesichert. Das operative Ergebnis der KASIG lag 2016 bei minus 0,9 Mio. Euro und damit auf Vorjahresniveau.

Die Rheinhäfen Karlsruhe schlugen 2016 mit 6,7 Mio. Tonnen 5,6 Prozent weniger Güter um als im Vorjahr. Durch steigende Ufergeld-Einnahmen und höhere Erträge aus Vermietung und Verpachtung konnte der Geschäftsbereich dennoch mit 0,5 Mio. Euro einen um 0,3 Mio. Euro höheren Jahresüberschuss erwirtschaften.

Das Europabad besuchten 464.755 Bade- und Saunagäste. Das sind 3.378 weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ist ausschließlich auf eine vierwöchige Schließung des Bades zurückzuführen, denn während 2015 im Durchschnitt 1.304 Besucher pro Öffnungstag das Bad besuchten, erhöhte sich die Zahl im Jahr 2016 auf 1.371. Im wirtschaftlich ertragreichen Saunabetrieb zählte man 4,4 Prozent mehr Gäste als 2015.

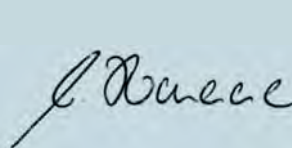
Investitionen

Der Konzern KVVH GmbH investierte 2016 insgesamt 236,6 Mio. Euro und damit 67,1 Mio. Euro weniger als im Vorjahr. 229,6 Mio. Euro flossen in Sachanlagen, 5,1 Mio. Euro in immaterielle Vermögensgegenstände. Bei den Finanzanlagen wird ein Zugang von 1,9 Mio. Euro verbucht. Den Löwenanteil investierte mit 121,6 Mio. Euro die KASIG, und zwar nahezu ausschließlich

in den weiteren Baufortschritt der Kombilösung. Der Versorgungsbereich investierte 65 Mio. Euro in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände. Mit 31 Mio. Euro wurde knapp die Hälfte des Investitionsvolumens spartenübergreifend in den Netzbereich und damit in eine moderne, zuverlässige Energie- und Wasserversorgung investiert. Die Investitionen der Verkehrsbetriebe verminderten sich im Berichtsjahr um 13,2 Mio. auf 46,5 Mio. Euro. Dabei gingen vor allem die Investitionen in die Beschaffung von Fahrzeugen auf 20,9 Mio. Euro zurück, während mit 16 Mio. Euro mehr in die Streckeninfrastruktur und mit 5,5 Mio. Euro erheblich mehr in Bauten investiert wurde. Der Geschäftsbereich Rheinhäfen investierte insgesamt 0,7 Mio. Euro in die Erneuerung und Modernisierung von Gleisanlagen und in die Flächensanierung. In das Sachanlagevermögen des Europabades wurden 0,8 Mio. Euro investiert, und zwar vor allem in zwei neue Saunen, in eine attraktive Kinderwelt und in die Erneuerung des Dampfbades.

Fazit

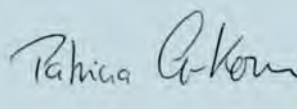
Insgesamt kann der Geschäftsverlauf der KVVH-Dienstleistungsgruppe als sehr erfreulich bezeichnet werden, auch wenn letztlich kein vollständig ausgeglichenes Ergebnis erreicht wurde. Alle Gesellschaften des KVVH-Konzerns konnten gegenüber dem Vorjahr das Ergebnis weitgehend halten oder verbessern. Auch zukünftig wird es erheblicher Anstrengungen bedürfen, um im Rahmen des operativen Geschäfts der KVVH GmbH wieder einen annähernden Konzernausgleich zu erreichen.



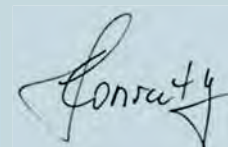
Michael Homann
Sprecher der Geschäftsführung
der KVVH



Dr. Alexander Pischon
KVVH-Geschäftsführer



Patricia Erb-Korn
KVVH-Geschäftsführerin



Uwe Konrath
KVVH-Geschäftsführer

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	2016	2015
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	24.684.242,54	23.013.872,40
II. Sachanlagen	1.139.157.266,14	1.027.562.250,24
III. Finanzanlagen	131.443.382,32	130.935.001,36
Summe Anlagevermögen	1.295.284.891,00	1.181.511.124,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	32.242.341,89	31.328.689,74
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.010.895,67	1.130.944,87
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	2.406.789,23	2.289.917,36
4. Emissionszertifikate	602.719,16	770.197,92
	36.262.745,95	35.519.749,89
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	94.845.033,23	94.958.792,78
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	38.867,41	15.249,27
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	475.032,38	126.964,79
4. Forderungen gegen die Stadt Karlsruhe	2.236.344,30	1.862.167,10
5. Sonstige Vermögensgegenstände	12.370.625,79	13.799.076,87
	109.965.903,11	110.762.250,81
III. Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	15.338.700,00	15.338.700,00
IV. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei der Stadt Karlsruhe und bei Kreditinstituten		
1. Schecks, Kassenbestand	473.203,06	255.620,97
2. Guthaben bei der Stadt Karlsruhe und bei Kreditinstituten	25.434.265,34	19.987.107,47
	25.907.468,40	20.242.728,44
Summe Umlaufvermögen	187.474.817,46	181.863.429,14
C. Rechnungsabgrenzungsposten	746.954,44	415.260,11
Summe Aktiva	1.483.506.662,90	1.363.789.813,25

Passivseite

	2016	2015
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	107.371.300,00	107.371.300,00
II. Kapitalrücklage	156.441.332,64	156.441.332,64
III. Andere Gewinnrücklagen	1.769.960,56	1.769.960,56
IV. Konzernbilanzgewinn	22.671.280,27	23.302.276,93
V. Nicht beherrschende Anteile (Vj. Anteile anderer Gesellschafter)	33.370.433,01	33.371.864,85
Summe Eigenkapital	321.624.306,48	322.256.734,98
B. Empfangene Ertragszuschüsse	38.294.780,00	35.134.162,00
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	30.309.260,00	26.055.731,00
2. Steuerrückstellungen	4.773.844,16	3.863.428,00
3. Sonstige Rückstellungen	90.145.176,13	95.211.887,11
Summe Rückstellungen	125.228.280,29	125.131.046,11
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	747.433.976,30	635.882.057,34
2. Erhaltene Anzahlungen	108.501,78	205.829,99
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	64.891.779,24	63.527.266,50
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.248,31	2.137,24
5. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Karlsruhe	170.598.092,81	166.476.780,30
6. Sonstige Verbindlichkeiten	14.950.185,52	14.505.614,94
Summe Verbindlichkeiten	997.983.783,96	880.599.686,31
E. Rechnungsabgrenzungsposten	375.512,17	668.183,85
Summe Passiva	1.483.506.662,90	1.363.789.813,25

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 – 31.12.2016

	2016	2015
	€	€
1. Umsatzerlöse	747.703.828,00	817.644.593,93
abzüglich Energiesteuer	35.010.501,55	36.119.584,10
	712.693.326,45	781.525.009,83
2. Verminderung (Vj. Erhöhung) des Bestands an unfertigen und fertigen Erzeugnissen und unfertigen Leistungen	5.098,16	918.999,20
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	13.072.061,48	14.930.199,95
4. Sonstige betriebliche Erträge	13.085.617,82	27.466.662,23
	738.845.907,59	824.840.871,21
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	362.545.637,04	474.577.014,07
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	82.527.575,76	73.881.101,64
	445.073.212,80	548.458.115,71
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	125.287.808,74	120.887.265,75
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	35.838.602,86	33.315.599,29
	161.126.411,60	154.202.865,04
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	56.196.783,61	51.203.766,70
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	61.151.621,89	53.779.223,81
	723.548.029,90	807.643.971,26
9. Erträge aus Beteiligungen	24.528,27	27.466,93
10. Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	2.855.699,43	2.519.103,61
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	3.538.525,11	4.439.227,72
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	208.636,74	719.167,58
	6.627.389,55	7.704.965,84
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	13.064,59
14. Aufwendungen aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	52.681,32	29.486,17
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14.868.846,36	18.614.844,99
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.593.348,00	3.948.257,79
17. Ergebnis nach Steuern	4.410.391,56	2.296.212,25
18. Sonstige Steuern	672.648,74	656.610,92
19. Konzernjahresüberschuss vor Nicht beherrschenden Anteilen (Vj. vor Anteilen anderer Gesellschafter)	3.737.742,82	1.639.601,33
20. Nicht beherrschende Anteile (Vj. Anteile anderer Gesellschafter)	4.368.739,48	3.886.686,82
21. Konzernjahresfehlbetrag nach Nicht beherrschenden Anteilen (Vj. nach Anteilen anderer Gesellschafter)	-630.996,66	-2.247.085,49
22. Konzerngewinnvortrag	23.302.276,93	25.549.362,42
23. Konzernbilanzgewinn	22.671.280,27	23.302.276,93

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der KVVH – Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH wurde im Geschäftsjahr 2016 durch die Geschäftsführung aktuell und umfassend über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der Gesellschaft unterrichtet. Aufgrund der direkten Informationsvermittlung der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat war es diesem möglich, seine nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag vorgegebene Überwachungsfunktion gegenüber der Geschäftsführung sowie seine gesetzlichen und satzungsgemäßen Entscheidungsbefugnisse wahrzunehmen.

Dabei wurde der Aufsichtsrat durch die Geschäftsführung zusätzlich zu den Sitzungsunterlagen und Präsentationen durch ergänzende mündliche und schriftliche Berichte über wesentliche wirtschaftliche Vorgänge und Entwicklungen der Gesellschaft und grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik informiert. Bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft wurde darüber hinaus die Aufsichtsratsvorsitzende durch die Geschäftsführung umgehend in Kenntnis gesetzt.

Die von der Geschäftsführung erstellten Berichte und schriftlichen Beschlussvorlagen wurden im Rahmen von zwei regelmäßigen Sitzungen des Aufsichtsrates eingehend behandelt und die erforderlichen Beschlüsse gefasst. Innerhalb dieser Sitzungen wurden dem Aufsichtsrat auch bedeutende wirtschaftliche Sachverhalte und Entwicklungen der Tochtergesellschaften dargestellt sowie hieraus sich ergebende Fragestellungen und Ergebniseinflüsse erläutert.

In den zwei Sitzungen des Geschäftsjahres 2016 befasste sich der Aufsichtsrat insbesondere mit folgenden Themen:

- Feststellung des Jahresabschlusses 2015
- Vorstellung der Ergebnisvorschaurechnungen 2016
- Verkauf eines Grundstücks im Rheinhafen
- Weiteres Vorgehen zum Majolika-Areal
- Stabilisierung des KVVH-Konzerns
- Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2017

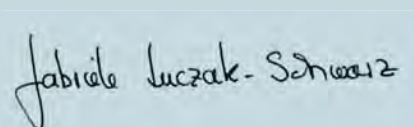
Im Geschäftsjahr 2016 sind Frau Bettina Lisbach, Herr Alexander Geiger sowie Herr Rudolf Hausmann aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Als neue Mitglieder des Aufsichtsrates wurden Frau Andrea Krammer, Frau Zoe Mayer sowie Herr Johannes Honné begrüßt.

Der Jahresabschluss 2016 der KVVH – Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH nebst Lagebericht sowie der Konzernabschluss 2016 mit Konzernlagebericht der KVVH GmbH wurden durch die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und von dieser mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss 2016 der KVVH – Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH und zum Konzernabschluss der KVVH – Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH wurden dem Aufsichtsrat rechtzeitig vorgelegt und in die Aussprache und Prüfung der Jahresabschlüsse einbezogen. Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Einzelabschluss der KVVH GmbH und den Konzernabschluss der KVVH GmbH teilgenommen. Er berichtete dabei im Rahmen seiner gesetzlichen Redepflicht direkt dem Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und stand für weitere Erläuterungen zur Verfügung. Der Aufsichtsrat prüfte auf Grundlage der vorliegenden Prüfungsberichte seinerseits Jahresabschluss und Konzernabschluss sowie den jeweiligen Lagebericht. Durch den Aufsichtsrat wurde das Prüfungsergebnis des Wirtschaftsprüfers zustimmend zur Kenntnis genommen und der vorliegende Jahresabschluss sowie der Konzernjahresabschluss 2016 gebilligt. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung deren Feststellung. Ferner beantragt der Aufsichtsrat, der Geschäftsführung sowie den Mitgliedern des Aufsichtsrates Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die eine wesentliche Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens bildet.

Karlsruhe, im Mai 2017
Der Aufsichtsrat



Bürgermeisterin
Gabriele Luczak-Schwarz
Vorsitzende des Aufsichtsrats

Kurzübersicht

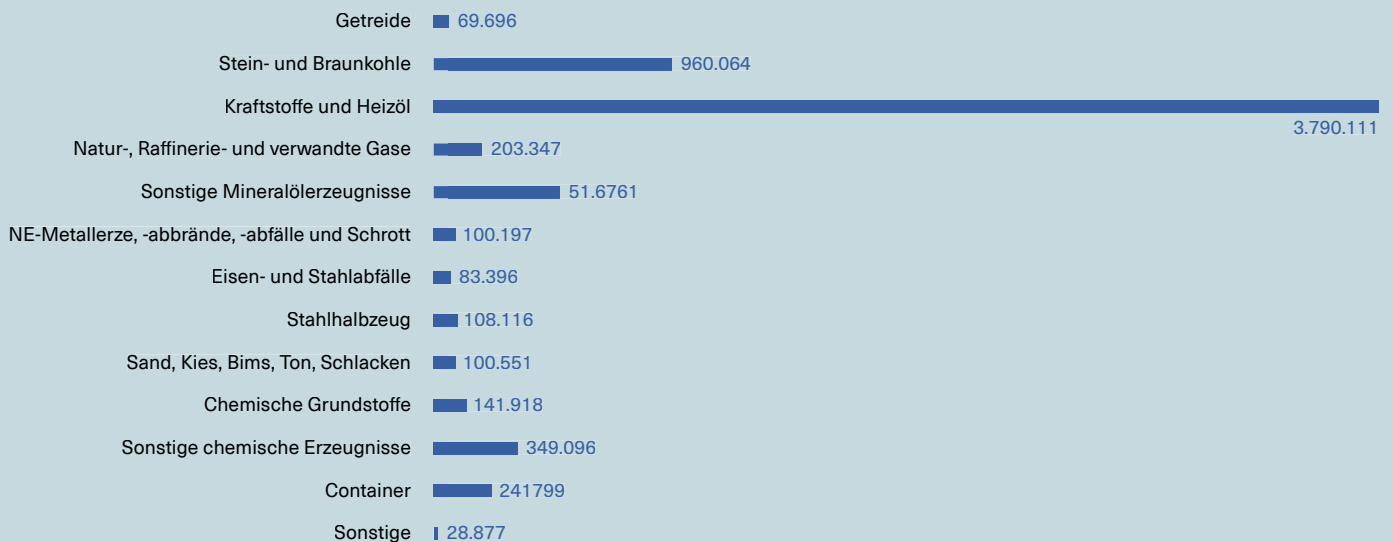
		2015	2016
Betriebszahlen			
Mineralöl Rheinhäfen	Mio. t	0,6	0,7
Mineralöl Ölhafen	Mio. t	3,7	3,8
Baustoffe	Mio. t	0,2	0,1
Stein- und Braunkohle	Mio. t	1,5	1,0
Sonstige Güter	Mio. t	1,1	1,1
Gesamtumschlag	Mio. t	7,1	6,7
davon Rheinhafen	Mio. t	3,0	2,5
davon Ölhafen	Mio. t	4,1	4,2
Schiffe	Anzahl	5.520	4.804
Höchster monatlicher Schiffsunlauf	Anzahl	566	449
Bahnverkehr (Hafen)	Mio. t	1,6	1,4
Stand der Anlagen			
Rheinhafen			
Gesamtfläche	ha	300	300
davon Wasserfläche	ha	71	71
Hafenbecken	Anzahl	6	6
Nutzbare Uferlänge	km	14	14
Kaimauer/gebrochenes Ufer	km	3,4	3,4
Hafensperrtor, Durchfahrtsbreite / lichte Höhe über HSW	m	40 / 9,10	40 / 9,10
Betriebs- und Ladegleise	km	40	40
Kräne u. Verladebrücken (4–28 t)	Anzahl	19	19
Verladetrichter	Anzahl	1	1
Containerkran (50 t)	Anzahl	2	2
Ro-Ro-Rampe (Schwergut und Trailerverladung)	Anzahl	1	1
Bandverladeanlagen	Anzahl	3	3
Verladeanlagen für Mineralöl	Anzahl	4	4
Ölhafen			
Gesamt	ha	43	43
davon Wasserfläche	ha	35	35
Hafenbecken	Anzahl	1	1
Nutzbare Uferlänge	km	2	2
Umschlaganlagen für Mineralöl	Anzahl	6	6
Umschlaganlage für Flüssiggas	Anzahl	1	1
Reeden	Anzahl	4	4
Fahrgastschifffahrt			
Beförderte Personen	Anzahl	29.156	26.450
Veränderung	%	-5,33	-9,28
Anzahl der Fahrten	Anzahl	143	119

Ergebnisentwicklung

Der Güterumschlag der Rheinhäfen Karlsruhe lag im Jahr 2016 bei 6,7 Mio. t. Er sank im Vergleich zum Vorjahr um 5,63 Prozent. Grund dafür war u. a. eine extrem lange Niedrigwasserperiode im zweiten Halbjahr mit Wasserständen deutlich unter 4 m am Pegel Maxau. Gleichwohl wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von 0,6 Mio. Euro und damit einen Zuwachs von 0,4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr erwirtschaftet.

Die Einnahmen aus Ufergeld und Ufergeldgarantien lagen bei 3,2 Mio. Euro und damit um 5,79 Prozent über denen des Vorjahres. Hier zeigte die Erhöhung der Ufergeldtarife ihre Wirkung. Im Bereich der Vermietung und Verpachtung konnten die Erträge um 0,1 Mio. Euro auf 4,2 Mio. Euro gesteigert werden. Beim Bahnverkehr war 2016 ein Rückgang der Einnahmen um 8,7 Prozent zu verzeichnen. Die Einnahmen der Fahrgastschiffahrt blieben nahezu konstant.

Güterumschlag



Güterumschlag gesamt	Tonnen	6.693.929
Schiffe gesamt	Anzahl	4.804
davon aus Deutschland	Anzahl	955

Kurzübersicht

		2015	2016
Bilanzzahlen			
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen			
Anschaffungswert	Mio. €	1.439,8	1.493,2
Restbuchwert	Mio. €	443,7	473,5
Investitionen	Mio. €	91,3	65,0
Bilanzsumme	Mio. €	606,7	629,4
Finanzanlagen	Mio. €	38,2	38,4
Eigenkapital	Mio. €	176,0	177,5
Gezeichnetes Kapital	Mio. €	116,8	116,8
Umsatzerlöse ohne Energiesteuer	Mio. €	663,7	574,8
Materialaufwand	Mio. €	494,9	390,2
Personalaufwand	Mio. €	80,8	83,3
Abschreibungen für das Anlagevermögen	Mio. €	30,2	32,4
Steuern	Mio. €	12,1	10,1
Konzessionsabgabe	Mio. €	21,7	22,0
Ergebnis vor Gewinnabführung	Mio. €	20,7	23,3

Kennzahlen			
Wertschöpfung	Mio. €	179,7	181,9
EBIT	Mio. €	40,4	41,1
Cash flow	Mio. €	-8,9	5,5

Personal			
Mitarbeiter/innen	Anzahl	1.152	1.152
Auszubildende	Anzahl	111	116
Frauen	Anzahl	261	260
Schwerbehinderte	Anzahl	88	82

Betriebszahlen

Strom			
Vertriebsabgabe (inkl. Eigenverbrauch)	MWh	1.443.779	1.382.428
Leitungsnetz	km	2.828	2.841
Zählpunkte	Anzahl	192.123	192.264

Erdgas			
Vertriebsabgabe (inkl. Eigenverbrauch)	MWh	1.628.991	1.666.091
Leitungsnetz	km	797	800
Zählpunkte	Anzahl	68.053	67.895

Trinkwasser			
Netzabgabe	Mio. m ³	24,7	23,9
Leitungsnetz	km	914	919
Eingebaute Zähler	Anzahl	44.788	44.131

Fernwärme			
Netzabgabe	MWh	792.169	839.664
Leitungsnetz	km	187	202
Eingebaute Zähler	Anzahl	2.698	2.819

Organe der Stadtwerke Karlsruhe GmbH

Geschäftsführung	
Vorsitzender	Michael Homann Geschäftsbereich Vertrieb / Handel / Kaufmännische Angelegenheiten
	Dr.-Ing. Karl Roth Geschäftsbereich Technik / Personal
Aufsichtsrat	
Vorsitzende	Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz
Stellv. Vorsitzender	Steffen Ringwald, <i>Geschäftsführer EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH</i>
Mitglieder	Leonhard Bauer, <i>freigestellter Betriebsrat *</i> Dr. Eberhard Fischer, <i>Geschäftsführer PR-Agentur</i> Dirk Gümpel, <i>Betriebsmeister *</i> Stadträtin Sibel Habibović, <i>Realschullehrerin</i> Uli Huener, <i>Leiter Innovationsmanagement der EnBW AG</i> Stadtrat Karl-Heinz Jooß, <i>Bäckermeister</i> Stadtrat Sven Maier, <i>Leiter Wahlkreisbüro Weingarten</i> Prof. Dr. Matthias Maier, <i>Geschäftsfeldleiter Trinkwasser *</i> Stadträtin Zoe Mayer, <i>Studentin</i> Stadtrat Dr. Thomas Müller, <i>Facharzt</i> Udo Unger, <i>freigestellter Betriebsratsvorsitzender *</i> Hugo Unser, <i>freigestellter Betriebsrat *</i> Stadtrat Michael Zeh, <i>Entwicklungsingenieur</i>

* *Arbeitnehmervertreter*

Bericht der Geschäftsführung

Die Energiewirtschaft steht auch in den nächsten Jahren vor gravierenden Veränderungen. Politische Entscheidungen, Gesetzgebungen, technologische Entwicklungen und veränderte Verhaltensmuster der Konsumenten stellen die gesamte Branche vor große Herausforderungen. Die Haupttreiber der Entwicklung sind dabei die Energiewende, die gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft, neue Arbeitsmodelle, die Elektro-Mobilität, Smart-Home-Anwendungen und das Internet der Dinge. Diesen Trends stellen wir uns mit einer deutlich komplexeren Produktpalette und maßgeblichen Veränderungen bei den Stadtwerken Karlsruhe als Dienstleister und Arbeitgeber. Die Anforderungen an unsere über 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigen ständig. Ein professionelles Personalmanagement ist daher der Schlüsselfaktor für den Unternehmenserfolg.

Praktizierte Verantwortung

Nachdem 2015 der Fokus auf der Entwicklung einer neuen Organisationsstruktur und der Erschließung weiterer Effizienzpotentiale lag, haben die Stadtwerke Karlsruhe 2016 einen Strategieprozess initiiert und ein verbessertes Personalmanagement eingeführt. Zunächst wurde im ersten Halbjahr ein neues Führungsleitbild erarbeitet. Es legt verbindlich fest, wie gute Führung aussieht und an welchen Eckpunkten sie sich zu orientieren hat. Im Programm »Visionäre« werden engagierte junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Förderprogramme gezielt auf zukünftige Aufgaben vorbereitet. Im zweiten Halbjahr startete das Programm »Praktizierte Verantwortung«: Eine strukturierte, mehrstufige Mitarbeiter- und Führungskräfteentwicklung, um neue Ideen umzusetzen und drei Schlüsselergebnisse zu erreichen, mit denen wir unternehmerischen Erfolg messen werden: Ein stabiles wirtschaftliches Ergebnis auf Basis einer hohen Kundenloyalität und eines überdurchschnittlichen Mitarbeiterengagements. Jeder Mitarbeiter ist gefordert, sich an diesen Unternehmenszielen zu orientieren und Verantwortung dafür zu übernehmen.

KAnn ich.

Ein sichtbares Zeichen der internen Veränderungen ist der neue Markenauftritt, der seit April 2016 überall im Stadtbild und im Internet zu sehen ist. Damit präsentiert sich das Unternehmen als Energiepartner

für die Region mit innovativen Dienstleistungen. Der neue Auftritt zeigt Menschen, stellt Fragen und beantwortet sie augenzwinkernd mit »KAnn ich«. Der Slogan »Besser versorgt, weiter gedacht« verspricht: Wir versorgen die Menschen besser als andere, wir haben gute Produkte und gestalten die Energiewende vor Ort aktiv mit. Da heute rund 50 Prozent aller Strom- und Gasverträge online abgeschlossen werden, war auch die Neukonzeption unseres Online-Portals eine wichtige Vertriebs-Maßnahme. Damit stellt sich das Unternehmen dem starken Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Gasmarkt und visualisiert den Aufbruch in eine neue Unternehmens-Ära.

Zusammenarbeit

Kooperationen mit externen Partnern waren weitere Schritte auf dem Weg zum nachhaltigen Unternehmenserfolg. Namhafte Unternehmen vertrauen den Stadtwerken als Energiepartner. So gründeten wir mit der Hoepfner Bräu Friedrich Hoepfner Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG die Badische Energie-Servicegesellschaft für ökologische Energiekonzepte in der Immobilienwirtschaft. Sehr erfolgreich war auch 2016 die Zusammenarbeit mit der MiRO. Abwärme aus den Produktionsprozessen der Raffinerie wird genutzt, um immer mehr Kunden sicher und umweltschonend mit Fernwärme zu versorgen. Dadurch wurde der Kohlendioxid-Ausstoß um 100.000 Tonnen reduziert – das größte Klimaschutz-Projekt in Karlsruhe und der Region. Die Stadtwerke-Tochter SWK Novatec hat sich 2016 erfolgreich in der regionalen Gründerszene positioniert und verschiedene Anwendungen für eine innovative Funktechnologie entwickelt. Hierzu wurde eine Kooperation mit einem Start-up-Unternehmen initiiert.

Heizenergien gefragt

Die Strom-Vertriebsmengen gingen um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Das ist vor allem auf wettbewerbsbedingte Kundenverluste bei Tarif- und Sondervertragskunden zurückzuführen. Auch die Wasserabgabe lag um 3,5 Prozent unter dem Wert des Vorjahres, was sich insbesondere durch die Absatzentwicklung im Bereich der Weiterverteiler erklären lässt. Erfreulich war dagegen die Entwicklung bei den Heizenergien. Die im Vergleich zum Vorjahr deutlich kälteren Monate November und Dezember kurbelten den Absatz von Erdgas um 4,4 und von

Fernwärme um 7 Prozent an. Bei der Fernwärme zahlen sich neben der temperaturbedingten Mengensteigerung vor allem die konsequente Ausbaustrategie und die erfolgreiche Neukundenakquisition der letzten Jahre aus. Schwerpunkte waren 2016 die Rheinstrandsiedlung, Durlach, Oberreut und die östliche Waldstadt. Außerdem wurde die Südschiene weiter ausgebaut und mit dem übrigen Netz verbunden. Der Gemeinderat der Nachbarstadt Rheinstetten gab im Oktober grünes Licht für den Bau einer Fernwärmeleitung bis zur »Neuen Stadtmitte«. Damit wird die Karlsruher Fernwärme in den nächsten Jahren das Umland erobern.

Modernisierung eines Wasserwerks

Zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung von Karlsruhe ist eine Anpassung der Leistungsfähigkeit der Wasserwerke an den künftig höheren Wasserbedarf erforderlich. Zunächst ist für das Wasserwerk Mörscher Wald ein Neubau unter Beibehaltung der bisherigen Brunnen und Brunnenleitungen vorgesehen. 2016 wurden vor allem die umfangreichen wasser- und baurechtlichen Genehmigungsverfahren durchgeführt. Eingriffe durch Bau und Betrieb des Wasserwerks in den Naturhaushalt, in Lebensräume und das Landschaftsbild wollen wir auf ein unvermeidbares Maß reduzieren. Beeinträchtigungen, die nicht zu vermeiden sind, werden durch entsprechende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vollständig kompensiert.

Investitionen in die Zukunft

Die Stadtwerke investierten 2016 insgesamt 65 Mio. Euro in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände. Investitionsschwerpunkte waren die energetische Sanierung der Hauptverwaltung, der Fernwärmeausbau, der Bau einer neuen Wärmehzentrale im Heizkraftwerk West, der Ausbau und die Erneuerung der Strom-, Gas- und Wassernetze sowie die Modernisierung mehrerer Strom-Umspannwerke. Auch in die Neubeschaffung von Software und den Neubau eines Rechenzentrums investierte das Unternehmen größere Summen.

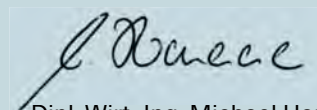
Anerkennung und Lob

Sehr erfreulich ist, dass die Stadtwerke 2016 zum zweiten Mal nach 2010 mit dem Umweltpreis des

Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet wurden. Er wird nur an Unternehmen verliehen, die mutig und vorbildlich auf betrieblichen Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften setzen. Die Aufnahme in die Gruppe »100 Betriebe für Ressourceneffizienz«, gemeinsam mit der MiRO, ist eine weitere Auszeichnung für unser Engagement und vor allem der Nutzung von Raffinerie-Abwärme im Fernwärmenetz zu verdanken.

Hervorragendes Gesamtergebnis

Insgesamt hat der Konzern Stadtwerke Karlsruhe GmbH im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss vor Ertragssteuer in Höhe von 33,1 Mio. Euro erwirtschaftet. Das sind 0,7 Mio. Euro mehr als 2015. Dieses hervorragende Ergebnis war nur durch ein hohes Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und durch eine Vielzahl an Initiativen möglich. Vor allem in die existenziell wichtige Neuvergabe der Konzessionen durch die Stadt Karlsruhe wurde viel Zeit und Mühe investiert. Umso erfreulicher war, dass der Karlsruher Gemeinderat sich im Dezember einstimmig für die erneute Vergabe der Konzessionen/Wegerecht in allen vier Sparten an die Stadtwerke Karlsruhe ausgesprochen hat. Der Geschäftsführung ist bewusst, dass viele Mitarbeiter bei der Vielzahl an Aufgaben überdurchschnittlich belastet waren. Sie bedankt sich bei allen für die hervorragende Arbeit. Ein besonderer Dank gilt dem Betriebsrat für die konstruktive und gute Zusammenarbeit.



Dipl. Wirt.-Ing. Michael Homann



Dr. Ing. Karl Roth

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	2016	2015
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	23.192.946,54	21.460.173,40
II. Sachanlagen	450.301.110,79	422.281.956,36
III. Finanzanlagen	38.410.447,08	38.214.708,21
Summe Anlagevermögen	511.904.504,41	481.956.837,97
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.700.779,73	3.282.146,40
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.010.895,67	1.130.944,87
3. Waren	39.440,19	35.996,30
4. Emissionszertifikate	602.719,16	770.197,92
	4.353.834,75	5.219.285,49
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	70.771.368,24	73.853.071,51
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.575.213,12	1.477.520,17
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	475.032,38	126.964,79
4. Forderungen gegen die Stadt Karlsruhe	1.335.897,68	1.156.193,48
5. Sonstige Vermögensgegenstände	5.772.887,43	8.257.897,39
	79.930.398,85	84.871.647,34
III. Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	15.338.700,00	15.338.700,00
IV. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei der Stadt Karlsruhe und bei Kreditinstituten		
1. Schecks, Kassenbestand	670,00	962,37
2. Guthaben bei der Stadt Karlsruhe und bei Kreditinstituten	17.820.081,11	19.201.539,12
	17.820.751,11	19.202.501,49
Summe Umlaufvermögen	117.443.684,71	124.632.134,32
C. Rechnungsabgrenzungsposten	82.442,31	70.374,28
Summe Aktiva	629.430.631,43	606.659.346,57

Passivseite

	2016	2015
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	116.785.500,00	116.785.500,00
II. Kapitalrücklage	48.923.995,99	48.923.995,99
III. Konzernbilanzgewinn	11.792.868,87	10.325.617,62
Summe Eigenkapital	177.502.364,86	176.035.113,61
B. Empfangene Ertragszuschüsse	38.325.700,00	35.167.771,00
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	7.626.319,00	6.620.773,00
2. Steuerrückstellungen	2.938.342,16	1.584.776,00
3. Sonstige Rückstellungen	43.340.962,78	44.395.688,10
Summe Rückstellungen	53.905.623,94	52.601.237,10
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	279.045.364,34	251.825.928,75
2. Erhaltene Anzahlungen	23.600,00	15.338,76
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	25.265.583,23	28.090.257,99
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	202.066,18	61.330,14
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.248,31	2.137,24
6. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Karlsruhe	23.119.450,43	30.126.988,79
7. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	22.303.133,03	22.842.112,33
8. Sonstige Verbindlichkeiten	9.736.497,11	9.891.130,86
Summe Verbindlichkeiten	359.696.942,63	342.855.224,86
Summe Passiva	629.430.631,43	606.659.346,57

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016–31.12.2016

	2016	2015
	€	€
1. Umsatzerlöse	609.814.228,99	699.836.517,92
abzüglich Energiesteuer	35.010.501,55	36.119.584,10
	574.803.727,44	663.716.933,82
2. Verminderung (Vj. Erhöhung) des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen und unfertigen Leistungen	120.049,20	549.526,23
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	9.781.852,13	12.369.106,67
4. Sonstige betriebliche Erträge	5.777.655,70	8.583.486,48
	590.243.186,07	685.219.053,20
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	346.348.522,43	456.212.214,86
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	43.862.994,30	38.712.055,87
	390.211.516,73	494.924.270,73
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	65.357.572,72	64.098.149,22
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	17.935.040,29	16.685.354,81
	83.292.613,01	80.783.504,03
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	32.371.454,91	30.239.306,65
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	46.112.417,87	41.552.162,38
	551.988.002,52	647.499.243,79
9. Erträge aus Beteiligungen	20.535,58	23.149,34
10. Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	2.855.699,43	2.519.103,61
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	79.464,42	93.323,58
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	187.466,33	666.371,09
	3.143.165,76	3.301.947,62
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	13.064,59
14. Aufwendungen aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	52.681,32	29.486,17
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.914.028,75	8.225.325,55
	7.966.710,07	8.267.876,31
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.794.123,00	11.772.750,97
17. Ergebnis nach Steuern	23.637.516,24	20.981.129,75
18. Sonstige Steuern	319.408,37	311.284,70
19. Konzernüberschuss vor Gewinnabführung	23.318.107,87	20.669.845,05
20. Aufwendungen aus Gewinnabführung	-21.850.856,62	-19.440.593,30
21. Konzernjahresüberschuss	1.467.251,25	1.229.251,75
22. Konzerngewinnvortrag	10.325.617,62	9.096.365,87
23. Konzernbilanzgewinn	11.792.868,87	10.325.617,62

Bericht des Aufsichtsrates

In drei regelmäßigen Sitzungen wurde der Aufsichtsrat der Stadtwerke Karlsruhe GmbH im Geschäftsjahr 2016 durch die Geschäftsführung zeitnah und umfassend über die aktuelle Lage und die Entwicklung der Gesellschaft unterrichtet.

Im Rahmen mündlicher und schriftlicher Berichterstattung wurden dem Aufsichtsrat insbesondere wesentliche Entwicklungen in der Energiewirtschaft, der Geschäftsverlauf der Gesellschaft sowie grundsätzliche Fragen der Geschäfts- und Preispolitik detailliert dargestellt und erläutert. Dem Aufsichtsrat war es durch die umfassende und aktuelle Informationsvermittlung der Geschäftsführung möglich, seine nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag vorgegebene Überwachungsfunktion gegenüber der Geschäftsführung und seine gesetzlichen und satzungsgemäßen Entscheidungsbefugnisse verantwortlich wahrzunehmen. Über alle wesentlichen Angelegenheiten des Unternehmens informierte die Geschäftsführung zudem die Aufsichtsratsvorsitzende.

In den Sitzungen des Geschäftsjahres 2016 befasste sich der Aufsichtsrat insbesondere mit folgenden Themen:

- Feststellung des Jahresabschlusses 2015
- Darlehensaufnahme zur Finanzierung von Investitionen
- Vorstellung der Ergebnisvorschaurechnungen 2016
- Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2017
- Zukunft der Gas- und Dampfturbinenanlage RDK 4S
- Abgabe verbindlicher Angebote gegenüber der Stadt Karlsruhe für die Konzessionsverträge Strom, Erdgas, Trinkwasser sowie einen Gestattungsvertrag Fernwärme
- Kapitalerhöhung bei der Stadtwerke Karlsruhe Netzservice GmbH
- Verträge mit verbundenen Unternehmen
- Senkung der Erdgaspreise zum 01.12.2016
- Ausbau des Wasserwerkes Mörscher Wald
- Beteiligung an der Projektentwicklungsgesellschaft BinnenWind GmbH (PEG) zur Entwicklung von Windparks
- Gründung der BES Badische Energie-Servicegesellschaft mbH

An der Sitzung des Aufsichtsrates über den durch die Geschäftsführung erstellten und dem Aufsichtsrat zur Feststellung vorgelegten Jahresabschluss 2016 nebst

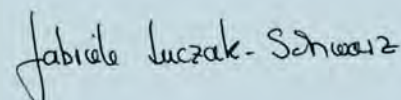
Lagebericht sowie Teilkonzernjahresabschluss 2016 und Konzernlagebericht der Stadtwerke Karlsruhe GmbH und der Stadtwerke Karlsruhe Netzservice GmbH nahmen die verantwortlichen Vertreter der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft teil. Diese berichteten dem Aufsichtsrat unmittelbar zur Jahresabschlussprüfung.

Prüfungsinhalte waren, neben dem jeweiligen Jahresabschluss und Lagebericht, auch die Feststellung möglicher, den Bestand gefährdende Unternehmensrisiken und die Funktionsfähigkeit des durch die Geschäftsführung hierfür entwickelten Risikomanagementsystems sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz. Die Prüfung hat zu keinen Einwänden geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkungen erteilt.

Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsberichte zustimmend zur Kenntnis genommen und dem von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss 2016 nebst Lagebericht sowie Teilkonzernjahresabschluss 2016 einschließlich Konzernlagebericht seine Zustimmung erteilt. Der Gesellschafterversammlung schlägt der Aufsichtsrat vor, die beiden Jahresabschlüsse 2016 sowie die jeweils zugehörigen Lageberichte festzustellen. Er beantragt darüber hinaus, der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrates Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und die vertrauensvolle Zusammenarbeit auch im Jahr 2016.

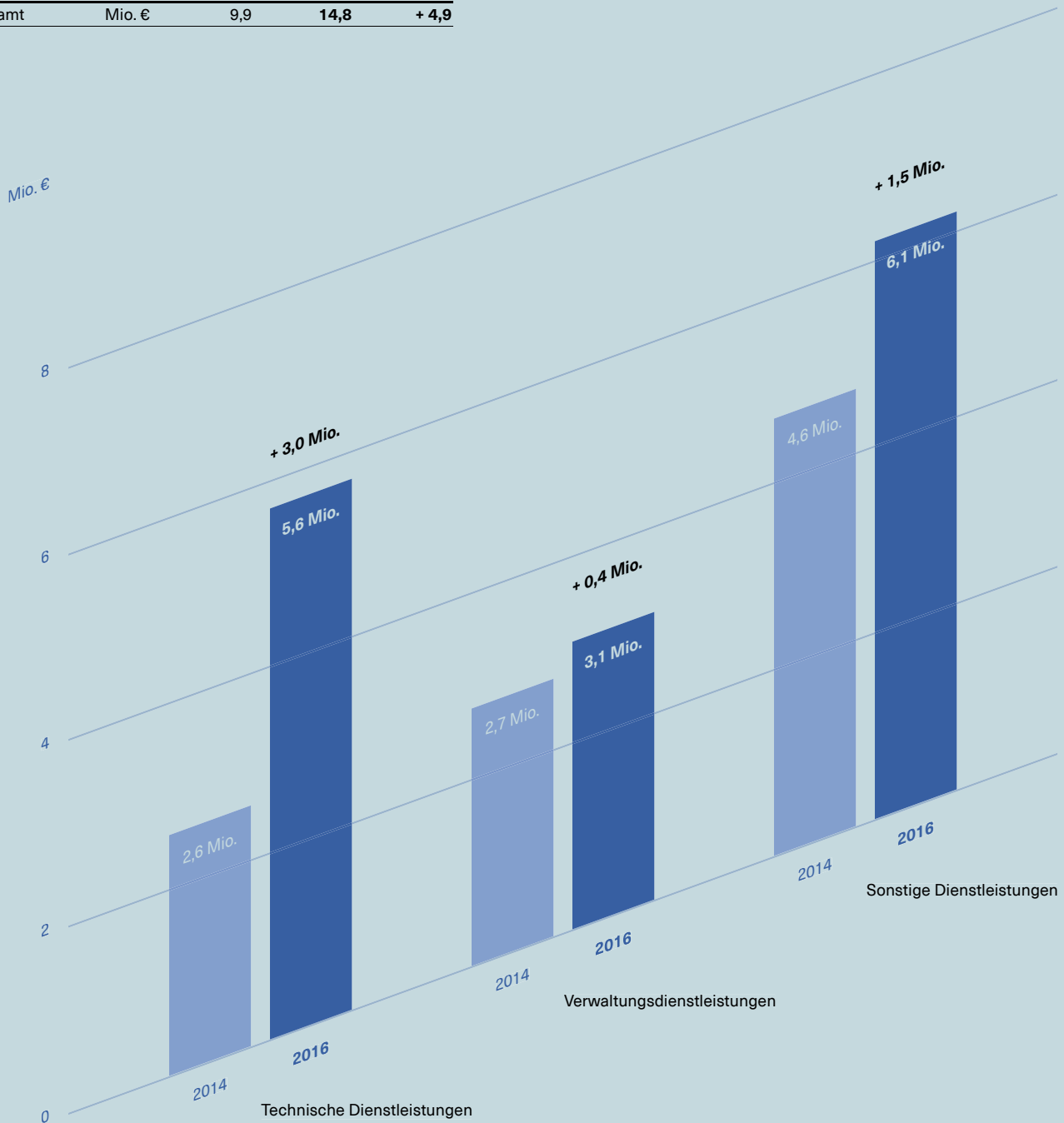
Karlsruhe, im Mai 2017
Der Aufsichtsrat



Bürgermeisterin
Gabriele Luczak-Schwarz
Vorsitzende des Aufsichtsrats

Erlöse aus neuen Dienstleistungen

		2014	2016	Zuwachs
Gesamt	Mio. €	9,9	14,8	+ 4,9



Bericht der Geschäftsführung

Das bedeutendste Projekt 2016 war die Verlängerung der Ende des Jahres auslaufenden Konzessions- und Gestattungsverträge zwischen den Stadtwerken Karlsruhe und der Stadt Karlsruhe. In intensiven Verhandlungsgesprächen wurde eine Einigung erzielt und kurz vor Jahresende die neuen Verträge unterschrieben. Damit hat das Unternehmen auch künftig das Recht, die öffentlichen Verkehrswege der Stadt für die Verlegung und den Betrieb der Versorgungsleitungen für Strom, Erdgas, Trinkwasser und Fernwärme zu benutzen. Das sichert die Existenzgrundlage der Netzservice-Gesellschaft und die Arbeitsplätze für die lange Laufzeit der Verträge.

Gut gepasst hat dazu, dass die erneute Zertifizierung nach TSM Mitte 2016 ebenfalls erfolgreich abgeschlossen wurde. Gerade ein Betreiber von gefährlichen Infrastrukturen – so stuft der Gesetzgeber Strom- und Gasnetze ein – hat eine hohe Verantwortung für die Bevölkerung sowie für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Zertifizierung zeigt, dass das Unternehmen gut organisiert ist und hohe technische Standards einhält. Dies bestätigen auch die Gemeinden, die mit uns die Zertifizierung für Trinkwasser erhalten haben.

Zudem ließ die Gesellschaft im Berichtsjahr die vier staatlich anerkannten Prüfstellen für Strom, Erdgas, Trinkwasser und Wärme rezertifizieren, um die neuen Rahmenbedingungen des Mess- und Eichwesens zu erfüllen. Hinzugekommen ist dabei die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems, das im Rahmen der Zertifizierung aufgebaut wurde. Durch Wegfall der Ersteichungen bei neuen Zählern wandelt sich die Aufgabe der Prüfstellen neben den Befundprüfungen hin zu einem erhöhten Anteil an Wareneingangskontrollen. Diese werden seit längerem auch für Dritte durchgeführt. Aufgrund der Rezertifizierung kann dieses Angebot für Kunden weiterhin angeboten werden.

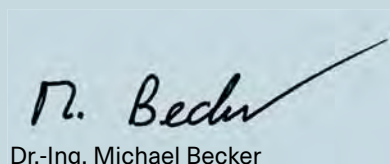
Nach der Verabschiedung des »Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende« im September 2016 wird immer deutlicher, welche umfassenden und gravierenden Veränderungen dadurch auf das Unternehmen zukommen. Obwohl der Gesetzgeber immer wieder betont, dass das Gesetz nur geringe finanzielle Auswirkungen mit sich bringe, zeigt sich in der Praxis, welche enormen Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Gesetz und dessen Seiteneffekte, zum Beispiel in der Marktkommunikation,

umzusetzen. Damit einher geht auch eine weitere, vom Gesetzgeber vorgeschriebene Zertifizierung eines Informationssicherheits-Managementsystems für Strom- und Gasnetzbetreiber. Die Vorbereitungen dafür wurden 2016 begonnen und werden bis Ende 2017 abgeschlossen sein.

Sehr erfreulich hat sich im Berichtsjahr das Dienstleistungsgeschäft entwickelt. So wurden im Bereich des Anlagenbaus neue Kunden auf den Feldern der Primär- wie auch der Sekundärtechnik hinzugewonnen. Das heißt, dass neben dem Bau der Anlagen auch Leistungen im Bereich der Leit- und Schutztechnik erbracht werden. Im regulierten Netzgeschäft mussten wieder erhebliche Datenmengen für die Regulierungsbehörden zusammengestellt werden. So hat insbesondere die Kostenprüfung für das Erdgasnetz die Mitarbeiter in diesem Bereich enorm gefordert.

Neben all diesen Aufgaben wurden erfolgreich die Kernaufgaben eines Netzbetreibers erbracht: Von der Planung und Koordinierung der Baumaßnahmen mit der Stadt, der Vergabe von Aufträgen, der Durchführung und Überwachung bis hin zur Einmessung der neuen Leitungen. Daneben wurden selbstverständlich auch die täglichen Routinearbeiten wie die Bilanzierung der Energie und die Abrechnung der Vergütungen und Netzentgelte zuverlässig erledigt.

Für die große Einsatzbereitschaft und das Engagement bei den hier erwähnten und unerwähnten Aufgaben bedankt sich die Geschäftsführung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.



Dr.-Ing. Michael Becker

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	2016	2015
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.348.645,00	93.870,96
II. Sachanlagen	4.567.551,34	4.525.748,60
Summe Anlagevermögen	5.916.196,34	4.619.619,56
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.979.592,09	2.146.200,56
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	16.892.737,87	22.630.164,50
	18.872.329,96	24.776.365,06
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.558.539,24	2.538.349,86
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	41.705,15	77.023,75
3. Forderungen gegen die Stadt Karlsruhe	5.736,08	13.368,43
4. Sonstige Vermögensgegenstände	50.921,33	29.265,84
	4.656.901,80	2.658.007,88
III. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei der Stadt Karlsruhe und bei Kreditinstituten		
1. Schecks, Kassenbestand	80,00	80,00
2. Guthaben bei der Stadt Karlsruhe und bei Kreditinstituten	11.464,58	6.221,22
	11.544,58	6.301,22
Summe Umlaufvermögen	23.540.776,34	27.440.674,16
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18.724,99	7.939,00
Summe Aktiva	29.475.697,67	32.068.232,72

Passivseite

	2016	2015
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	10.000.000,00	5.000.000,00
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag (+/-)	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	10.100.000,00	5.100.000,00
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	9.171,00	6.152,00
2. Sonstige Rückstellungen	8.568.425,02	7.631.244,52
Summe Rückstellungen	8.577.596,02	7.637.396,52
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1,00	12,90
2. Erhaltene Anzahlungen	23.600,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	736.926,42	1.920.707,63
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Karlsruhe	7.609.513,98	14.521.258,18
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.797.591,45	2.164.525,08
6. Sonstige Verbindlichkeiten	630.468,80	724.332,41
Summe Verbindlichkeiten	10.798.101,65	19.330.836,20
Summe Passiva	29.475.697,67	32.068.232,72

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 – 31.12.2016

	2016	2015
	€	€
1. Umsatzerlöse	177.417.553,90	154.856.270,10
abzüglich Energiesteuer	26.073,17	25.927,04
	177.391.480,73	154.830.343,06
2. Verminderung (Vj. Erhöhung) des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	5.737.426,63	10.671.389,78
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	43.799,18	27.515,01
4. Sonstige betriebliche Erträge	370.939,74	706.563,12
	172.068.793,02	166.235.810,97
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	32.746.737,71	30.800.249,25
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	100.515.387,32	98.223.895,26
	133.262.125,03	129.024.144,51
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	23.563.698,91	23.238.870,26
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.376.420,40	6.154.055,98
	29.940.119,31	29.392.926,24
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.941.399,87	1.928.623,16
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.185.354,31	14.432.869,95
	179.328.998,52	174.778.563,86
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	201.926,25	144.026,74
	201.926,25	144.026,74
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	195.410,77	276.014,10
11. Ergebnis nach Steuern	-7.253.690,02	-8.674.740,25
12. Sonstige Steuern	31.170,08	33.620,50
13. Ergebnis vor Verlustübernahme	-7.284.860,10	-8.708.360,75
14. Erträge aus Verlustübernahme	7.284.860,10	8.708.360,75
15. Jahresüberschuss/-fehlbetrag (+/-)	0,00	0,00

Kurzübersicht

		2015	2016
Betriebszahlen			
Verkehrsleistung			
Fahrgäste **	Anzahl in Mio.	107,5	106,4
Betriebsleistung			
Wagenkilometer	Mio. km	13,6	13,1
Stadt- und Straßenbahnbetrieb	Mio. km	9,0	8,5
Omnibusbetrieb	Mio. km	4,6	4,6
Turmbergbahn/Schloßgartenbahn	Mio. km	0,02	0,02
Platzkilometer	Mio. km	2.225,7	2.143,9
Stadt- und Straßenbahnbetrieb	Mio. km	1.908,5	1.826,1
Omnibusbetrieb *	Mio. km	316,6	317,0
Turmbergbahn/Schloßgartenbahn	Mio. km	0,7	0,9
Betriebsstreckenlänge (per 31.12.)			
Stadt- u. Straßenbahnbetrieb	km	69,2	71,5
Omnibusbetrieb (Linienlänge)	km	183,0	183,0
zuzüglich Nachtlinien (ohne ALT)	km	51,0	51,0
Turmbergbahn	km	0,3	0,3
Schloßgartenbahn	km	2,5	2,5
Linienlänge der Stadt- und Straßenbahnen	km	140,7	139,4
Stand der Anlagen (per 31.12.)			
Fahrzeugpark (ohne dauerhaft abgestellte Fzge.)			
Schienenfahrzeuge			
Triebwagen insgesamt	Anzahl	103	123
Straßenbahnwagen (sechs- und achtachsige)	Anzahl	11	13
Niederflurwagen GT 6-70/N	Anzahl	45	45
Niederflurwagen GT 8-70/N	Anzahl	25	25
Niederflurwagen NET 2012	Anzahl	9	27
Stadtbahnwagen (sechs- und achtachsige)	Anzahl	13	13
Zweissystemfahrzeuge GT 8-100 C/2S	Anzahl	0	0
Turmbergbahn	Anzahl	2	2
Schloßgartenbahn			
Lokomotiven	Anzahl	2	2
Wagen	Anzahl	4	4
Omnibusse			
Busse insgesamt	Anzahl	55	55
VDV-Standardbusse	Anzahl	43	43
Gelenkbusse	Anzahl	12	12
Arbeits- und Sonderwagen Schiene, historische Fahrzeuge (inkl. Busse) *			
	Anzahl	29	29

* 2016 vorläufige Werte

** 2016 vorläufige Werte, exklusive unentgeltlich mit Schwerbehindertenausweis beförderter Fahrgäste

Organe der Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH

Geschäftsführung	
Vorsitzender	Dr. Alexander Pischon Vorsitzender der Geschäftsführung
	Dipl.-Ing. Ascan Egerer technischer Geschäftsführer
Aufsichtsrat	
Vorsitzender	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup
Stellv. Vorsitzender	Stadtrat Hans Pfalzgraf, <i>Maschinenschlosser i. R.</i>
Mitglieder	Stadtrat Hermann Brenk, <i>selbständiger Unternehmer</i> Volker Dürr, <i>Verkehrsmeister, Fachkraft für Arbeitssicherheit *</i> Silke Gleitz, <i>Betriebsratsvorsitzende *</i> Stadträtin Sibel Habibović, <i>Realschullehrerin</i> Stadtrat Karl-Heinz Jooß, <i>Bäckermeister</i> Stadtrat Dr. Albert Käuflein, <i>Leiter des Roncalli-Forums Karlsruhe</i> Harald Klingler, <i>KFZ-Elektriker-Meister *</i> Stadtrat Sven Maier, <i>Leiter Wahlkreisbüro Weingarten</i> Stefan Oberacker, <i>Meister Bereich Wartung *</i> Bertram Wagner, <i>Mitarbeiter Vertrieb *</i> Stadtrat Erik Wohlfeil, <i>Student</i> bis 30.04.2016 Stadträtin Bettina Lisbach, <i>Softwareentwicklerin</i> Stadträtin Daniela Reiff, <i>empirische Kulturwissenschaftlerin</i> ab 01.05.2016 Stadtrat Johannes Honné, <i>Softwareentwickler</i> Stadtrat Istvan Pinter, <i>Chemiker</i>

* *Arbeitnehmersvertreter*

Bericht der Geschäftsführung

Die permanente Weiterentwicklung und Verbesserung der betrieblichen Qualität zählt zu den wichtigsten Aufgaben eines modernen und leistungsstarken Verkehrsunternehmens. Das abgelaufene Geschäftsjahr 2016 war daher geprägt von großen Investitionen in die Verkehrs- und Schieneninfrastruktur. Im Karlsruher Stadtgebiet haben die VBK eine Vielzahl an Bauprojekten erfolgreich umgesetzt. Ein Schwerpunkt bei den Infrastrukturmaßnahmen lag dabei erneut auf dem barrierefreien Ausbau von Haltestellen. Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf eine diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Diesem Anspruch wollen wir mit unserem nachhaltigen Investitionsprogramm gerecht werden. Ein barrierefreier öffentlicher Nahverkehr kommt nicht nur Menschen mit Handicap zugute, sondern erleichtert auch älteren Personen, Familien mit Kindern und zeitweise mobilitätseingeschränkten Menschen den Alltag.

In der ersten Jahreshälfte haben die VBK die Haltestelle Lessingstraße in der Weststadt grundlegend umgestaltet. Dabei wurden die Bahnsteige auf 34 Zentimeter angehoben, sodass dort nun ein stufenloser Einstieg in die Bahn möglich ist. In der Ebertstraße wurde die dortige Haltestelle zwischen Mitte März und Mitte November barrierefrei ausgebaut sowie mit einem oberirdischen Zugang und einem dynamischen Fahrgastinformationsanzeiger ausgestattet. Als schlüssiges Konzept erwies sich dabei erneut, die dort ebenfalls durchgeführten Baumaßnahmen des städtischen Tiefbauamtes und des Netzservice der Stadtwerke als konzertierte Aktion gemeinsam durchzuführen, um so die Einschränkungen bzw. Belastungen für die Verkehrsteilnehmer und Anwohner gering zu halten.

Ebenfalls auf der Agenda bei dem millionenschweren Invest in die Infrastruktur stand die Erneuerung von Gleisen und Weichen im Bereich des Weinbrennerplatzes, der Austausch der Bogengleise im Kreuzungsbereich Schillerstraße/Sophienstraße sowie die Teilerneuerung des Gleisbogens in der westlichen Kriegsstraße im Kreuzungsbereich mit der Körnerstraße. Weichen und Bogengleise haben unsere Bau-Teams im Bereich der südlichen Fahrbahn der Kaiserallee bzw. am Nordende der Schillerstraße erneuert. Ende der Sommerferien konzentrierten sich die Arbeiten auf den Gleisbogen an der Poststraße nahe des Karlsruher Hauptbahnhofes. Mitte November

konnten die Bauarbeiten bei der Wendeschleife am Rheinhafen erfolgreich abgeschlossen werden. Ein wichtiger Baustein für unseren leistungsfähigen Trambahnbetrieb ist das dritte Hallenschiff am Betriebshof in der Gerwigstraße, das im Dezember eingeweiht werden konnte. Der 8,5 Millionen Euro teure Neubau sichert die Zukunftsfähigkeit des Standortes in der Karlsruher Oststadt. Nach rund zweijähriger Bauzeit verfügen die VBK und die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft nun über eine weitere 220 Meter lange, 25 Meter breite und sechseinhalb Meter hohe Wagenhalle. In diesem mit sechs Gleisen ausgestatteten Neubau finden bis zu 24 Stadt- und Straßenbahnwagen Platz. Das mit energiesparender LED-Beleuchtung ausgestattete Hallenschiff, auf dessen Dach eine großflächige Photovoltaikanlage installiert wurde, ergänzt die bisher schon in Betrieb befindlichen zwei Hallen des Betriebshofes, der damit nun vollständig ist. Bedanken möchten wir uns beim Land Baden-Württemberg, das 75 Prozent der Baukosten mit Fördermitteln übernommen hat.

Viel Geld haben wir im zurückliegenden Geschäftsjahr auch für unsere Trambahnen in die Hand genommen und die Modernisierung unserer Fahrzeugflotte weiter vorangetrieben. Denn sie bildet das Rückgrat der urbanen Mobilität. Bis Dezember 2018 sollen insgesamt 70 der älteren Niederflurbahnen – 45 sechsachsige und 25 achtachsige – umgerüstet und modernisiert werden. Die Fahrzeuge werden komplett mit neuen Fahrkartenautomaten ausgestattet, die den Ticketverkauf durch den Fahrer bereits ersetzt haben. Matrix-Anzeigen, die die traditionellen Rollfilme ersetzen, informieren unsere Kunden detailliert über den Streckenverlauf. Zudem installieren wir Fahrgastsitze, die die neuesten Brandschutzvorschriften erfüllen. Dieses ist gerade im Hinblick auf die zukünftigen Fahrten durch den Stadtbahntunnel von großer Bedeutung. Künftig werden dann alle VBK-Bahnen über Fahrgast-Sprechstellen an den Türen verfügen. So kann der Fahrgast bei Notfällen oder kritischen Gefahrensituationen direkten Kontakt mit unserem Personal in der Fahrerkabine aufnehmen. Unsere Fahrer erhalten in den modernisierten Bahnen technisch die Möglichkeit zur Notbremsüberbrückung. So können sie situativ entscheiden, ob den Passagieren direkt am Ort der Notbremsung der Ausstieg ermöglicht werden soll. Diese Vorrichtung ist notwendig, damit beim zukünftigen Tunnelbetrieb im Notfall keine

Bahn im Tunnel außerhalb einer Haltestelle zum Stehen kommt.

Um das Thema Sicherheit ging es auch bei der ersten gemeinsamen Schwerpunktkontrolle mit der Polizei, die am 18. November in der Karlsruher Innenstadt durchgeführt wurde. Ziel der Aktion, an der rund 30 Fahrscheinprüfer und 35 Polizisten beteiligt waren, war es, gerade in den Abend- und Nachtstunden das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Fahrgäste zu stärken und Straftaten vorzubeugen. Die Bilanz dieses Abends belegte eindrucksvoll den großen Erfolg der Kontrolle, die auch auf eine durchweg positive Resonanz bei unseren Kunden, in der Bevölkerung und der Kommunalpolitik stieß. Daher wollen wir diese Schwerpunktkontrollen in regelmäßigen Abständen wiederholen.

Trotz großer und wichtiger Investitionen stand das Jahr 2016 vor dem Hintergrund des »Projekts 2022« auch im Zeichen mehrerer Einsparmaßnahmen. Mit diesen wollen wir unser ambitioniertes und von der Politik vorgegebenes Ziel erreichen, ab dem Jahr 2019 unser jährliches Defizit um zehn Millionen Euro zu reduzieren. Eine Maßnahme auf dem Weg dorthin war die Umstrukturierung des Nightliner-Angebots. So haben wir nach den Sommerferien die Nightliner-Verbindungen von Sonntag bis Donnerstag reduziert. Nur noch in den Nächten von Freitag auf Samstag sowie von Samstag auf Sonntag bieten wir von 1.30 Uhr bis 3.30 Uhr die regulären Nightliner-Fahrten an. Allerdings konnten wir hier zusammen mit der Stadt Karlsruhe eine gute Kompromisslösung erarbeiten. Denn erhalten bleibt an allen Tagen der Nightliner-Knoten um 4.30 Uhr für schichtarbeitende Kunden und alle Nachtschwärmer, die an Wochentagen ausgehen und feiern wollen. Komplett eingestellt wurde nach den Sommerferien die Tram-Linie 8 von Durlach nach Wolfartsweier. Auf dieser Strecke gibt es seitdem nur noch zwei Schülerfahrten. Jedoch bleibt die Innenstadt-Anbindung für unsere Kunden über die Tram-Linie 2 weiterhin bestehen.

Einsparpotenziale konnten wir allerdings nicht nur bei unserem Verkehrsangebot ermitteln, sondern auch in anderen Unternehmensbereichen. Bei einem gemeinsamen Audit mit den Stadtwerken haben wir unseren Energieverbrauch bei der Beleuchtung unserer Bürogebäude und Werkstätten genauer unter die Lupe genommen. Durch die Umrüstung auf moderne,

energieeffiziente Leuchtmittel versprechen wir uns in diesem Bereich große finanzielle Einsparungen.

Wichtige Weichen haben wir auch im Bereich der Elektromobilität gestellt und zum Beispiel im März einen Elektrobuss der niederländischen Unternehmensgruppe VDL Bus & Coach im Fahrgastbetrieb unter realen Bedingungen getestet. Die Tests lieferten wichtige Erkenntnisse und Erfahrungswerte. Die umweltfreundliche und leise Technologie wird in Zukunft gerade für Buslinien im Innenstadtbereich interessant sein. Die Entwicklung dieser Fahrzeugtechnologie und der dazugehörigen Infrastruktur schreitet aktuell schnell voran und wird von uns perspektivisch beim Ausbau der Betriebshöfe berücksichtigt. Wir erwarten schon in wenigen Jahren die Erweiterung unserer Fahrzeugflotte mit elektrisch angetriebenen Bussen.

Die kommenden Herausforderungen, vor denen wir stehen, möchten wir gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angehen, ohne deren großes Engagement die Erfolge, die die VBK 2016 erzielt haben, nicht möglich gewesen wären. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit. Gleichzeitig gilt unser Dank dem Aufsichtsrat für den konstruktiven Dialog in den vergangenen zwölf Monaten und natürlich unseren Kunden: Sie haben uns 2016 trotz mancher unruhiger Momente – denken wir an die technischen Probleme bei unserer neuen NET-Fahrzeug-Flotte – die Treue gehalten. Ihre Zufriedenheit ist unser Ansporn, unsere Mobilitäts-Dienstleistungen kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern. Hierfür werden wir uns auch im kommenden Jahr mit aller Kraft einsetzen.



Dr. Alexander Pischon
Vorsitzender der Geschäftsführung
Verkehrsbetriebe Karlsruhe



Ascan Egerer
Technischer Geschäftsführer
Verkehrsbetriebe Karlsruhe

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	2016	2015
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände	1.342.031,00	1.458.449,00
II. Sachanlagen	291.374.065,70	272.050.507,00
III. Finanzanlagen	59.915,91	75.911,82
Summe Anlagevermögen	292.776.012,61	273.584.867,82
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	29.425.188,48	27.958.841,36
2. Selbsterstelltes Lagermaterial	2.333.191,70	2.218.240,66
3. Waren	21.159,49	20.626,08
	31.779.539,67	30.197.708,10
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	22.587.056,50	19.718.285,83
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	718.976,08	589.538,65
3. Forderungen gegen die Stadt Karlsruhe	751.358,76	544.575,64
4. Forderungen gegen Gesellschafter	28.202.499,62	30.307.681,29
5. Sonstige Vermögensgegenstände	434.353,79	816.500,24
	52.694.244,75	51.976.581,65
III. Schecks, Kassenbestand, Guthaben beim Gesellschafter, Guthaben bei Kreditinstituten	817.736,17	924.149,52
Summe Umlaufvermögen	85.291.520,59	83.098.439,27
Summe Aktiva	378.067.533,20	356.683.307,09

Passivseite

	2016	2015
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000.000,00	100.000.000,00
II. Kapitalrücklage	38.864.426,17	38.864.426,17
Summe Eigenkapital	138.864.426,17	138.864.426,17
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	19.306.917,00	16.409.437,00
2. Sonstige Rückstellungen	43.326.655,07	45.538.975,32
Summe Rückstellungen	62.633.572,07	61.948.412,32
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54.826.997,43	58.444.872,91
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	35.677.416,83	33.982.293,26
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	948.104,40	955.014,10
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Karlsruhe	84.307.460,50	61.498.309,57
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	0,00	769,20
6. Sonstige Verbindlichkeiten	746.758,57	623.578,36
Summe Verbindlichkeiten	176.506.737,73	155.504.837,40
D. Rechnungsabgrenzungsposten	62.797,23	365.631,20
Summe Passiva	378.067.533,20	356.683.307,09

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 – 31.12.2016

	2016	2015
	€	€
1. Umsatzerlöse	134.028.419,01	112.012.737,80
2. Erhöhung des Bestandes an selbsterzeugten Ersatzteilen	114.951,04	369.472,97
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.082.242,56	776.822,68
4. Sonstige betriebliche Erträge	4.446.934,07	18.248.568,64
	139.672.546,68	131.407.602,09
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	20.686.678,01	22.849.145,43
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	36.396.312,26	33.160.165,00
	57.082.990,27	56.009.310,43
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	56.412.337,41	53.307.195,11
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	16.940.992,26	15.687.549,45
	73.353.329,67	68.994.744,56
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	19.327.468,03	16.529.303,76
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.349.885,03	10.810.648,14
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.509,66	3.135,61
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22.338,13	40.118,01
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.438.277,70	6.273.149,45
12. Ergebnis nach Steuern	-26.854.556,23	-27.166.300,63
13. Sonstige Steuern	109.339,12	101.793,24
14. Erträge aus Verlustübernahme	-26.963.895,35	-27.268.093,87
15. Jahresergebnis	0,00	0,00

Bericht des Aufsichtsrats

In den Sitzungen des Jahres 2016 wurde der Aufsichtsrat der VBK – Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH durch die Geschäftsführung zeitnah und umfassend über die aktuelle Lage und die Entwicklung der Gesellschaft unterrichtet.

Im Rahmen mündlicher und schriftlicher Berichterstattung wurden dem Aufsichtsrat der Geschäftsverlauf der Gesellschaft sowie grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik detailliert dargestellt und erläutert. Dem Aufsichtsrat war es durch die umfassende und aktuelle Informationsvermittlung der Geschäftsführung möglich, seine nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag vorgegebene Überwachungsfunktion gegenüber der Geschäftsführung und seine gesetzlichen und satzungsgemäßen Entscheidungsbefugnisse verantwortlich wahrzunehmen.

Zum 30.04.2016 schieden Frau Stadträtin Bettina Lisbach sowie Frau Stadträtin Daniela Reiff aus dem Aufsichtsrat aus. Ab 1. Mai 2016 sind Herr Stadtrat Johannes Honné sowie Herr Stadtrat Istvan Pinter Mitglied des Aufsichtsrates der VBK – Verkehrsbetriebe Karlsruhe.

In den Sitzungen des Geschäftsjahres 2016 befasste sich der Aufsichtsrat insbesondere mit folgenden Themen:

- Feststellung des Jahresabschlusses 2015
- Vorstellung der Ergebnisvorschaurechnungen 2016
- Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2017

Die Geschäftsführung informierte zudem den Aufsichtsrat und den Vorsitzenden regelmäßig über alle bedeutenden Angelegenheiten des Unternehmens.

An der Sitzung des Aufsichtsrates über den durch die Geschäftsführung erstellten und dem Aufsichtsrat zur Feststellung vorgelegten Jahresabschluss 2016 nebst Lagebericht nahmen die verantwortlichen Vertreter der Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, teil. Diese berichteten dem Aufsichtsrat unmittelbar zur Jahresabschlussprüfung.

Prüfungsinhalte waren, neben dem jeweiligen Jahresabschluss und Lagebericht, auch die Feststellung möglicher, den Bestand gefährdende Unternehmensrisiken und die Funktionsfähigkeit des durch die Geschäftsführung hierfür entwickelten Risikomanage-

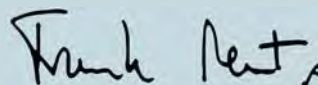
mentsystems sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz.

Die Prüfung hat zu keinen Einwänden geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkungen erteilt.

Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsberichte zur Kenntnis genommen und dem von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss 2016 nebst Lagebericht seine Zustimmung erteilt. Der Gesellschafterversammlung schlägt der Aufsichtsrat vor, den Jahresabschluss 2016 sowie den Lagebericht festzustellen. Er beantragt darüber hinaus, den Mitgliedern des Aufsichtsrates Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und die vertrauensvolle Zusammenarbeit auch im Jahr 2016.

Karlsruhe, im April 2017
Der Aufsichtsrat



Dr. Frank Mentrup
Vorsitzender

Kurzübersicht

allgemeine Projektangaben

Länge Stadtbahntunnel Kaiserstraße	km	2,4
Länge Stadtbahntunnel Südabzweig	km	1,0
unterirdische Haltestellen	Anzahl	7
Länge schienenfreie Fußgängerzone	km	1,0
Länge Straßentunnel Kriegsstraße	km	1,4
Länge Straßenbahntrasse Kriegsstraße	km	1,4
oberirdische Haltestellen	Anzahl	5

		2015	2016
Bilanzzahlen			
Bilanzsumme	Mio. €	249,2	325,8
Investitionen Anlagen im Bau im Geschäftsjahr	Mio. €	143,9	121,5
Gesamt-Investitionen Anlagen im Bau zum Bilanzstichtag	Mio. €	510,9	632,4
vereinnahmte Zuschüsse im Geschäftsjahr	Mio. €	69,9	54,3
gesamte vereinnahmte Zuschüsse zum Bilanzstichtag	Mio. €	268,7	323,0
Kreditaufnahmen im Geschäftsjahr	Mio. €	68,5	83,3
gesamte Kreditaufnahmen zum Bilanzstichtag	Mio. €	224,2	307,5
noch nicht abgerufene Kreditlinie	Mio. €	83,3	0
Eigenkapital	Mio. €	5,5	5,5
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	Mio. €	-0,9	-0,9

Kennzahlen

Sachanlagenintensität	%	97,64	95,26
Eigenkapitalquote	%	2,21	1,69
Cash flow	Mio. €	-4,3	16,0

Organe der KASIG

Geschäftsführung	
Vorsitzender	Dipl.-Ing. (FH) Uwe Konrath Bautechnischer Geschäftsführer
	Dr. Alexander Pischon Kaufmännischer Geschäftsführer
Aufsichtsrat	
Vorsitzender	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup
Stellv. Vorsitzender	Michael Homann Sprecher der Geschäftsführung der Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH und Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke Karlsruhe GmbH
Mitglieder	Bernd Breidohr, <i>Speditionskaufmann</i> Stadtrat Hermann Brenk, <i>selbständiger Unternehmer</i> Stadträtin Elke Ernemann, <i>Ortsvorsteherin von Hohenwettersbach</i> Angela Geiger, <i>Hausfrau</i> Stadtrat Johannes Honné, <i>Softwareentwickler</i> Stadtrat Tom Høyem, <i>Dänischer Minister a. D.</i> Stadtrat Dr. Albert Käuflein, <i>Leiter des Roncalli-Forums Karlsruhe</i> Martin Keller, <i>Softwareberater</i> Stadtrat Sven Maier, <i>Leiter Wahlkreisbüro Weingarten</i> Stadtrat Dr. Paul Schmidt, <i>Strahlenbiophysiker, Reaktorphysiker</i> Udo Unger, <i>freigestellter Betriebsratsvorsitzender, SWK *</i> Stadtrat Michael Zeh, <i>Entwicklungsingenieur</i> Stadträtin Sabine Zürn, <i>freie Journalistin</i> bis 30.04.2016 Stadträtin Bettina Lisbach, <i>Softwareentwicklerin</i> ab 01.05.2016 Stadtrat Istvan Pinter, <i>Chemiker</i>

* *Arbeitnehmersvertreter*

Bericht der Geschäftsführung

2016 standen die Arbeiten an der Kombilösung vorrangig im Zeichen des Baus der sieben künftigen unterirdischen Haltestellen. Daneben waren die Fertigstellung der in offener Bauweise hergestellten Tunnelabschnitte auf dem Südabzweig zwischen Ettliger Tor und der Rampe Ettliger Straße in Höhe der Augartenstraße sowie der Beginn des Druckluftvortriebs auf dem Südabzweig zwischen Marktplatz und Ettliger Tor weitere Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Am westlichen Ende des im September 2015 abgeschlossenen maschinellen Tunnelvortriebs unter der Kaiserstraße wurden der Rohbau der Rampe sowie der Tunnelabschnitt zwischen Rampe und der maschinell hergestellten Tunnelröhre fertiggestellt. Die Oberflächen der Straßen, Rad- und Gehwege haben ebenfalls ihren Endzustand erreicht. Am östlichen Ende beiderseits der ebenfalls jetzt hergestellten Rampe in der Durlacher Allee befinden sich die Arbeiten an Leitungen, Straßen, Radwegen und Gehsteigen in der Schlussphase und sollen in der ersten Jahreshälfte 2017 beendet sein.

Erkennbar ist der Baufortschritt auch an der Oberfläche über den Haltestellen: Alle Deckel wurden 2015 geschlossen, so dass 2016 von den Arbeiten in den unterirdischen Haltestellen nur noch die Andienöffnungen sichtbar waren. Durch diese Andienöffnungen erfolgte und erfolgt noch der Erdaushub.

Der Baufortschritt entwickelte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt zufriedenstellend. Der Druckluftvortrieb beim Karl-Friedrich-Tunnel nahm deutlich mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich veranschlagt war. Nachdem es zu Nachbrüchen von Sandmaterial beim Vortrieb gekommen war, musste das Vortriebskonzept im Sinne des Sicherheitsaspekts modifiziert werden. Mit diesen gegenüber dem ursprünglichen Vortriebskonzept umfangreicheren Sicherungsmaßnahmen konnte die geplante Vortriebsleistung nicht erreicht werden. Die sichere Vorgehensweise hat unter der beidseitig eng bebauten Karl-Friedrich-Straße Priorität.

Beim Einbringen von Baustoffen auf Zementbasis in das Erdreich kommt es temporär zu einer Erhöhung des pH-Werts, in dessen Folge das im Erdreich festgebundene Aluminium löslich wird und zu erhöhten Aluminiumwerten im Grundwasser führt. Die Werte sind zwar abfallrechtlich nicht relevant, bei Anwendung der strengeren Trinkwasserverordnung durch die zuständigen Umweltbehörden werden die zulässigen Grenzwerte jedoch überschritten. Auch wenn der pH-Wert nach einiger Zeit wieder sinkt, sehen die Umweltämter den Einbau des Aushubmaterials als bedenklich an. Trotz einer mittlerweile erlassenen Handlungsempfehlung des Umweltministeriums Baden-Württemberg, nach der weiterhin von einer abfallrechtlich unbedenklichen

Einstufung ausgegangen werden kann, entstanden und entstehen der KASIG durch die notwendige Zwischenlagerung und den höheren Entsorgungsaufwand deutliche Mehrkosten.

Mitte Juli 2016 hatte der STUVA-Sachverständige zum Brandschutzkonzept in den unterirdischen Haltestellen überraschend Abstand von den seit 2012 von ihm mitgetragenen mobilen Rauchschürzen genommen. Die Abmessungen der Rauchschürzentücher müssten deutlich reduziert werden. Der Sachverständige spricht sich stattdessen für eine Brandschutzverglasung aus. Um eine brandschutztechnische Abnahme nicht zu gefährden, änderte die KASIG ihr Brandschutzkonzept für die unterirdischen Haltestellen hinsichtlich des Ersatzes der mobilen Rauchschürzen durch Brandschutzverglasung auf Verteilerebenen und Stegen sowie der Erhöhung der seitlichen Treppenwangen. Durch Umplanungen der Architekten sowie Planänderungen der Rohbaupläne entstehen der KASIG Mehrkosten, denen nur geringe Minderkosten für die nicht benötigten Rauchschürzen und für die späteren Unterhaltungsmaßnahmen gegenüberstehen.

Die Optimierungsmaßnahme, beim Südabzweig auf den temporären Einbau oberirdischer Gleise zu verzichten, wird sich im nächsten Jahr bemerkbar machen, da mit geplanter Fertigstellung Ende 2017 die Oberfläche der Ettliger Straße zwischen Kriegsstraße und Augartenstraße deutlich früher ihre endgültige Gestalt erhält und so zur gewünschten Entlastung der Anwohner und Gewerbetreibenden beiträgt.

Der Bundesrechnungshof hat sich mit Schreiben vom 10. April 2015 an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gewandt und seine Einschätzung mitgeteilt, dass die Wirtschaftlichkeit des Gesamtvorhabens Stadtbahn Karlsruhe, Innenstadterschließung nicht mehr gegeben sein dürfte. Grundlage für die Förderfähigkeit des Projekts ist die Gesamtwirtschaftlichkeit des Gesamtvorhabens, das ein Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) größer 1 voraussetze. Der Bundesrechnungshof empfiehlt dem BMVI, das Teilvorhaben Kriegsstraße nicht ohne einen aktualisierten positiven Nachweis der Wirtschaftlichkeit des Gesamtvorhabens zu fördern.

Nachdem die KASIG mit einem externen Gutachten zur Aktualisierung und Fortschreibung der standardisierten Bewertung nachweisen konnte, dass die Gesamtmaßnahme Kombilösung angesichts eines Nutzen-Kosten-Indikators von über 1,1 gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist, wurde seitens des Bundesrechnungshofs nochmals die grundsätzliche Frage nach der Notwendigkeit des Teilprojekts Kriegsstraße aufgeworfen. Dieses Thema wurde bereits 2010 fachtechnisch intensiv untersucht und abschließend beurteilt. Somit waren für die Zuwendungsgeber die Voraussetzungen erfüllt, um das Teilprojekt »Straßenbahn in

der Kriegsstraße« in das GVFG-Bundesprogramm und damit in den Zuwendungsbescheid vom 14. Januar 2013 aufzunehmen. Mit Prüfmitteilung vom 27. April 2016 beharrte der Bundesrechnungshof auf seiner Position, dass die Straßenbahntrasse in der Kriegsstraße zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Karlsruhe nicht erforderlich ist.

Nachdem diverse Stellungnahmen ausgetauscht wurden, ausstehende Fragen mit den Zuwendungsgebern geklärt werden konnten und das BMVI im Schreiben an den Bundesrechnungshof vom 9. August 2016 die Vorbehalte als ausgeräumt ansieht, hob das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) Baden-Württemberg mit Schreiben vom 5. Oktober 2016 den Stopp der Förderung für den Umbau der Kriegsstraße auf. Somit konnte die Vergabeentscheidung für die Rohbauarbeiten in der Kriegsstraße am 27. Oktober 2016 durch den Aufsichtsrat der KASIG erfolgen.

Aufgrund der im bisherigen Bauverlauf eingetretenen Verzögerungen und dem länger als ursprünglich kalkulierten Zeitbedarf für Ausbau und Probetrieb wird sich die geplante Inbetriebnahme des Stadtbahntunnels voraussichtlich auf Mitte 2020 verschieben.

Nach der Zustimmung des Aufsichtsrats am 27. Oktober 2016 zur Vergabe der Rohbauarbeiten Tunnel Kriegsstraße sowie der zugehörigen Bauüberwachungsleistungen sind die entsprechenden Aufträge durch die Geschäftsführung der KASIG erteilt worden. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, im Frühjahr 2017 mit den Arbeiten zum Straßentunnel beginnen zu können.

Durch die vom Bundesrechnungshof verursachte Verzögerung wird sich nach derzeitigem Stand die geplante Fertigstellung des Kriegsstraßenumbaus nunmehr auf Ende 2021 verschieben.

Die Finanzierung des Projekts »Kombilösung« über GVFG und Haushaltsmittel durch Bund und Land ist unerlässlich und von hoher Bedeutung. Die Mittel sollten in voller Höhe und zeitnah gewährt werden. Bei einer verzögerten Auszahlung der Mittel müsste die KASIG in Vorfinanzierungsleistungen treten, die evtl. mit weiteren Kosten verbunden wären.

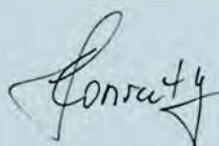
Im Geschäftsjahr 2016 sind alle notwendigen Zuschüsse termingerecht zur Verfügung gestellt worden. Das operative Ergebnis (0,9 Mio. Euro) bewegt sich mit einer geringfügigen Verbesserung auf Vorjahresniveau, blieb aber mit 0,4 Mio. EUR unter den schlechteren Erwartungen des Planansatzes.

Insgesamt zeigt sich die Geschäftsführung der KASIG mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 2016 und den daraus resultierenden Ergebnissen zufrieden.

Die Geschäftsführung geht trotz verstärkter Bautätigkeit und dementsprechendem Finanzierungsbedarf von einer jederzeit gewährleisteten Deckung und Liquiditätsspielraum aus. Hierzu ist es nach vollständigem Abruf der EIB-Mittel erforderlich, dass eine langfristige Anschlussfinanzierung in Höhe des gestiegenen städtischen Eigenanteils vereinbart wird. In Abstimmung mit der Stadtkämmerei werden derzeit Gespräche mit Kreditinstituten vorbereitet und durchgeführt. Nach ersten Gesprächen ist von einer Weiterführung der Finanzierung des städtischen Eigenanteils bei derzeit günstigem Zinsniveau auszugehen.

Hinsichtlich der Zuschussförderung ist die KASIG in den letzten Zügen, die Unterlagen für den zweiten GVFG-Ergänzungsantrag vorzubereiten. Grundlage bilden die per 30. September 2016 festgestellten Mehrkosten gegenüber dem ersten Ergänzungsantrag aus dem Juli 2010. Den Risiken hinsichtlich Zuschussfinanzierung und Steuerrecht wird durch engen Kontakt, gute Zusammenarbeit und stetigen Meinungsaustausch mit den jeweiligen Behörden und Instituten begegnet, um sie zu minimieren. Die Kostenentwicklung wird auch in 2017 stetig weiterverfolgt und um neue Erkenntnisse erweitert. Auch in 2017 soll versucht werden, die Rückstände im zeitlichen Baufortschritt zu verringern.

Karlsruhe, im März 2017



Uwe Konrath
Bautechnischer Geschäftsführer



Dr. Alexander Pischon
Kaufmännischer Geschäftsführer

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	2016	2015
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	128.324,00	67.745,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	758.405,00	910.086,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	125.333,00	180.114,00
3. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	309.492.607,08	242.226.071,86
Summe Anlagevermögen	310.504.669,08	243.384.016,86
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.377,13	3.261,39
2. Forderungen gegen die Stadt Karlsruhe	8.146,56	20,04
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	38.385,98	23.085,12
4. Forderungen gegen Gesellschafter (verbundenes Unternehmen)	7.886.796,31	5.498.699,58
	7.938.705,98	5.525.066,13
II. Schecks, Kassenbestand, Guthaben beim Gesellschafter, Guthaben bei Kreditinstituten	7.098.077,81	4.639,60
Summe Umlaufvermögen	15.036.783,79	5.529.705,73
C. Rechnungsabgrenzungsposten	277.655,39	283.969,69
Summe Aktiva	325.819.108,26	249.197.692,28

Passivseite

	2016	2015
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	5.500.000,00	5.500.000,00
Summe Eigenkapital	5.500.000,00	5.500.000,00
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	1.932.033,66	2.980.328,78
Summe Rückstellungen	1.932.033,66	2.980.328,78
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	313.715.190,00	229.372.559,13
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.635.619,51	1.187.443,25
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	878.844,82	847.689,20
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Karlsruhe	157.365,97	9.309.671,92
5. Sonstige Verbindlichkeiten	54,30	0,00
Summe Verbindlichkeiten	318.387.074,60	240.717.363,50
Summe Passiva	325.819.108,26	249.197.692,28

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 – 31.12.2016

	2016	2015
	€	€
1. Umsatzerlöse	13.460,98	0,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	20.078,36
	13.460,98	20.078,36
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	29.310,15	24.844,57
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	255.442,67	244.478,59
	284.752,82	269.323,16
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	227.005,98	242.531,92
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	418.798,24	440.673,63
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	265,91	692,04
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.541,80	985,19
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-918.371,95	-932.743,50
9. Sonstige Steuern	1.510,12	2.326,18
10. Erträge aus Verlustübernahme	919.882,07	935.069,68
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Bericht des Aufsichtsrats

In den Sitzungen des Jahres 2016 wurde der Aufsichtsrat der KASIG – Karlsruher Schieneninfrastruktur-Gesellschaft mbH durch die Geschäftsführung zeitnah und umfassend über die aktuelle Lage und die Entwicklung der Gesellschaft unterrichtet. Im Rahmen mündlicher und schriftlicher Berichterstattung wurden dem Aufsichtsrat insbesondere wesentliche Entwicklungen in den Bereichen Bau der Kombilösung und der Geschäftsverlauf der Gesellschaft sowie grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik detailliert dargestellt und erläutert. Dem Aufsichtsrat war es durch die umfassende und aktuelle Informationsvermittlung der Geschäftsführung möglich, seine nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag vorgegebene Überwachungsfunktion gegenüber der Geschäftsführung und seine gesetzlichen und satzungsgemäßen Entscheidungsbefugnisse verantwortlich wahrzunehmen.

Im Geschäftsjahr 2016 schied Frau Stadträtin Bettina Lisbach aus dem Gemeinderat aus und legte zum 30. April 2016 ihr Aufsichtsratsmandat nieder. Ab 1. Mai 2016 ist Herr Stadtrat Istvan Pinter Mitglied des Aufsichtsrats der KASIG – Karlsruher Schieneninfrastruktur-Gesellschaft mbH.

In den Sitzungen des Geschäftsjahres 2016 befasste sich der Aufsichtsrat insbesondere mit folgenden Themen:

- Feststellung des Jahresabschlusses 2015
- Vorstellung der Ergebnisvorschaurechnungen 2016
- Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2017
- Risikomanagement
- Fortschreibung der Standardisierten Bewertung und Sachstand Kommunikation mit den Zuwendungsgebern
- Sachstand zum Ausschreibungsverfahren Teilprojekt Kriegsstraße
- Bauzeitenpläne
- Sachstand Nachtragsforderungen
- besondere Fälle im Entschädigungsmanagement
- Kooperationsmarketing / Baustellenmarketing
- Besuch der Wehrhahn-Linie in Düsseldorf

Die Geschäftsführung informierte zudem den Aufsichtsrat und den Vorsitzenden regelmäßig über alle bedeutenden Angelegenheiten des Unternehmens.

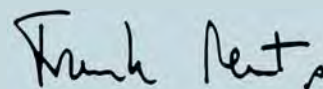
An der Sitzung des Aufsichtsrates über den durch die Geschäftsführung erstellten und dem Aufsichtsrat zur Feststellung vorgelegten Jahresabschluss 2016 nebst Lagebericht nahmen die verantwortlichen Vertreter der Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, teil. Diese berichteten dem Aufsichtsrat unmittelbar zur Jahresabschlussprüfung.

Prüfungsinhalte waren, neben dem jeweiligen Jahresabschluss und Lagebericht, auch die Feststellung möglicher, den Bestand gefährdende Unternehmensrisiken und die Funktionsfähigkeit des durch die Geschäftsführung hierfür entwickelten Risikomanagementsystems sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz. Die Prüfung hat zu keinen Einwänden geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkungen erteilt.

Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsberichte zur Kenntnis genommen und dem von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss 2016 nebst Lagebericht seine Zustimmung erteilt. Der Gesellschafterversammlung schlägt der Aufsichtsrat vor, den Jahresabschluss 2016 sowie den Lagebericht festzustellen. Er beantragt darüber hinaus, den Mitgliedern des Aufsichtsrates Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und die vertrauensvolle Zusammenarbeit auch im Jahr 2016.

Karlsruhe, im Mai 2017
Der Aufsichtsrat



Dr. Frank Mentrup
Vorsitzender

Bericht der Geschäftsführung

Der Bedarf an anspruchsvollen Freizeiteinrichtungen und dabei auch an größeren und attraktiveren Freizeitbädern und gehobenen Wellness-Einrichtungen steigt bundesweit weiterhin an. Mit dem Bau und der Inbetriebnahme der Excalibur- und Druidensauna im Saunagarten sowie der neuen »KAi – der Hai-Landschaft« im Kinderbereich, der Erneuerung des Dampfbades im Saunabereich und der Sanierungsmaßnahmen am Erlebnisbecken ist die Karlsruher Bädergesellschaft im Jahr 2016 diesem Anspruch der Badegäste gefolgt.

Am 14. Mai 2016 wurde die neue Excalibur- und Druidensauna im Europabad Karlsruhe offiziell eröffnet. Die Saunabesucher steigen hinab in die tiefen Kellergewölbe des Europabades Karlsruhe. Über eine felsige Treppenlandschaft beginnt die Reise ins Mittelalter, welches von Mythen, Legenden und schweren Kämpfen geprägt ist. Begrüßt von einem tapferen Ritter kann der steinige Weg in die neue mythische Welt angetreten werden. Die Excalibursauna bietet 50 mutigen Rittern und Burgfräuleins bei 85 Grad drei Shows täglich. In der Druidensauna brodelt eine Art »Zaubertrank« mit frischen Kräutern im Kessel. Es herrschen sanfte 55 Grad für bis zu 20 Gäste. Jede volle Stunde lauschen sie einer von elf ritterlichen Sagen.

Am 08. Oktober 2016 eröffnete die neue »KAi – der Hai-Kinderwelt«. Hier wurde eine neue Attraktion für die jüngeren Schwimmbadbesucher geschaffen. Die ehemals »langweilige« Kinderlandschaft entpuppt sich nun als Spiel- und Spaßinsel für alle drei- bis zwölf-jährigen Besucher. Hier entstand eine Piratenwelt, in der Schlachten geschlagen und Schätze gesucht werden können. Die Besucher erwartet ein Piratenschiff, eine Südseehütte, Wasserkanonen, eine Rutsche, ein Leuchtturm, von dem Ausschau gehalten werden kann, und vieles mehr.

Seit 15. Oktober 2016 erstrahlt das Dampfbad im Saunabereich wieder im neuen Glanz. Ein »loderndes« Feuer und wohlige Wärme erwartet die Besucher.

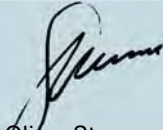
Erstmals seit Bestehen des Europabades war aufgrund der Sanierung des Erlebnisbeckens und der Umgestaltung des Kinderbereichs eine vierwöchige Schließzeit vom 12.09.2016 bis 07.10.2016 notwendig.

Der Betrieb im Europabad lief im Jahr 2016 im Wesentlichen problemlos. An insgesamt 339 Öffnungstagen besuchten 464.755 Gäste (2015: 468.133 Gäste an 359 Öffnungstagen) das Europabad.

Während die Zahlen beim reinen Badebetrieb in 2016 nur gering unter dem Vorjahresniveau blieben – hier ist die vierwöchige Schließzeit zu berücksichtigen –, war bei den Saunabesuchern wieder ein Anstieg zu verzeichnen (2016: 127.743 Gäste; 2015: 122.349 Gäste).

Das wirtschaftliche Risiko der Gesellschaft beschränkt sich im Wesentlichen auf ein nachlassendes Besucherinteresse sowie zunehmende Konkurrenzangebote in Karlsruhe und Umgebung und den damit verbundenen Einnahmeverlusten. Die Karlsruher Bädergesellschaft mbH muss zukünftig durch weitere Verbesserungen ihres Angebots dauerhaft Kundenbindung, sowohl im Bade- als auch im Saunabereich, schaffen. Dies soll im Geschäftsjahr 2017 durch den Neubau einer Kosmetik- und Massageabteilung erreicht werden.

Für die hohe Flexibilität und Einsatzbereitschaft bei der Bewältigung aller Herausforderungen im Jahr 2016 bedankt sich die Geschäftsleitung bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Karlsruher Bädergesellschaft.



Oliver Sternagel
Geschäftsführer

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	2016	2015
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.570,00	0,00
II. Sachanlagen	26.799.902,00	27.805.682,83
III. Finanzanlagen	69.590,35	71.477,66
Summe Anlagevermögen	26.871.062,35	27.877.160,49
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	74.190,50	42.410,20
	74.190,50	42.410,20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	84.005,17	11.580,04
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	40,00
3. Forderungen gegen die Stadt Karlsruhe	139.307,50	156.835,59
4. Forderungen gegen Gesellschafter	2.606.282,22	2.411.341,84
5. Sonstige Vermögensgegenstände	3.125,84	64.529,27
	2.832.720,73	2.644.326,74
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
1. Kassenbestand	163.989,17	103.866,48
2. Guthaben bei Kreditinstituten	102,44	425,64
	164.091,61	104.292,12
Summe Umlaufvermögen	3.071.002,84	2.791.029,06
C. Rechnungsabgrenzungsposten	22.241,14	17.420,00
Summe Aktiva	29.964.306,33	30.685.609,55

Passivseite

	2016	2015
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	3.200.000,00	3.200.000,00
II. Kapitalrücklage	250.000,00	250.000,00
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag (+/-)	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	3.450.000,00	3.450.000,00
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	193.756,37	253.488,00
Summe Rückstellungen	193.756,37	253.488,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21.283.414,66	15.685.985,74
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	205.773,61	213.662,20
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	513.792,52	494.532,74
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Karlsruhe	3.936.251,47	10.216.391,06
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	47.297,47	47.887,99
6. Sonstige Verbindlichkeiten	23.305,29	21.109,17
Summe Verbindlichkeiten	26.009.835,02	26.679.568,90
D. Rechnungsabgrenzungsposten	310.714,94	302.552,65
Summe Passiva	29.964.306,33	30.685.609,55

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 – 31.12.2016

	2016	2015
	€	€
1. Umsatzerlöse	5.218.597,19	4.577.575,14
2. Sonstige betriebliche Erträge	65.555,35	639.073,26
	5.284.152,54	5.216.648,40
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.340.825,32	1.272.280,27
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.248.072,86	1.037.523,10
	2.588.898,18	2.309.803,37
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.520.473,79	1.501.425,96
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	384.872,27	374.266,71
	1.905.346,06	1.875.692,67
5. Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens	1.810.856,40	1.815.664,94
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	895.728,84	828.221,27
	7.200.829,48	6.829.382,25
7. Erträge aus Beteiligungen	3.992,69	4.317,59
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	122,55	1.716,58
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	626.370,94	737.301,28
10. Ergebnis nach Steuern	-2.538.932,64	-2.344.000,96
11. Sonstige Steuern	67.349,58	67.002,73
12. Ergebnis vor Verlustübernahme	-2.606.282,22	-2.411.003,69
13. Erträge aus Verlustübernahme	2.606.282,22	2.411.003,69
14. Jahresergebnis	0,00	0,00

Kontakt

KVVH GmbH

Daxlander Straße 72
76127 Karlsruhe
Telefon: 0721 599-0
Fax: 0721 599-1009
info@kvvh.de
www.kvvh.de

Stadtwerke Karlsruhe GmbH

Daxlander Straße 72
76127 Karlsruhe
Telefon: 0721 599-0
Fax: 0721 599-1009
medien@stadtwerke-karlsruhe.de
www.stadtwerke-karlsruhe.de

Stadtwerke Karlsruhe Netzservice GmbH

Daxlander Straße 72
76127 Karlsruhe
Telefon: 0721 599-4400
Fax: 0721 599-954400
kontakt@netzservice-swka.de
www.netzservice-swka.de

Geschäftsbereich Rheinhäfen

Werftstraße 2
76189 Karlsruhe
Telefon: 0721 599-7402
Fax: 0721 599-7409
info@rheinhafen.de
www.rheinhafen.de

KBG – Karlsruher Bädergesellschaft mbH

Hermann-Veit-Straße 7
76135 Karlsruhe
Telefon: 0721 133-5200
Fax: 0721 133-5249
info@ka-baeder.de
www.ka-baeder.de

VBK – Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH

Tullastraße 71
76131 Karlsruhe
Telefon: 0721 6107-0
Fax: 0721 6107-5009
info@vbk.karlsruhe.de
www.vbk.info

KASIG – Karlsruher Schieneninfrastruktur-Gesellschaft mbH

Kriegsstraße 100
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721 133-5591
Fax: 0721 133-5599
kasig@karlsruhe.de
www.kasig.info

Impressum

Redaktion

KVVH

Nadine Bauer, Rheinhäfen Karlsruhe
Nicole Waßmer, Stadtwerke Karlsruhe
Nicolas Lutterbach, Verkehrsbetriebe Karlsruhe
Karin Kroll, Stadtwerke Karlsruhe
Melanie Weber, Karlsruher Bädergesellschaft
Gerda Willig, Stadtwerke Karlsruhe
Achim Winkel, Karlsruher Schieneninfrastruktur-Gesellschaft
magma design studio
Flo Gaertner, Boris Kahl, Matthias Kantereit, Sebastian Tiede,
Maike Untereiner, Uli Weiss

Gastbeiträge und Aussagen in Interviews geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der KVVH GmbH wieder.

Konzeption und Gestaltung

magma design studio, Karlsruhe

Gastautoren

Dr. Detlev Fischer
Sigrid Frank-Eßlinger
Konstantin Maier

Druck und Verarbeitung

Stober GmbH
Industriestraße 12
76344 Eggenstein

Bildnachweis

Stephan Baumann (S. 6, 8, 9, 12–14, 19, 20, 22), BGH Bibliothek (S. 42 m.), Bundesverfassungsgericht/darius ramazani photography (Titel), Martin Burkhardt (S. 3), Uli Deck (S. 54, 56), Jörg Donecker (S. 58 r.), Christian Ernst (S. 55), Generalandesarchiv Karlsruhe, J-Ac-B/153 (S. 41 m.), J-Ac-F/96 (S. 44 oben r.), J-Ac-N/9 (S. 41 r.), J-Ac-S/36 (S. 42 l.), Privilegien für Carols-Ruhe (S. 30), Grandpierre Design (S. 59 oben r.), Hendrick Hesse (S. 57 l., 60 l.), KASIG (S. 58 l.), Jens Kolb (S. 59 unten l.), Landesarchiv Baden-Württemberg Hauptstaatsarchiv Stuttgart J153 Nr. 1656 Bild 1 (1-976712-1) (S. 34 unten l.), Landesarchiv Baden-Württemberg Staatsarchiv Freiburg W110-3 Nr. 0038 Bild 1 (5-191150-1) (S. 34 unten r.), magma design studio (S. 32 r., 37 l., 39), Joe Miletzki (S. 5 unten, 48), Stephanie Newton (S. 47, 52, 53), picture-alliance/dpa (S. 5, 35, 36, 38), picture-alliance/Sven Simon (S. 37 r.), Rechtshistorisches Museum Karlsruhe (S. 44 unten m., l.), Rheinhäfen Karlsruhe (S. 57 r.), Stadtarchiv Karlsruhe: 8/Alben 012 47a (S. 44 oben l.), 8/BA Schlesiger 1956/A4 23/2/23 (S. 44 unten l.), 8/BA Schlesiger A1/15/4/39 (S. 33 unten), 8/BA Schlesiger A1/17/5/7 (S. 33 oben), 8/BA Schlesiger A1/63/4/4 (S. 34 oben), 8/PBS III 1368 (S. 41 l.), 8/PBS oXI 20 (S. 32 l.), 8/PBS oXIVa 1239 (S. 31 oben), 8/PBS oXIIIb 216 (S. 31 unten), Stadtarchiv Mannheim: BS KF040656 (S. 44 m.), Stadtwerke Karlsruhe (S. 59 unten r.), Anne-Sophie Stolz (Vorsatz, S. 4, 7, 10, 11, 15–18, 21, 23, 24, 27, 28, 40, 46, 49–51, Nachsatz, Rücktitel), VBK (S. 60 r., 61), Verlag C.F. Müller (S. 42 r.), Manfred Weiß (S. 59 oben l.)

Quellennachweis

Stationen des Rechts (S. 30–39): Karlsruhe – Die Stadtgeschichte, Herausgegeben von der Stadt Karlsruhe, Stadtarchiv, 1998, Fischer, Detlev: Rechtshistorische Rundgänge durch Karlsruhe, 22011, www.Karlsruhe.de/Stadtgeschichte, www.wikipedia.de, www.swr.de, SPON (12.1.2017)

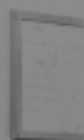


400113 - 130013

130113 - 340013

340113 - 400013

1980	1981
1982	1983
1984	1985
1986	1987
1988	1989
1990	1991
1992	1993
1994	1995
1996	1997
1998	1999
2000	2001
2002	2003
2004	2005
2006	2007
2008	2009
2010	2011
2012	2013
2014	2015
2016	2017
2018	2019
2020	2021
2022	2023
2024	2025



Konzern KVVH GmbH
Daxlander Straße 72
76127 Karlsruhe
Telefon: 0721 599-0
Fax: 0721 599-1009
info@kvvh.de
www.kvvh.de

